

II. Der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich

1. Der Weg nach Berchtesgaden

Der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich stellte von Beginn an eines der zentralen Ziele der NSDAP dar und wurde nach dem Ersten Weltkrieg auch von vielen anderen Parteien in den beiden Staaten erstrebt, in Österreich zumindest bis 1933.¹ Zu dem ideologischen Motiv der Volkszusammengehörigkeit kamen auf deutscher Seite seit Mitte der 30er Jahre mehr und mehr strategische und wirtschaftliche Interessen hinzu.² In den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain war der „Anschluß“ ausdrücklich untersagt worden und erschien deshalb eher als Wunschtraum.³ Für die Nationalsozialisten, insbesondere seit der Machtübernahme 1933, handelte es sich um ein ernsthaft verfolgtes Ziel, dessen Verwirklichung lediglich hinsichtlich des Zeitpunktes und der Form fraglich war. An Weihnachten 1937 las Goebbels die gerade erschienene Programmschrift des österreichischen Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg „Dreimal Österreich“, die im Deutschen Reich immerhin eingeschränkt zugelassen war.⁴ Nach dieser Lektüre befürchtete Goebbels, daß „wahrscheinlich noch ein langer Weg“ bevorstehe, ehe die „österreichische Frage“ gelöst werde (TG, 27. 12. 1937). Seine anfängliche Euphorie nach dem Abkommen vom 11. Juli 1936⁵ zwischen dem Deutschen Reich und Österreich, das Goebbels als „so etwas wie der 30. Januar 1933“ für die Nationalsozialisten eingeschätzt hatte – vorausgesetzt, die Nazis wären „klug“ und nutzten ihre „Chancen“ (TG, 12. 7. 1936) –, war schon lange verflogen. Goebbels hatte damals diese Übereinkunft, die unter anderem die Souveränität Österreichs und eine gegenseitige Nichteinmischung garantierte, und die diesbezügliche Rede des österreichischen Kanzlers⁶ falsch interpretiert, denn er hatte eine folgenreiche

¹ Vgl. Punkt 1 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24. 2. 1920, abgedr. in: Treue, Parteiprogramme, S. 143; vgl. auch Hitler, Mein Kampf, S. 1. Siehe z. B. die Parteiprogramme der DVP vom 19. 10. 1919 (abgedr. in: Treue, Parteiprogramme, S. 114), der DDP vom 15. 12. 1919 (ebenda, S. 123) und der Zentrumsparlei vom 16. 1. 1922 (ebenda, S. 127). Zu Österreich: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, S. 234, 264, 361, 376, 446, 483; Moll, Griff, S. 157; Kleindel, „Gott schütze Österreich!“, S. 9–18; Simon, Österreich, S. 52; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 300; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 201.

² Siehe hierzu Schausberger, Griff, v. a. S. 491–519.

³ Vgl. Art. 80 des Versailler Vertrages vom 28. 6. 1919, RGL. 1919, Nr. 140, S. 833; Art. 88 des Vertrages von St. Germain-en-Laye vom 10. 9. 1919, StGBL. 1920, Nr. 303, S. 1052.

⁴ Die Zulassung erfolgte aus Furcht, es könnte in Österreich erneut Hitlers Buch „Mein Kampf“ verboten werden, das erst nach zähen Verhandlungen im Juli 1937 mit Einschränkungen zugelassen worden war; vgl. Schnellbrief Heinrich Hövels, Propagandaministerium, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 16. 12. 1937, PA/AA, Wien 286, o. P.; TG, 13. 7. 1937; ADAP, D 1, Dok. 240, S. 366.

⁵ Gentlemen-Agreement, 11. 7. 1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 231–233.

⁶ Siehe Frauendienst, Weltgeschichte, S. 170–173, sowie Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 594f.

„Umbildung der österr. Regierung“ erwartet (TG, 12.7.1936). In dem Juli-Abkommen von 1936 war aber lediglich die „Mitwirkung“ der „sogenannten ‚nationalen Opposition‘ [...] an der politischen Verantwortung“ vereinbart worden und keine umfangreiche Kabinetts-umbildung.⁷ Vielleicht hatte Goebbels auch gehofft, daß der deutschen Regierung die kritische Berichterstattung der österreichischen Presse nun durch eine verschärfte Zensur in Wien erspart bliebe.⁸ Doch auch nach den Abmachungen vom Juli 1936 und weiteren, auch das Pressewesen betreffenden Vereinbarungen vom Juli 1937,⁹ an denen Goebbels' Mitarbeiter Wilfried Bade mitwirkte, hatte der Propagandaminister immer wieder Grund zur Beschwerde über die österreichische Presse.¹⁰

Als Goebbels Ende 1937 die erwähnten Überlegungen zur Lösung der „österreichischen Frage“ anstellte, deutete nichts darauf hin, daß er gehant hätte, daß drei Monate später der „Bundesstaat Österreich“ dem Deutschen Reich angegliedert sein würde. Die „NSDAP (Hitlerbewegung)“ mitsamt ihren Untergliederungen war in Österreich seit einem Handgranatenattentat auf christlich-konservative Turner im Juni 1933 verboten (TG, 20.6.1933),¹¹ die österreichische Presse übte weiterhin Kritik am NS-Regime (TG, 9.12.1937, 30.1.1938), die Haltung Mussolinis in der Österreichfrage war „noch offen“ (TG, 28., 29.9.1937), und Hitler hatte sich dafür ausgesprochen, diese Frage durch die Strategie der „Evolution“¹² (TG, 17.7.1936) zu lösen, da sich der „revolutionäre und auch der parlamentarische“ Weg „als ungangbar erwiesen“ hätten (TG, 4.5.1937, 20.4.1937). Vorsorglich hatte Hitler einen Plan zur militärischen Intervention in Österreich erarbeiten lassen („Sonderfall Otto“), die jedoch nur für den Fall vorgesehen war, daß Österreich „die Monarchie wiederherstellen sollte“.¹³ Goebbels hatte es damals „im Auftrage des Führers“, wie er schrieb, übernommen, den österreichischen Innenminister Edmund Glaise von Horstenau darüber zu informieren, „daß Restauration für Deutschland den casus belli bedeuten würde“ (TG, 20.4.1937).¹⁴ Eine Machtbeteiligung der österreichischen Nationalsozialisten auf demokratischem Wege war wegen des autoritären Regimes in Österreich unmöglich. Der Versuch einer revolutionären Lösung am 25. Juli 1934 war gescheitert, einen zweiten derart dilettantischen Staatsstreichversuch lehnte Hitler ab. Aus organisatorischen Gründen – Bundeskanzler Dollfuß hatte die Ministerratssitzung verlegt – war der

⁷ Gentlemen-Agreement, 11.7.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 233.

⁸ Vgl. Abschnitt zur Presse in: Gentlemen-Agreement, 11.7.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 152, S. 231.

⁹ TG, 13.7.1937; Pressevereinbarungen, o.D., ca. 10.7.1937, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl. 67698–700; Aufzeichnung Bades, 2.7.1937, PA/AA, R 27510, Bl. 344424–427.

¹⁰ Vgl. TG, 27.10.1936, 6.3.1937, 8.3.1937, 20.4.1937, 14.8.1937, 29.8.1937, 22.10.1937.

¹¹ Matić, Veesenmayer, S. 34; Schausberger, Griff, S. 285.

¹² Den „evolutionären Weg“ definiert Botz, Eingliederung, S. 23, als „Anwendung traditioneller Mittel, wie Diplomatie, politischen und wirtschaftlichen Druck, Androhung von Gewalt“.

¹³ Weisung Blombergs für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht, 24.6.1937, in: IMG 34, Dok. 175-C, S. 732–745, hier S. 743.

¹⁴ Glaise beschrieb das Gespräch mit Goebbels im April 1937 in seinen Ende 1944 verfaßten Memoiren, aber diese von Goebbels erwähnte Drohung vermerkte er nicht. Vgl. Broucek, Ein General, Bd. 2, S. 169.

Staatsstreich verschoben worden; die Putschpläne wurden verraten; Dollfuß wurde von den österreichischen Nationalsozialisten ermordet; doch binnen weniger Stunden schlug das österreichische Bundesheer den Aufstand nieder. Der Juli-Putsch erfolgte mit Wissen Hitlers und Unterstützung deutscher Parteistellen, was auch Goebbels bekannt war.¹⁵ Hitler hatte jedoch angesichts der sich abzeichnenden ausbleibenden Unterstützung des Putsches durch das österreichische Bundesheer in dieser Situation nicht gewagt, den Parteigenossen in Österreich Truppenkontingente der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen,¹⁶ zu gering waren damals Macht und Aufrüstung des NS-Staates, zu groß die Furcht vor den möglichen ausländischen Reaktionen. Vor allem scheute das Hitlerregime einen Konflikt mit Mussolini, dem Vorbild und ideologischen Gesinnungsgenossen, der an der Grenze zu Österreich sofort Truppen hatte aufmarschieren lassen. Goebbels überliefert seine und Hitlers „Wutanfälle gegen Italien“ und schließt mit den Worten: „Aus, aus, aus!“ (TG, 30.7.1934).¹⁷ Die nationalsozialistisch-faschistische Verbindung stand kurz vor dem Scheitern.

Der „Anschluß“ Österreichs schien also für Goebbels und viele andere Nationalsozialisten um die Jahreswende 1937/38 noch in weiter Ferne zu liegen, auch wenn seit September 1937 Hitlers Partei-Beauftragter für Österreich, Wilhelm Keppler, intensiv darauf hinwirkte, die Voraussetzungen für einen „Anschluß“ zu schaffen.¹⁸ Hitler hatte es bei der bereits erwähnten Besprechung am 5. November 1937 in der Reichskanzlei als möglich bezeichnet, daß schon 1938 der Zeitpunkt kommen werde, „Österreich niederzuwerfen“.¹⁹ Goebbels war bei diesem Vortrag Hitlers jedoch nicht dabei, und auch den Inhalt von dessen Ausführungen scheint Goebbels, wie schon gezeigt wurde, nicht gekannt zu haben. Als Hitler bei dem großen Revirement am 4. Februar 1938 auch den Sonderbotschafter für Österreich, Franz von Papen, entließ (TG, 5.2.1938), geschah dies nicht nur zum Zwecke der Verschleierung, sondern auch, um eine neue Politik gegenüber der österreichischen Regierung einzuleiten.²⁰ Am Tag nach Papens Entlassung vereinbarte Hitler mit ihm, daß er geschäftsführend im Amt bleibe und den österreichischen Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg zu einem Gespräch mit Hitler auf den Obersalzberg einladen solle.²¹ Anlaß zu dieser Unterredung war zum einen der Wunsch Hitlers, von der Blomberg-Fritsch-Krise und der Entmachtung der Wehr-

¹⁵ Schon am 12.7.1934 besprach Goebbels mit Hitler die „Frage Österreich“, TG, 13.7.1934, nachweislich am 22.7.1934 wurde er durch eine Begegnung mit den Putschisten in die Putschpläne einbezogen: „Sonntag: beim Führer General v. Hammersteins Nachfolger, Gen. v. Reichenau, dann Pfeffer, Habicht, Reschny. Österreichische Frage. Ob es gelingt? Ich bin sehr skeptisch“, TG, 24.7.1934.

¹⁶ Schausberger, Griff, S.289.

¹⁷ Siehe auch: TG, 28.7.1934; Ara, Österreichpolitik, S.113f.; Mantelli, Faschismus, S.104; Schausberger, Griff, S.293; Schmidl, März 38, S.187.

¹⁸ Keppler wurde am 14.9.1937 Hitlers Österreich-Beauftragter; Matić, Veesenmayer, S.39, Anm.24.

¹⁹ ADAP, D 1, Dok. 19, S.25–32, hier S.29.

²⁰ Schausberger, Griff, S.519; Reuth, Goebbels. Biographie, S.375; Domarus, Hitler, Bd.1, S.787.

²¹ Zernatto, Wahrheit, S.195f.; Schausberger, Griff, S.519; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S.195.

macht abzulenken, die überall größtes Aufsehen erregt hatten.²² Zum anderen wollte Hitler Anfang 1938 endlich die „Österreich-Frage“ vorantreiben. Vor allem aber hatte sich die Lage in Österreich in mehrfacher Hinsicht zugespitzt: Bundeskanzler Schuschnigg hatte ein Interview gegeben, das am 5. Januar 1938 im „Daily Telegraph“ erschienen war, in dem er erklärte, daß ein „unüberbrückbarer Abgrund“ Österreich vom Nationalsozialismus trenne, und in dem er sich als „Monarchist“ bezeichnete und sich gegen den „Anschluß“ an das Deutsche Reich aussprach.²³ Besonders die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus empörte die österreichischen NS-Anhänger, die in Flugblättern gegen Schuschnigg protestierten. Das Bekenntnis zur Monarchie entfachte bei den deutschen Nationalsozialisten die Furcht, Schuschnigg könne doch eine Restauration der Habsburger Monarchie beabsichtigen, zumal der österreichische Kanzler in dieser Phase das Vermögen des österreichischen Kaiserhauses rückerstatten ließ.²⁴

Zur gleichen Zeit trug sich der Verbindungsmann des NS-Regimes zur Regierung in Österreich, Arthur Seyß-Inquart, mit Rücktrittsgedanken als Staatsrat und Volkspolitiker Referent der Vaterländischen Front, da er mit seinen Anregungen bei Schuschnigg „auf Ablehnung gestoßen“ war.²⁵ Seyß-Inquart wurde dringend gebeten, auf seinem Posten zu verbleiben, betrachtete man ihn doch im Reich als „Trojanisches Pferd“²⁶ in Wien. Noch schwerer wog aber eine am 25. Januar 1938 erfolgte Hausdurchsuchung der Wohn- und Büroräume des Leiters der illegalen NSDAP in Wien, Leopold Tavs, die Pläne für Aufstände, für den Einmarsch deutscher Truppen und die Errichtung einer nationalsozialistischen Regierung in Österreich zum Vorschein brachte.²⁷ Unter den sichergestellten Unterlagen befanden sich offenbar auch Protokolle über Gespräche mit Hitler und anderen führenden Nationalsozialisten des Reichs.²⁸ Tavs wurde sofort verhaftet. Der österreichische Bundeskanzler machte aufgrund der Aktenfunde Papen auf

²² „Führer will die Scheinwerfer von der Wehrmacht ablenken, Europa in Atem halten“; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 31.1.1938, in: IMG 28, Dok.1780-PS, S.362. Vgl. auch Schmidt, Außenpolitik des Dritten Reiches, S.248.

²³ „Von Schuschnigg talks of Austria's destiny“, Artikel von Kees van Hoek, Daily Mail, 5.1.1938.

²⁴ Ein solches Flugblatt gegen Schuschnigg übersandte der deutsche Konsul in Graz, Paul Drubba, der deutschen Gesandtschaft Wien am 25.1.1938, PA/AA, Wien 286, o.P. Die Frage einer möglichen Restauration der Habsburger ergibt sich aus einer Aufzeichnung Altenburgs aus dem A.A., 10.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.290; zur Habsburg-Gesetzgebung siehe Schausberger, Griff, S.496.

²⁵ Aufzeichnung Altenburgs, A.A., 8.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok.276.

²⁶ Nach dem Abkommen von Berchtesgaden am 12.2.1938 hatte Seyß-Inquart gegenüber Schuschnigg erklärt, er wolle nicht die Rolle eines „trojanischen Pferdes“ spielen (Schuschnigg, Requiem, S.54). Da Seyß-Inquart aber letztlich als solches fungierte, hat sich diese Metapher weitgehend durchgesetzt.

²⁷ Telegramm Papens an Hitler, 27.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok.279; Schreiben Otto v. Steins an das A.A., 29.1.1938, in: ADAP, D 1, Dok.280. Zum Inhalt und zu der Urheberschaft siehe: Zernatto, Wahrheit, S.183–185; Schausberger, Griff, S.508–511; Jagschitz, Thesen, S.173; Jedlicka, Leopold, S.152; Schmidl, März 38, S.25.

²⁸ Dies behauptete zumindest Hitler, als er Josef Leopold Vorhaltungen machte; Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.318.

die „Unmöglichkeit“ einer „Fortdauer“ dieses Zustandes aufmerksam.²⁹ Hitler war wütend angesichts dieser Peinlichkeiten.³⁰ Zudem drohte der Landesleiter der NSDAP in Österreich, Josef Leopold, durch eigenmächtige Aktionen und „Terrorakte“ die schwebenden Verhandlungen zwischen Seyß-Inquart und der österreichischen Regierung zu durchkreuzen.³¹ Seyß-Inquart hatte die Weisung bekommen, „durch immer weitgehende [!] Forderungen [...] weitere Zugeständnisse“ zu erreichen,³² was ihm auch gelang, da Schuschnigg bereits gewillt war, ihm einen Ministerposten zu übertragen.³³ Leopold hätte also beinahe all diese Bemühungen zunichte gemacht. Es bestand somit dringender Handlungsbedarf für das NS-Regime. So wurde Schuschnigg, worum er offenbar selbst gebeten hatte,³⁴ noch am selben Tag, an dem die Nachricht von Leopolds Terrorplänen Hitler erreichte, auf den Obersalzberg eingeladen. Papen verwies auf die innenpolitischen Schwierigkeiten Hitlers angesichts der Blomberg-Fritsch-Krise und sicherte dem österreichischen Kanzler zu, die neuerliche Verhandlung auf höchster Ebene werde Österreich auf keinen Fall zum Nachteil gereichen.³⁵ Nachdem Papen ihm in Hitlers Namen das Weiterbestehen des Abkommens von 1936, also die Souveränität Österreichs und die Nichteinmischung deutscher Stellen, zugesichert hatte, ließ Schuschnigg zwei Tage später verlautbaren, daß er gewillt sei, die Einladung anzunehmen.³⁶ Im Tagebuch von Goebbels findet sich kein Hinweis darauf, daß Goebbels vorab von dem geplanten Treffen am 12. Februar 1938 zwischen dem deutschen und dem österreichischen Kanzler gewußt hätte oder ihm bewußt gewesen wäre, daß Hitler nun einen Kurswechsel gegenüber der österreichischen Regierung einleiten würde. Goebbels erfuhr von der Begegnung auf dem Berghof erst, als die Österreicher bereits in Berchtesgaden eingetroffen waren.

2. Die Begegnung von Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg

Während Hitler am 12. Februar 1938 mit Kurt von Schuschnigg und dem Staatssekretär des Äußeren, Guido Schmidt, auf seinem Berghof über die „Bereinigung der Österreichfrage“ sprach, bereiteten dem Propagandaminister immer noch die

²⁹ Telegramm Papens an Hitler, 27. 1. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 279.

³⁰ Aktennotiz Kepplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318, sowie Vermerk über Gespräch Hitlers mit österreichischen Nationalsozialisten, 26. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.

³¹ Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284; Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 286; Telegramm Papens an das A.A., 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 287; Bericht Edmund Veesenmayers, o.D. [vermutl. 12. 2. 1938 an Keppler], in: ADAP, D 1, Dok. 293.

³² Entwurf Schreiben Kepplers an Neurath, 1. 2. 1938, PA/AA, Handakten Keppler, R 27.510, o.P. Das Schreiben ging in anderem Wortlaut ab, in: ADAP, D 1, Dok. 282.

³³ Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284.

³⁴ Telegramm Papens an Hitler, 27. 1. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 279.

³⁵ Schuschnigg, Im Kampf, S. 220; Zernatto, Wahrheit, S. 198f.

³⁶ Zu den Motiven Schuschniggs, der Einladung nach Berchtesgaden zu folgen, vgl. Schausberger, Griff, S. 520f.

argwöhnischen Kommentare in der Auslandspresse wegen der Blomberg-Fritsch-Krise Schwierigkeiten, so daß er in der Unterredung zunächst in erster Linie eine „Entlastung“ sah (TG, 13.2.1938). Spät am Abend, möglicherweise zu einer Zeit, da Ribbentrop und Guido Schmidt in Berchtesgaden noch verhandelten, wurde Goebbels das Kommuniqué mitgeteilt, das er zu Recht als „nichtssagendes Communiqué“ bezeichnete und das in der Presse „ohne Kommentar gebracht werden“ sollte (TG, 13.2.1938).³⁷ Goebbels wurde aber auch über das Protokoll der Unterredung informiert, das Schuschnigg gegen 23.00 Uhr unterzeichnete.³⁸ Unklar ist allerdings, von wem Goebbels seine Informationen bezog und wie genau er unterrichtet wurde, da er der Inhaltsangabe in seinem Tagebucheintrag vom 13. Februar 1938 das Wort „etwa“ beifügte, sich also bewußt war, die Abmachungen zwischen beiden Parteien nicht ganz korrekt wiedergeben zu können: „Dazu geheimes Zusatzprotokoll etwa des Inhalts: gleichlautende Außenpolitik, stete vorherige Fühlungnahme, Einheitlichkeit der Militärpolitik, Pressefrieden, Adam abgebaut statt dessen für uns guter Mann namens Dr. Wolf. Der Nazi Seyß-Inquart als Sicherheitsminister ins Kabinett, die Nazis dürfen sich im Rahmen der Verfassung legal betätigen, eine allgemeine Amnestie für nationalsozialistische Betätigung, dafür keine Einmischung reichsdeutscher Stellen mehr in innerösterreichische Verhältnisse“ (TG, 13.2.1938). Was Goebbels mit „gleichlautende Außenpolitik“ und „stete vorherige Fühlungnahme“ umschrieb, klingt in der Formulierung des Protokolls jedoch weniger zwingend. In diesem heißt es einschränkend, daß der diplomatische „Gedankenaustausch“ erfolge, wenn die außenpolitischen Fragen „die beiden Länder gemeinsam angehen“, wobei nicht genauer geregelt war, welche Fragen dies betraf. Außerdem war vereinbart worden, daß eine „moralische, diplomatische oder pressepolitische Unterstützung“ nur „nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten“ und lediglich auf Anforderung erfolgen würde, es gab also keine Verpflichtung zu bestimmten Aktionen. Die ausgehandelten Maßnahmen auf militärischem Gebiet, ein „planmäßige[r] Offiziers-Austausch (bis zu einer Zahl von 100 Offizieren)“, „regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe“ und eine „Belebung kameradschaftlicher und wehrwissenschaftlicher Verbindungen“, begründeten allerdings noch keine, wie Goebbels schrieb, „Einheitlichkeit der Militärpolitik“. Die Formulierung von Goebbels erweckt den Anschein, als wäre auch ein einheitliches Handeln in militärischen Fragen vereinbart worden, was Hitler in der Tat durch die Ernennung von Glaise-Horstenau zum Verteidigungsminister beabsichtigt hatte – wie aus einem Entwurf des Protokolls zu er-

³⁷ Erstes Vorab-Komuniqué in: ADAP, D 1, Dok. 295, S. 424. Am 15.2.1938 folgte eine längere, mit der österreichischen Regierung abgestimmte Fassung; vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 124. Zum Verbot von Kommentaren: DNB-Rundrufe vom 12.2.1938, Bd. 6/I, Dok. 427f., in: NS-PrA, S. 155.

³⁸ Protokoll der Besprechung vom 12.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 295, S. 423f. Den Zeitpunkt überliefert Jodl nach Information von Keitel; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

³⁹ Sinn des Offiziersaustauschs war Jodl zufolge, „nicht dafür“ zu „sorgen, daß die oster. [!] Wehrmacht besser gegen uns kämpfen kann, sondern, daß sie überhaupt nicht kämpft“. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 3.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 369.

kennen ist –, was aber Guido Schmidt letztlich verhinderte.⁴⁰ Auch hatte Hitler ursprünglich verlangt, daß alle Offiziere, die wegen ihres Bekenntnisses zum Nationalsozialismus entlassen worden waren, wieder ihre früheren Posten zurückerhalten sollten,⁴¹ doch fand auch diese Forderung nicht Eingang in das Protokoll. Wenn Goebbels dennoch „Einheitlichkeit der Militärpolitik“ konstatierte, bedeutet das, daß entweder Goebbels schon zu einem Zeitpunkt informiert worden war, als diese Streitpunkte noch nicht endgültig geklärt waren, oder daß der Informant von Goebbels ihm den Eindruck vermittelte, als habe Hitler alle seine Forderungen durchsetzen können.

Auch was Goebbels „Pressefrieden“ nannte, war in Wirklichkeit nichts anderes als die Verpflichtung beider Staaten, bereits geschlossene Abkommen in Pressefragen ungehindert durchzuführen, war also kein neuer Verhandlungserfolg. Daß der Chef des Bundespressedienstes Walter Adam, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, durch Wilhelm Wolf ersetzt werden sollte, war nicht Gegenstand des Protokolls, aber des Entwurfs von Wilhelm Keppler und Ribbentrop,⁴² denn im Protokoll hieß es lediglich, daß Wolf „an maßgebender Stelle des Bundespressedienstes“ positioniert werden sollte.⁴³ Auch diese Passage von Goebbels' Inhaltsangabe in seinem Tagebuch deutet darauf hin, daß Goebbels schon vor Unterzeichnung des endgültigen Vertrages informiert wurde oder daß ihm vermittelt wurde, daß Hitler dies durchgesetzt habe. Die anderen Inhalte der Besprechung, die Goebbels erwähnte, wie die von Hitler geforderte Berufung Seyß-Inquarts in die österreichische Regierung,⁴⁴ die Betätigungsfreiheit für die Nationalsozialisten innerhalb der Verfassung und die allgemeine Amnestie für Nationalsozialisten, sind in dem Protokoll ebenso verankert wie die Verpflichtung des NS-Regimes, „Maßnahmen“ gegen eine „Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in inner-österreichische Verhältnisse“ zu treffen. Goebbels war jedoch anscheinend nicht bekannt, daß Hitler keineswegs all seine Forderungen durchsetzen konnte. Auch von dem Ablauf der Unterredung zwischen Hitler und Schuschnigg, d. h. von der Erpressung Schuschniggs durch Hitler, hatte Goebbels zunächst nichts erfahren. Aber ihm war bekannt, daß Schuschnigg sich eine dreitägige „Bedenkzeit erbeten“ hatte. Daher hoffte er, daß der österreichische Kanzler „in Wien nicht wieder umgestimmt“ werde. Goebbels ersehnte die Zustimmung Schuschniggs, weil er wünschte, „daß diese Frage ehrlich bereinigt würde“ (TG, 13.2.1938), sie also auf friedlichem Wege geklärt würde.

Wie die im Protokoll fixierten Vereinbarungen zustande kamen und unter welchen Bedingungen Schuschnigg verhandeln mußte, erfuhr Goebbels erst Tage später, als Hitler vom Obersalzberg wieder nach Berlin zurückgekehrt war und

⁴⁰ In einem deutschen Entwurf zum Protokoll von Berchtesgaden, vermutlich von Keppler, war diese Bestimmung noch enthalten (ADAP, D 1, Dok. 294), im unterzeichneten Protokoll nicht mehr (ebenda, Dok. 295). Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 216; Schmidl, März 38, S. 28; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 210f.

⁴¹ Schuschnigg, Requiem, S. 46; Zernatto, Wahrheit, S. 215.

⁴² ADAP, D 1, Dok. 294.

⁴³ ADAP, D 1, Dok. 295.

⁴⁴ Verhandlung Seyß-Inquart, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 105f.; vgl. auch Schuschnigg, Requiem, S. 46, 53.

ihn am Morgen des 15. Februar, des Tages, an dem das Ultimatum an den österreichischen Kanzlers abließ, empfang. Aus dem Tagebuch läßt sich nicht erkennen, daß Goebbels vorher über die Faktoren informiert war, welche die Verhandlungsposition Schuschniggs so ungeheuer erschwerten: Hitlers Vorabkenntnis von Schuschniggs maximalen Zugeständnissen⁴⁵ oder die Anwesenheit des OKW-Chefs Keitel und der „besonders martialisch“⁴⁶ aussehenden Generäle Walter von Reichenau und Hugo Sperrle⁴⁷ zur Einschüchterung Schuschniggs⁴⁸ oder die militärischen Scheinmaßnahmen an der österreichischen Grenze.⁴⁹ Goebbels erfuhr von Hitler, daß dieser „ziemlich rigoros mit Schuschnigg verfahren“ sei und „die Bereinigung der schlimmsten Streitpunkte verlangt“ habe (TG, 16.2.1938). In bezug auf österreichische Grenzbefestigungen, die Hitler Schuschnigg zum Vorwurf machte, notierte Goebbels: „Er wolle sich das nicht mehr gefallen lassen, evtl. mit Gewalt vorgehen. Das hat seinen Eindruck nicht verfehlt. Kanonen sprechen immer eine gute Sprache“ (TG, 16.2.1938).⁵⁰ Schuschniggs Memoiren belegen in der Tat, daß Hitler in diesem Gespräch immer wieder mit einem militärischen Eingreifen drohte und Schuschnigg für ein möglicherweise bevorstehendes Blutvergießen die Schuld zuzusprechen versuchte.⁵¹ Da wohl auch Goebbels kein unnötiges Vergießen deutschen Blutes wünschte, nannte er es eine Entscheidung der „Vernunft“, falls sich die österreichische Regierung dem Druck der Erpressung beugen würde. In der Darstellung Goebbels, die auf Hitlers Schilderung beruht, wird auch der ultimative Charakter der Frist deutlich: „bis Dienstag hat der Führer Antwort verlangt“ (TG, 16.2.1938). Wegen dieser Dreitagesfrist war es in der Besprechung am 12. Februar zu einem Zwischenfall gekommen. Denn Schuschnigg hatte erklärt, er könne nicht garantieren, daß innerhalb dieser drei Tage der österreichische Bundespräsident Seyß-Inquart zum Minister ernannt haben würde und die Amnestie verwirklicht wäre. Hitler hatte daraufhin Keitel

⁴⁵ Die Zugeständnisse Schuschniggs sind abgedr. in: Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 607–610. Vgl. auch Aussage Seyß-Inquarts, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 101–103; Zernatto, Wahrheit, S. 199; Schausberger, Griff, S. 514f.

⁴⁶ Below, Hitlers Adjutant, S. 84.

⁴⁷ Sperrle hatte im spanischen Bürgerkrieg die „Legion Condor“ kommandiert. Seine Anwesenheit unterstrich auch Hitlers Aussage, daß Österreich „ein zweites Spanien“ werden könnte, wenn Schuschnigg sich Hitler widersetzen sollte. Vgl. Schuschnigg, Requiem, S. 42.

⁴⁸ Ebenda, S. 37; Aussage Keitels, 3.4.1946, in: IMG 10, S. 568; Aussage Guido Schmidts, 13.6.1946, in: IMG 16, S. 188; Below, Hitlers Adjutant, S. 84; Zernatto, Wahrheit, S. 211f.; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

⁴⁹ Diensttagebuch Jodls, Einträge vom 13.2., 14.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367; vgl. auch Dok. 1775-PS, in: IMG 28, S. 299f.; Aussage Jodls, 4.6.1946, in: IMG 15, S. 389.

⁵⁰ Schuschnigg überliefert hierzu folgende Aussage Hitlers: „Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoßen. Sie werden doch nicht glauben, daß Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können?“ Schuschnigg, Requiem, S. 42.

⁵¹ Ebenda, S. 39–51, v.a. S. 42; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 219f.; Aussage Guido Schmidts, 13.6.1946, in: IMG 16, S. 188. Auch Wilhelm Keppler überliefert in einem Bericht über ein Gespräch mit Schuschnigg Anfang März 1938, Schuschnigg sei „über Obersalzberg noch recht verärgert; es seien Drohungen gebraucht worden“. Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5.3.1938, ADAP, D 1, Dok. 334.

zu sich gerufen, um seine militärische Option erneut zu unterstreichen.⁵² Gleiches sollten die in den folgenden Tagen anhaltenden militärischen Scheinmaßnahmen bewirken.⁵³

Am 15. Februar, dem Tag, an dem das Ultimatum ablief, befanden sich Hitler und Goebbels abends in der Reichskanzlei auf einem Diplomatenempfang. Hitler erzählte Goebbels noch einmal voller Überheblichkeit, wie er mit Schuschnigg umgesprungen war: „Der Führer [...] hatte Schuschnigg sehr unter Druck gesetzt. Mit Kanonen gedroht. Und kein Paris oder London würde ihm helfen. Da ist Schuschnigg ganz zusammengeknickt. Kleines Format“ (TG, 16.2.1938).⁵⁴ Auch Schuschnigg überliefert, daß Hitler ihm gesagt habe, England würde „keinen Finger für Österreich rühren“, und „für Frankreich“ sei es nun „zu spät“ zum Eingreifen, da Deutschland inzwischen mehr als eine „Handvoll Bataillone“ habe.⁵⁵ Hitler war offensichtlich sehr stolz auf sein rigores Auftreten gegenüber Schuschnigg, was daran deutlich wird, daß er nicht nur am nächsten Tag Goebbels und anderen „noch Einzelheiten vom Schuschnigg-Besuch“ schilderte und betonte, daß er „gar keine Rücksicht genommen“ habe (TG, 17.2.1938), sondern auch nach seiner Reichtagsrede am 20. Februar wieder erzählte, „wie er Schuschnigg unter Druck gesetzt“ habe (TG, 21.2.1938). Goebbels charakterisierte die Bedenkfrist, die Hitler Schuschnigg zugestand, treffend, wenn er notierte, sie sei „schon mehr als ein Ultimatum“ gewesen, vielmehr eine „Drohung mit dem Krieg“ (TG, 21.2.1938).⁵⁶

Auf die Annahme des Ultimatums in Wien reagierten Hitler und Goebbels, dessen Tagebuch zufolge, mit Freude und vielleicht auch mit Erleichterung, aber nicht mit Euphorie, da wohl weder Hitler noch Goebbels ernsthaft in Erwägung gezogen hatten, daß Schuschnigg oder Bundespräsident Wilhelm Miklas, der zunächst tatsächlich die Ernennung von Seyß-Inquart zum Innen- und Sicherheitsminister abgelehnt hatte,⁵⁷ sich den massiven Drohungen widersetzen würden (TG, 16.2.1938). Entsprechend nüchtern notierte Goebbels: „Österreichfrage nun geregelt. Schuschnigg hat die Forderungen des Führers angenommen. Abends spät kommt das Communiqué.⁵⁸ Der Führer ist sehr froh“ (TG, 16.2.1938). Doch Goebbels wie auch den anderen war klar, daß es nun eines geschickten Verhaltens der österreichischen Nationalsozialisten bedurfte, um ihr Ziel, die Machtüber-

⁵² Schuschnigg, Requiem, S. 49; Aussage Keitels, 3.4.1946, in: IMG 10, S. 568.

⁵³ Diensttagebuch Jodls, Einträge vom 13.2., 14.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

⁵⁴ In der Presse sollte jedoch nichts erscheinen, „was irgendwie die Tendenz hat, daß Schuschnigg sich unterworfen und unter ein deutsches Diktat begeben habe“ oder daß es „militärischen Druck auf Österreich“ gegeben habe; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 444, 16.2.1938, S. 162f.

⁵⁵ Schuschnigg, Requiem, S. 42f.; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 225f.

⁵⁶ Auch Alfred Jodl, der vermutlich von Keitel informiert wurde, notierte, daß „Schuschnigg und G. Schmidt [...] unter schwersten politischen u[nd] militärischen Druck gesetzt“ worden seien. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11./12.2.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 367.

⁵⁷ Telegramm Papens an das A.A., 14.2.1938, PA/AA, R 103.450, Bl. 409287; vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 231; Schuschnigg, Requiem, S. 53.

⁵⁸ Das Communiqué ist abgedr. in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 124; siehe auch ADAP, D 1, Dok. 298.

nahme durch die NSDAP in Österreich, zu erreichen: „Nun müssen unsere Nazis in Österreich sehr klug sein. Hoffentlich gelingt es ihnen“ (TG, 16.2.1938).

Zunächst mußte allerdings die österreichische Regierung handeln. Bereits am nächsten Tag erfolgte eine „Regierungsumbildung“, und Seyß-Inquart, den Goebbels als den eigenen „Mann“, als NS-Sympathisanten, ansah, wurde das Ressort „Innen- und Sicherheit“ (TG, 17.2.1938) übertragen.⁵⁹ Zudem wurden, wie Goebbels festhielt, noch „ein paar halbe Nazis“ in wichtige Positionen befördert (TG, 17.2.1938).⁶⁰ Auch wurde eine „allgemeine und umfassende Amnestie, von der 2–3000 Menschen betroffen“ waren, erlassen (TG, 17.2.1938).⁶¹ Beim Mittagessen in der Reichskanzlei erzählte Hitler, der Goebbels zufolge „bester Laune“ war und in seinen Augen „auch allen Grund dazu“ hatte, daß er am selben Tag Seyß-Inquart und den Fürsten Starhemberg empfangen wolle. Zur weiteren Marschroute des NS-Regimes notierte Goebbels: „D[a] wird eingeeizt. [...] Jetzt geht es um die Wurst. Da ist jedes Mittel recht“ (TG, 17.2.1938).

3. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf das Februar-Abkommen

Von besonderer Brisanz war für die Nationalsozialisten, vor allem für Hitler selbst,⁶² die Haltung des verbündeten Italien, da es sich bisher, erneut bekräftigt durch die Vereinbarungen von Stresa mit Frankreich und Großbritannien im April 1935, als Protektor des souveränen Österreich verstanden und sich früheren deutschen Einmischungsversuchen in Österreich – wie dem im Juli 1934 – entgegengestellt hatte. Andererseits war es ab 1936 zu einer Annäherung und zu Abkommen zwischen Deutschland und Italien gekommen, vor allem, weil sich das nationalsozialistische Deutschland, im Gegensatz zu den Westmächten, nicht an Maßnahmen gegen die italienische Besetzung Abessinien im Winter 1935/36 beteiligt hatte, und weil beide Regierungen im Spanischen Bürgerkrieg gemeinsame Ziele verfolgten.⁶³ Anfang 1936 schien es und in der zweiten Jahreshälfte wurde es gewiß, daß Rom seine Österreichpolitik zu ändern begann, vor allem auch, weil sich der Interessenschwerpunkt Italiens weiter zum Mittelmeer verlagerte. Doch

⁵⁹ Siehe amtliche österreichische Mitteilung über die Umbildung des österreichischen Kabinetts, 16.2.1938, in: DDP, Bd.6, Teil 1, S. 125f.

⁶⁰ Goebbels meinte hier vermutlich Hans Fischböck, der zum Staatsrat und Konsulenten des Bundesministeriums für Handel ernannt wurde: In Berchtesgaden war vereinbart worden, daß er „in maßgebender Position eingebaut“ würde; vgl. ADAP, D 1, Dok. 295; ursprünglich geplant war, ihn zum „Finanzminister“ zu machen; vgl. ADAP, D 1, Dok. 294.

⁶¹ Es handelte sich um eine „Amnestie für gerichtlich strafbare politische Delikte“, die „vor dem 15. Februar 1938 begangen wurden“, und hatte eine „Nichteinleitung des Strafverfahrens“, die „Einstellung schwebender Verfahren“ oder die „Nachsicht der noch zu verbüßenden Strafen“ zur Folge. Antrag Schuschniggs im Ministerrat, vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1068, 16.2.1938, Beschlußprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 273.

⁶² Kube, *Pour le mérite*, S. 237.

⁶³ Rademacher, *Pressewaffenstillstand*, S. 18–65; Mantelli, *Faschismus*, S. 107–116.

noch immer war für Berlin fraglich, ob man nun schon mit einem italienischen Desinteresse an Österreich rechnen konnte.⁶⁴ Beim Besuch Mussolinis in Berlin im September 1937 war es Hitler noch nicht gelungen, mit ihm die „Österreich-Frage“ zu klären, die „noch offen“ blieb (TG, 29.9.1937): „Darüber geht er immer weg. Aber das ist die Hauptsache. Er spricht von ‚Gesicht wahren‘, aber er meint natürlich die Sache selbst. Und da ist er hartnäckig“, überliefert Goebbels (TG, 28.9.1937).⁶⁵

In der erwähnten, von Hoßbach protokollierten Besprechung am 5. November 1937 hatte Hitler ausgeführt, wie die italienische „Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung“.⁶⁶ Obwohl Berlin und Rom seit Ende 1936 „Achsenpartner“ waren und im September 1937 vereinbart hatten, sich bei Österreich betreffenden Fragen zu konsultieren,⁶⁷ hatte es die deutsche Seite im Februar 1938 unterlassen, italienische Diplomaten oder Mussolini selbst über das Treffen zwischen den beiden Kanzlern in Berchtesgaden zu unterrichten; nur die Österreicher hatten den italienischen Gesandten in Wien vorab orientiert.⁶⁸ Goebbels war über diese Vorgänge nicht informiert, er erfuhr erst am 16. Februar von Hitler persönlich, daß Italien „nun auch einverstanden“ (TG, 17.2.1938) sei, und am 18. Februar wußte Goebbels, daß Rom „nun offiziell den Österreichfrieden“ begrüßte (TG, 19.2.1938), auch wenn Mussolini, wie Goebbels zwei Tage später notierte, „etwas pickiert [!]“ gewesen sei, „daß man ihn in der österreichischen Frage nicht vorher orientierte“ (TG, 21.2.1938). „Aber“, so Goebbels weiter, „das hat sich wieder gelegt. Jedenfalls macht er keine Schwierigkeiten“.⁶⁹

Auch Goebbels wurde das Gerücht zugetragen, Mussolini habe Sondergesandte nach Wien entsandt, das vermutlich auf einer falschen Einschätzung Papens basierte.⁷⁰ Er beklagte im Tagebuch, Schuschnigg treibe „ein ganz unehrliches Spiel“,

⁶⁴ Ara, Österreichpolitik, S. 111–121; Kube, *Pour le mérite*, S. 218. Göring zeigte sich im Oktober 1936 gegenüber Schuschnigg überzeugt, daß Italien nun nicht mehr „den Österreichern zu Hilfe eilen würde“; Aufzeichnung über eine Begegnung zwischen Göring und Schuschnigg, 13.10.1936, in: ADAP, D 1, Dok. 169, S. 255.

⁶⁵ Vgl. auch Kube, *Pour le mérite*, S. 237.

⁶⁶ Hoßbach-Niederschrift über die Konferenz am 5.11.1937, in: IMG 25, Dok. 386-PS, S. 411.

⁶⁷ TG, 30.9.1938; Entwurf zu einer deutsch-italienischen Vereinbarung, September 1937, in: ADAP, C 6, 2, S. 1139. Vgl. auch Ara, Österreichpolitik, S. 122.

⁶⁸ Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops, 14.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 296, S. 425; Schausberger, Griff, S. 521.

⁶⁹ Die Verärgerung Mussolinis überliefert auch Ciano, Tagebuch, Eintrag vom 18.2.1938, S. 107.

⁷⁰ Zu den zufälligen Privatreisen des Gouverneurs von Rom, Piero principe di Colonna, und des früheren italienischen Gesandten in Wien, Francesco Salata, in die österreichische Hauptstadt und den Spekulationen in deutschen Diplomatenkreisen siehe: Telegramm Papens an Hitler, 26.2.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67774; Telegramm v. Steins, 2.3.1938, in: Ebenda, Bl. 67777 (sowie PA/AA, Wien 286, o. P.); Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 28.2.1938, PA/AA, R 103.450, Bl. 409320; Aktennotiz, in: ADAP, D 1, Dok. 329; Telegramm v. Plessens, 3.3.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67778; Aufzeichnung v. Steins, 5.3.1938, PA/AA, Wien 286, o. P. Zu Salata siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 57.

und Mussolini „scheint ihn dabei zu unterstützen“, und kommentierte, das „sähe ihm so ähnlich“, die Nationalsozialisten müßten nun „sehr auf der Hut sein“ (TG, 2.3.1938). Goebbels glaubte, daß der Verlust des italienischen Einflusses in Österreich die italienische Öffentlichkeit schmerze und betrachtete daher den geplanten Italienbesuch Hitlers im Mai als „Pflaster“ auf „die Wunde Österreich“ (TG, 2.3. 1938, ähnl. 3.3.1938). Nach großen Sympathiebekundungen für den Nationalsozialismus in österreichischen Betrieben notierte Goebbels: „Armer Schuschnigg! Da hilft auf die Dauer auch kein Mussolini!“ (TG, 2.3.1938). Goebbels ging also von einer faschistischen Unterstützung für Schuschnigg aus, die jedoch langfristig nicht aufrechtzuerhalten wäre, und blieb skeptisch, ob sich die Italiener wirklich schon mit Österreich als deutschem Satellitenstaat abgefunden hatten.⁷¹

Die Westmächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, hatten schon vor der Unterredung Hitlers mit Schuschnigg erkannt, daß nun Österreich zum deutschen „Ziel Nummer 1“ geworden war.⁷² Nach dem Februar-Abkommen war die Unruhe in Frankreich groß, da man, wie der deutsche Botschafter aus Paris berichtete, die eigene „Ohnmacht“ sah, einen engeren Zusammenschluß oder gar eine Vereinigung der beiden Staaten zu unterbinden. Denn weder das Stresa-Abkommen vom April 1935 – Italien hatte sich durch sein abessinisches Abenteuer bereits zu weit von den Westmächten entfernt und sich dem nationalsozialistischen Deutschland zu stark angenähert – noch der Völkerbund würden Deutschland an seiner Politik der Unterwerfung Österreichs hindern können.⁷³ In Großbritannien glaubte man schon Mitte der 30er Jahre, daß Österreich früher oder später an Deutschland oder Italien fallen würde, aber man hatte wegen des rechten, autoritären Regimes in Wien keine großen Ambitionen, die Existenz Österreichs zu retten. Zudem war man sich in England bewußt, daß ein „Anschluß“ Österreichs nur mit Waffengewalt zu verhindern war – die aber kaum jemand anwenden wollte.⁷⁴ Lord Halifax hatte Hitler im November 1937 deutlich gemacht, daß England an der Österreich-Frage nur insoweit interessiert sei, als Änderungen der Situation „im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden“ und keine Methoden angewandt würden, die „weitergehende Störungen“ verursachen könnten.⁷⁵

Auf den von Hitler gegenüber Schuschnigg ausgeübten Druck und die erzwungenen Vereinbarungen reagierte die westliche Welt mit Entrüstung, was auch Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte: „Die Weltpresse tobt. Spricht von Vergewaltigung. Ganz unrecht hat sie nicht. Aber keine Hand rührt sich. [...] Wie zu

⁷¹ Eine ähnliche Einschätzung findet sich beim deutschen Geschäftsträger in Rom, Johann von Plessen; Schreiben Plessens an das A.A., 25.2.1938, mit Anlage, in: ADAP, D 1, Dok. 129, S. 184–186.

⁷² Bericht des deutschen Botschafters in Paris, Graf Welczeck, an das A.A., 11.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 291, S. 417.

⁷³ Bericht der deutschen Botschaft Paris, 16.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 302, S. 430.

⁷⁴ Carsten, Großbritannien und Österreich, S. 42–44.

⁷⁵ Aufzeichnung über Gespräch Hitlers mit Halifax, 19.11.1937, in: ADAP, D 1, Dok. 31, S. 52.

erwarten war. [...] Prag sehr bestürzt, Paris resigniert, London tut gleichgültig, und Wien heuchelt Freude“ (TG, 17.2.1938). Goebbels teilte also durchaus die Einschätzung des deutschen Vorgehens als Gewaltakt, wenn er einräumte, daß die Bezeichnung „Vergewaltigung“ nicht unzutreffend sei.⁷⁶ An den folgenden Tagen beschrieb Goebbels die Haltung der Westmächte ähnlich: „In Paris ist man ganz deprimiert. In London heuchelt man Gleichgültigkeit. Eden erklärt im Unterhaus, noch nichts Näheres zu wissen. Er weiß schon. Aber was er weiß, das getraut er sich wohl nicht zu sagen“ (TG, 18.2.1938).⁷⁷ Die französische Regierung erhob förmlichen Protest im Auswärtigen Amt gegen das deutsche Vorgehen, die britische Regierung begnügte sich mit einer besorgten Anfrage ihres Gesandten bei Außenminister Ribbentrop.⁷⁸ Goebbels erwähnte in seinem Tagebuch aber nur den Protest des französischen Botschafters André François-Poncet, den er nicht zu Unrecht als „so eine Art Demarche“ bezeichnete, da ihm wahrscheinlich bekannt war, daß der französische Botschafter in seinem Gespräch mit Ribbentrop sein Vorgehen durch eine Begriffsdefinition der Demarche abzuschwächen versuchte (TG, 18.2.1938).⁷⁹ Doch erfolgten keine deutlicheren Schritte, keine schriftlichen Protestnoten und keine gemeinsame Demarche von Großbritannien und Frankreich, weil sich in England die Vertreter einer Appeasementpolitik durchgesetzt hatten, und weil sich Frankreich allein zu keiner ernsthaften Drohgebärde mit etwaigen militärischen Folgen in der Lage sah:⁸⁰ „London und Paris möchten am liebsten scharf protestieren. Aber sie fürchten, daß sie auf Granit stoßen“ (TG, 20.2.1938).

Goebbels, der die Kritik an den deutschen Unterwerfungsversuchen gegenüber Österreich anfangs für nicht ganz unberechtigt gehalten hatte (TG, 17.2.1938), bezeichnete nun die langanhaltenden Proteste aus dem Ausland, die ihm allmäh-

⁷⁶ Göring hingegen erklärte am Tag der Annexion Österreichs in einer öffentlichen Rede: „Mit Empörung weist Deutschland die Lügen zurück, die das gewaltige Gefühl entheiligen sollen. Wie kann man jetzt von der Vergewaltigung und Nötigung des schwachen österreichischen Volkes sprechen, da es bisher in nie dagewesener Weise vergewaltigt und genötigt wurde und sein Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen getreten war?“ Rede Görings, 13.3.1938, in: Göring, Reden und Aufsätze, S.317.

⁷⁷ In der Debatte im House of Commons erklärte Robert Anthony Eden am 16.2.1938, er könne keine Aussagen zu den Vereinbarungen von Berchtesgaden machen, solange der Text des Abkommens nicht vorliege; Telegramm Ernst Woermanns an das A.A., 16.2.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl.67735f.; siehe auch The Times, 17.2.1938, S.7. Am 17.2.1938 gab Eden eine längere Erklärung ab, erwähnte, daß er nun bestimmte Informationen bekommen habe, aber noch immer nicht in der Lage sei, etwas Genaues zu sagen. „DNB-Rohmaterial“, 17.2.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 750, Bl.67749.

⁷⁸ Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit François-Poncet, 17.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.308, S.435f., und Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit Henderson am 18.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.310, S.437f. Diese Demarche durfte in der deutschen Presse nicht groß aufgemacht werden; vgl. NS-PrA, Bd.6/I, Dok.471, 18.2.1938, S.172.

⁷⁹ Aufzeichnung Ribbentrops über ein Gespräch mit François-Poncet, 17.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.308, S.435f.

⁸⁰ Telegramm Ernst Woermanns, 17.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.305, S.432; Telegramm Welczecks, 24.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.125; Schausberger, Griff, S.540f.; Haas, Okkupation, S.32–39; Schumacher, Frankreich, S.44.

lich Schwierigkeiten zu bereiten schienen, als Hetze: In „Paris und London wird weiter schwer gehetzt. Das haben wir noch nicht überstanden“ (TG, 19.2.1938). Diese Proteste gegen das deutsche Vorgehen in Österreich kritisierte Hitler in seiner Reichstagsrede am 20. Februar Goebbels zufolge als „Einmischungsversuche von Paris und London“, die er sich verbat (TG, 21.2.1938). Hitler nannte das Berchtesgadener Abkommen „einen Beitrag zum europäischen Frieden“ und ein „Verständigungswerk“ und polemisierte gegen jene „demokratischen Weltbürger, die, indem sie sonst immer von Frieden reden, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um zum Kriege zu hetzen“.⁸¹ In dieser Rede sprach Hitler auch „Dankesworte an Schuschnigg“ aus (TG, 21.2.1938),⁸² was Goebbels zufolge dazu führte, daß man danach in „Wien sehr erleichtert“ gewesen sei, während aus Paris und London „einige alarmierende Pressestimmen“ kamen, und, wie Goebbels annahm, „Prag [...] voll Angst“ gewesen sei (TG, 22.2.1938). Anlaß zur Sorge gab vor allem die Passage, in der Hitler vom „Versailler Wahnsinnsakt“ sprach und erklärte, „über 10 Millionen Deutschen“ würde in zwei Nachbarstaaten „fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt“. Dies sei „auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich“, es sei das Interesse des Deutschen Reiches, den „Schutz jener deutschen Volksgenossen“ zu übernehmen und ihnen „an unseren Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern“.⁸³ Damit hatte Hitler auch gegenüber dem Ausland seine Maske fallen lassen und unmißverständlich einen neuen Kurs der Einmischung in die inneren Verhältnisse in den Nachbarstaaten angekündigt.

Goebbels glaubte, daß die Debatte um die Unabhängigkeit Österreichs zum Rücktritt des britischen Außenministers Robert Anthony Eden geführt habe, weil dieser ein „Vorgehen in der Österreichfrage“ gewollt habe, sich aber gegen Chamberlain nicht habe durchsetzen können (TG, 23.2.1938).⁸⁴ In jedem Fall setzte mit dem neuen Außenminister Lord Halifax sogleich ein neuer Kurs in der Deutschlandpolitik der Briten ein, gehörte er doch zu denjenigen, die das Expansionsstreben des NS-Regimes durch überseeische Kolonien zu saturieren versuchten.⁸⁵ Besonderes Interesse brachte Goebbels der seit Mitte Februar in Frankreich herrschenden Regierungskrise, die wegen Streits „um das Arbeitsstatut“ (TG, 16.2.1938; s. a. 1.3., 3.3.1938) und um die „Außenpolitik“ ausgebrochen war, entgegen

⁸¹ Aber auch in der Wirtschaftspolitik, der Blomberg-Fritsch-Krise und dem Justizwesen verwahrte sich Hitler gegen eine internationale Einmischung; vgl. Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 459, S. 42.

⁸² Hitler dankte ihm „für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt“; Reichstagsrede Hitlers, 20.2.1938, in: Ebenda.

⁸³ Ebenda, S. 41. Vgl. auch Zernattos Einschätzung: Zernatto, Wahrheit, S. 236f.

⁸⁴ Ähnlich Papen: Telegramm Papens an Hitler, 24.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 324. So auch Schausberger, Griff, S. 540. Anders die Einschätzung der deutschen Botschaft London; vgl. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London an das A.A., 21.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 120, S. 171. So auch Haas, Okkupation S. 37; Kershaw, Hitlers Freunde, S. 258.

⁸⁵ TG, 8.3.1938; ADAP, D 1, Dok. 138, 141, 145; Schöllgen, Irrweg, S. 117–134; Schausberger, Griff, S. 549.

(TG, 27.2., 28.2.1938), in deren Folge Regierungschef Camille Chautemps zurücktreten und eine längerwährende Instabilität einsetzen sollte. Wenn man in Paris auch „wütend über“ das deutsche „Vorgehen Österreich gegenüber“ war, so wollte, wie Goebbels meinte, dennoch „kein Franzose“ deswegen „Krieg“ (TG, 3.3.1938). Diese Einschätzung schien innerhalb des NS-Regimes verbreitet, so daß auch Neurath gegenüber François-Poncet erklärte, er glaube nicht, „daß irgendein Staat, Frankreich eingeschlossen, wegen des Anschlusses Österreichs an Deutschland einen Krieg beginnen würde“.⁸⁶ Aus den Vereinigten Staaten war keinerlei Protest zu vernehmen, obgleich die Berchtesgadener Abmachungen auch dort Anlaß zu Besorgnis gaben. Die USA verfolgten noch Anfang März 1938 eine isolationistische Außenpolitik und hielten darüber hinaus die deutschen Interessen in Österreich für legitim, da sie diese lediglich als Versailles-Revision betrachteten.⁸⁷

4. Zwischen Berchtesgaden und Graz: Die Zuspitzung der Lage in Österreich und das Verhalten der Regierungen in Berlin und Wien

Die Umbildung der österreichischen Regierung und die Amnestie für die Nationalsozialisten waren, entsprechend den Vereinbarungen vom 12. Februar, bereits vier Tage später in die Wege geleitet, wie auch Goebbels bekannt war (TG, 17.2.1938).⁸⁸ Weitere personelle Veränderungen im Staatsapparat folgten, so daß Goebbels lobende Worte für den österreichischen Kanzler fand: „Schuschnigg arbeitet gut und gibt sich große Mühe. Eine Personalveränderung nach der anderen“ (TG, 18.2.1938). Auch Außenminister Ribbentrop war bemüht, die Abmachungen von Berchtesgaden zu halten, und teilte dem Stellvertreter des Führers, d.h. der NSDAP-Kanzlei Hitlers, am 16. Februar mit, er möge „die betreffenden Anordnungen sofort“ erlassen, die eine Einmischung der NSDAP in Österreich unterbinden sollten, da er noch am selben Tag die österreichische Regierung hierüber verständigen müsse.⁸⁹ Daraufhin erschien am 18. Februar ein neues gemeinsames „Communiqué“ der österreichischen und der deutschen Regierung, das die Möglichkeit politischer Betätigung für Nationalsozialisten in Österreich und die Verpflichtung deutscher Parteistellen zur Nichteinmischung in innerösterreichische Verhältnisse ankündigte.⁹⁰

Goebbels vermerkte hierzu im Tagebuch: „Neues Communiqué in der Österreichfrage. Den Nazis ist die politische Betätigung erlaubt im Rahmen der Verfas-

⁸⁶ Aufzeichnung Neuraths über Gespräch mit François-Poncet, 23.2.1938, PA/AA, R 103.6626, Bl.435017-019.

⁸⁷ Low, Anschluß, S. 350-352.

⁸⁸ Vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1068, 16.2.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 273.

⁸⁹ Schreiben Ribbentrops, 16.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok.303; die entsprechende Anweisung der persönlichen Adjutantur des Stellvertreters des Führers, in: Ebenda, Dok.304.

⁹⁰ DDP, Bd.6, Teil 1, S.128; Frauendienst, Weltgeschichte, S.408f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd.11, S.623f.; Entwurf dazu in: ADAP, D 1, Dok.312, S.439.

sung. Na, die werden ja sehen! Dafür mischen wir uns nicht mehr ein. Na, die werden ja sehen!“ (TG, 19.2.1938). Goebbels' Kommentar in bezug auf die zugesicherte Nichteinmischung, „Na, die werden ja sehen!“, legt nahe, daß weder Goebbels noch Hitler daran dachten, die Souveränität Österreichs zu respektieren und ihre Zusagen zu halten, was in der Forschung lange nicht erkannt wurde.⁹¹ Deutlich wird diese Abkehr Hitlers von seiner Zusicherung gegenüber Schuschnigg, als er bereits für den 17. Februar den neuen Innen- und Sicherheitsminister Seyß-Inquart zum Empfang weiterer Anweisungen zu sich bestellte. Goebbels erfuhr beim Mittagessen in der Reichskanzlei von Hitler, daß Seyß-Inquart ihn am nächsten Tag besuchen werde, und daß er auch den Fürsten Starhemberg empfangen wolle, da es nun „um die Wurst“ gehe und „jedes Mittel recht“ sei (TG, 17.2.1938). Die Formulierung, daß Hitler nun „jedes Mittel“ anzuwenden bereit sei – unabhängig davon, ob sie wörtlich oder nur sinngemäß von Hitler stammte –, bekräftigt deutlich die These, daß das NS-Regime ab sofort mehrere Wege und Pläne gleichzeitig verfolgte, um dem Nationalsozialismus in Österreich zum Durchbruch zu verhelfen. Seyß-Inquart, den Hitler „für einen braven, anständigen Deutschen“ hielt (TG, 21.2.1938), verfolgte in Übereinstimmung mit Hitler weiterhin die evolutionäre Linie.⁹² Er sei jedoch, so die von Goebbels überlieferte Einschätzung Hitlers, „kein Nazi“ im eigentlichen Sinne (TG, 21.2.1938), nicht zuletzt, weil er gegenüber Hitler auf der Unabhängigkeit Österreichs und auf der Selbständigkeit der österreichischen Nationalsozialisten beharrte.⁹³ Durch die Beauftragung Seyß-Inquarts konnte Hitler bei Schuschnigg den Eindruck erwecken, die deutsche Regierung lehne eine revolutionäre oder gewaltsame Machtübernahme in Österreich ab. Andererseits übernahm Seyß-Inquart die Übermittlung von Befehlen Hitlers an österreichische NS-Funktionäre, beispielsweise denjenigen, daß sich die Nationalsozialisten in Wien bis zu seiner Reichstagsrede ruhig verhalten und statt dessen in der Provinz demonstrieren sollten.⁹⁴ Es ist anzunehmen, daß Goebbels von diesem Gespräch zwischen Hitler und Seyß-Inquart nichts erfuhr, da er dazu nichts in seinem Tagebuch erwähnte, obwohl er noch am 18. Februar davon ausgegangen war, daß er an diesem Tag „Näheres“ wissen würde (TG, 18.2.1938). Über Seyß-Inquart verfolgte Hitler also die Strategie der Evolution weiter. Anderen, radikaleren Kräften ließ er dagegen andersgerichtete Anweisungen zukommen. In der Steiermark, insbesondere in Graz, verfolgten der dortige Volkspolitische Referent der Vaterländischen Front, Armin Dadieu, und der SA-Führer der Mittelsteiermark, Sigfried Uiberreither, das Ziel, durch Unruhen ein bewaffnetes Vorgehen der österreichischen Polizei oder Armee zu provozieren, was Hitler den Anlaß zum Eingreifen bieten sollte.⁹⁵ Noch im Januar 1938 hatte Göring Dadieu in Berlin die Zusicherung gegeben, daß deutsche Truppen

⁹¹ Vgl. beispielsweise Rosar, *Deutsche Gemeinschaft*, S. 231, 240, 260f.

⁹² Eichstädt, Dollfuss, S. 318, 324.

⁹³ Noch am Nachmittag des 11.3.1938 suchte Seyß-Inquart die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten; vgl. Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 358, so auch Žernatto, *Wahrheit*, S. 316, und Aussage Seyß-Inquarts, 10.6.1946, in: IMG 15, S. 686.

⁹⁴ Schausberger, Griff, S. 537.

⁹⁵ Karner, *Steiermark*, S. 43.

bei einem Schußwechsel zwischen österreichischen Nationalsozialisten und Regierungseinheiten einschreiten würden.⁹⁶

Auch Goebbels trug durch seine als Kulturarbeit getarnte Propaganda dazu bei, die Lage in Österreich weiter zu verschärfen und die zugesicherte Nichteinmischung zu unterlaufen. Im Herbst 1936 hatte er nach einem Gespräch mit Hitler notiert, sie wollten nun „eine neue getarnte Propaganda“ für Österreich entwickeln (TG, 15. 11. 1936), der Vorschlag hierfür stammte, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, von Hitler selbst (TG, 2. 12. 1936). Da der von Goebbels mit dieser Aufgabe betraute Mitarbeiter keine zufriedenstellenden Vorschläge vorlegte, widmete sich der Propagandaminister dieser Angelegenheit persönlich (TG, 3. 2. 1937), die zunächst aufgrund des Devisenmangels zu scheitern drohte (TG, 11. 2. 1937, 19. 2. 1937, 25. 2. 1937), bis Hitler Goebbels die nötigen österreichischen Schillinge zur Verfügung stellen ließ (TG, 8. 3. 1937, 17. 3. 1937). Keine zwei Monate später ließ Goebbels in Wien und Graz Fremdenverkehrsbüros errichten (TG, 5. 5. 1937), die nicht nur für das Reiseland, sondern vor allem für den Nationalsozialismus warben.⁹⁷ Diese „getarnte Propaganda“ über „den Weg des Fremdenverkehrs“ war, wie Goebbels noch einmal im Tagebuch deutlich machte, ein „Gedanke des Führers“ (TG, 13. 8. 1937), der auch in den folgenden Monaten intensiv weiterverfolgt wurde. Walther Funk, Staatssekretär im Propagandaministerium, berichtete Goebbels nach einer Österreich-Reise, daß die Errichtung des „Verkehrsbüros [...] wie ein Wunder gewirkt“ habe und daß nun in Österreich „alle [...] Nazis“ seien (TG, 19. 10. 1937). Funk wandte sich daraufhin an Göring, der weitere Devisen für die Propaganda im Nachbarland zur Verfügung stellte (TG, 23. 10. 1937).

Wenige Tage später traf Goebbels mit Karl Megerle zusammen, einem österreichischen Emigranten, der von Berlin aus mit finanzieller Hilfe des Reichs die NS-Propaganda in Österreich koordinierte:⁹⁸ „Megerle berichtet über Österreich. Er meint, daß die Regierung fester sitze. Ich weiß es nicht. Will aktivere Kulturpropaganda. [...] Ich lasse mir von ihm einen präzisierten Vorschlag ausarbeiten“ (TG, 27. 10. 1937). Vier Wochen später hielt Goebbels fest: „Megerle legt ausführliche Denkschrift über Kulturaustausch mit Österreich vor. Aber das werde ich mir vorher nochmal gründlich überlegen“ (TG, 23. 11. 1937).⁹⁹ Wie Papen Mitte

⁹⁶ Zernatto, Wahrheit, S. 249; Schmidl, März 38, S. 81.

⁹⁷ Vgl. Michels, Ideologie, S. 372.

⁹⁸ Megerle, inzwischen Reichstagsabgeordneter, wandte sich am 10. 6. 1938 an das A.A. und schrieb, er verfüge „aus den ihm zugeflossenen Geldern“, mit denen er den „österreichischen Sonderauftrag finanziert“ habe, noch über 35 000 RM. Er schlug vor, diese Gelder nun für die Kampagne gegen die Tschechoslowakei zu verwenden, was vom A.A. gutgeheißen wurde. PA/AA, R 103. 339, Bl. 391813f. Das Reichstagsmandat hatte Megerle wohl Goebbels zu verdanken, der sich bei Hitler für ihn verwandte; vgl. TG, 25. 3. 1938. Zu Megerle siehe auch Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 153f.; Statisten in Uniform, S. 408.

⁹⁹ Diese Denkschrift mit dem Titel „Kulturelles Sofortprogramm“ umfaßte folgende sechs Punkte: 1. Begründung einer kulturellen Zeitschrift in Österreich; 2. Eröffnung eines „nationalen“ Theaters gegen die „jüdische [...] Alleinherrschaft“ in Wien; 3. Aufnahme einer Arbeitsverbindung mit der Wiener Konzerthausgesellschaft gegen die „jüdische Monopolstellung“; 4. Ausstellung „Das neue München“ in der Wiener Sezession und anderen österreichischen Städten; 5. Einmalige finanzielle Unterstützung des Deutschen Turnerbundes, der „in personeller Hinsicht als eine rein nationalsozialistische Organisa-

Januar 1938 dem Auswärtigen Amt mitteilte, fand die darin vorgeschlagene Eröffnung eines „nationalen“ Theaters in Wien „die Zustimmung des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“; die Durchführung dieses Plans wurde bereits vorbereitet.¹⁰⁰ Papen bat zugleich um finanzielle Mittel zur Stützung des bereits angemieteten Raimund-Theaters, das am 24. Januar 1938 eröffnen sollte.¹⁰¹ Zwei Tage vor Schuschniggs Besuch auf dem Obersalzberg notierte Goebbels: „Gastspiele unserer Opernhäuser in österreich. Provinzstädten vorbereitet. Kostet viel Geld, vor allem Devisen. Aber ich schaffe das doch: weil es die Schuschniggs so ärgert“ (TG, 10.2.1938). Noch nach der Unterredung Hitlers mit Schuschnigg und der vereinbarten Nichteinmischung hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Ich bewillige viel Geld für Propaganda in Österreich“ (TG, 24.2.1938). Goebbels ließ Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar „für Österreich in 200 000 Exemplaren drucken“ und „die Operngastspiele weiter vorbereiten“ (TG, 25.2.1938).

Hitler äußerte nach seiner Rede vor dem Reichstag, in der er den zehn Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei und in Österreich Schutz versprach,¹⁰² gegenüber Goebbels, daß Schuschnigg „nun die Wahl“ habe und „die Frage lösen“ könne (TG, 21.2.1938). Was allerdings von Schuschnigg erwartet wurde, hielt Goebbels in seinem Tagebuch nicht fest. Aber er notierte, daß Hitler Schuschnigg und Bundespräsident Miklas „halten“ würde, wenn er den Wünschen der NS-Führung nachkommen werde. Andernfalls müßten, so Goebbels, „beide weg“ (TG, 21.2.1938). Papen rechnete „mit einem baldigen Rücktritt Schuschniggs“, was Goebbels aber „egal“ war. Für ihn zählte nur, daß „die Dinge“ nun „in Bewegung“ gekommen waren (TG, 21.2.1938). Mittlerweile fanden in Graz, Linz, Innsbruck, Klagenfurt und vielen anderen österreichischen Städten nationalsozialistische Demonstrationen statt,¹⁰³ welche die österreichischen Nationalsozialisten als „Volkserhebung“ bezeichneten und von deutschen Regierungs- bzw. NSDAP-Stellen unterstützt wurden.¹⁰⁴ Am Tag der Reichstagsrede Hitlers erfuhr Goebbels von „n.s. Demonstrationen vor der deutschen Botschaft“ in Wien (TG, 21.2.1938). Daß es ausgerechnet in Graz und Wien zu zahlreichen nationalsozialistischen Kundgebungen kam, lag nicht nur an der besonderen Aktivität der Nationalsozialisten vor Ort, sondern auch an den erwähnten, von Goebbels errichteten Touristik-Büros, über die fortwährend Propaganda betrieben wurde. In Graz schätzte

tion gelten kann“; 6. Pressepropaganda. Die Denkschrift ist überliefert in einem Schreiben Papens an das A.A., 11.11.1937, mit sechsseitiger Anlage „Kulturelles Sofortprogramm“, PA/AA, R 101.338, Bl.391753–759.

¹⁰⁰ Schreiben Papens, deutsche Gesandtschaft Wien, an das A.A., 15.1.1938, PA/AA, R 101.339, Bl.391761f.

¹⁰¹ Geplant war, zunächst das Ensemble des Schiller-Theaters aus Berlin unter Heinrich George gastieren zu lassen, was nicht gelang und finanzielle Einbußen zur Folge hatte; vgl. Schreiben Papens an das A.A., 11.11.1937, mit sechsseitiger Anlage „Kulturelles Sofortprogramm“, PA/AA, R 101.338, Bl.391755f.; Schreiben Papens an das A.A., 15.1.1938, PA/AA, R 101.339, Bl.391761f.; TG, 27.1.1938.

¹⁰² Verhandlungen des Reichstags, Bd.459, S.21–43.

¹⁰³ Bei der deutschen Gesandtschaft Wien gingen zahllose Berichte der Konsulate über NS-Demonstrationen ein; PA/AA, Wien 286. Siehe auch Schmidl, März 38, S.80–88.

¹⁰⁴ Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S.243.

man Anfang März, „daß etwa 80% der Bevölkerung sich zum Nationalsozialismus bekannt haben“.¹⁰⁵

Goebbels verzeichnete in der Folgezeit weitere „große und ergreifende Nazidemonstrationen“ in Wien, Graz und Innsbruck, die er „wunderbar“ fand. Weiter schrieb er: „Jetzt rollt die Sache programmgemäß weiter“ (TG, 22.2.1938). Es ist sehr wahrscheinlich, daß Goebbels mit „programmgemäß“ andeutete, daß er in die Pläne Hitlers, in Österreich verdeckt Unruhe zu stiften, eingeweiht war, so wie er die vertragswidrige deutsche Einmischung in Österreich einige Tage zuvor mit den Worten „Na, die werden ja sehen“ (TG, 19.2.1938) angekündigt hatte. Die „Kundgebungen in Österreich“, die Goebbels begeistert zur Kenntnis nahm, schienen auch an den folgenden Tagen nicht abzubrechen. Seyß-Inquart, der sich noch immer an die evolutionäre Marschroute hielt, ermahnte in einer, wie Goebbels fand, „nicht sehr klugen Rundfunkrede“, die nationalen Kreise in Österreich zu Mäßigung und Geduld und verbot weitere Demonstrationen (TG, 23.2.1938).¹⁰⁶ Daher war Goebbels der Meinung, daß sich Seyß-Inquart, der eigentlich der „Treuhänder“ der deutschen „Belange“ sei, „immer mehr als eine große Niete“ entpuppe (TG, 1.3.1938). Seyß-Inquart vermittelte den Eindruck, ihm sei nicht wohl bei diesem Verbot. Er ließ dem NS-Regime mitteilen, er habe Kundgebungen nur verboten, um einen Einsatz der Exekutive gegen Nationalsozialisten zu vermeiden, da er bei einer möglicherweise bevorstehenden größeren Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Vaterländischer Front die Exekutive „auf Seiten der Nationalsozialisten dann einsetzen könne“.¹⁰⁷ Dennoch hielten die Kundgebungen von NS-Sympathisanten an, wie auch Goebbels wußte. „In Graz große Nazidemonstrationen. Dagegen geht Schuschnigg mit dem Heer los“ (TG, 1.3.1938). Goebbels bezog sich hierbei auf den großen SA-Aufmarsch, der am 27. Februar in der Hauptstadt der Steiermark zum sogenannten Deutschen Tag stattfinden sollte und auf Weisung Schuschniggs verboten wurde. Zusätzlich zum Verbot waren der Ausnahmezustand verhängt worden, und, wie der deutsche Konsul in Graz berichtete, ein Bataillon Infanterie von Wien nach Graz beordert sowie Geschütze und Maschinengewehre an den Zufahrtsstraßen postiert worden. Konsul Paul Drubba berichtete weiter, daß „Panzerautos“ die Straßen durchfuhren und „Militärflugzeuge“ stundenlang die Stadt überflogen. Zwischenfälle ereigneten sich aber anscheinend nicht.¹⁰⁸ Goebbels betrachtete dies als Bruch der Abmachungen von Berchtesgaden, denn er schrieb, das „Geheimprotokoll“ sei „dabei ganz eindeutig“ (TG, 1.3.1938), denn dort war den Nationalsozialisten eine politische Betätigung im Rahmen der österreichischen Verfassung zugestanden worden. Drei Tage später notierte Goebbels: „In Graz ist immer noch der Teufel los. Unsere Nazis gehen heran. Seyß-Inquart [!] wollte sie beruhigen und mußte dann mit den Wölfen heulen“ (TG, 4.3.1938). Bei einer Rede in Graz am 1. März hatte

¹⁰⁵ Bericht Keplers, 3.–6.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 335.

¹⁰⁶ Schmidl, März 38, S. 79; Schuschnigg, Requiem, S. 109.

¹⁰⁷ Schreiben Frederic von La Trobes im Auftrag von Seyß-Inquart an Reichspressechef Otto Dietrich, 26.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P.

¹⁰⁸ Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 28.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P., 4 Seiten. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 83f.; Karner, Steiermark, S. 45f.

Seyß-Inquart zunächst ausgeführt, es gelten bestimmte Gesetze, an die sich alle zu halten hätten. So sei der sogenannte Deutsche Gruß nicht grundsätzlich verboten, aber natürlich für Beamte im Dienst. Nach einem Aufmarsch und Fackelzug der NS-Anhänger habe dann Innenminister Seyß-Inquart, wie Konsul Drubba mitteilte, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied „mit erhobener Hand“ angehört.¹⁰⁹ Wahrscheinlich leisteten reichsdeutsche Nationalsozialisten bei diesen Demonstrationen nicht nur materielle, sondern auch logistische und personelle Unterstützung, worauf Goebbels' Notat „unsere Nazis gehen heran“ (TG, 4. 3. 1938) hindeutet. Beispielsweise sollen, wie sich Guido Zernatto erinnerte, bei einer NS-Kundgebung in Salzburg „mehr als tausend Personen aus dem bayerischen Grenzgebiet gekommen“ sein.¹¹⁰ Ein Ende der Demonstrationen war jedenfalls nicht in Sicht und von den deutschen Nationalsozialisten auch keineswegs beabsichtigt.¹¹¹ Doch das offizielle Verbot von Kundgebungen und der erwähnte Einsatz des Militärs veranlaßten Goebbels zu der Notiz: „In der österreichischen Frage klappt es nicht. [...] Man muß am Ende wirklich Gewalt anwenden“ (TG, 1. 3. 1938).

Um Eigenmächtigkeiten der österreichischen Parteigenossen zu vermeiden, befahl Hitler in der zweiten Februarhälfte die besonders fanatischen Funktionäre der österreichischen NSDAP-Landesleitung um Josef Leopold nach Berlin und untersagte ihnen die Rückkehr nach Österreich. Dies war nicht nur Gegenstand der Beratungen mit Bundeskanzler Schuschnigg und Guido Schmidt in Berchtesgaden, sondern es wurde auch von Seyß-Inquart und den beteiligten deutschen Stellen, vor allem von Papen, Göring und Keppler, dringend gefordert.¹¹² Wahrscheinlich spielten hierbei auch Rivalitäten zwischen der SA-nahen Landesleitung und der SS eine Rolle,¹¹³ da besonders Keppler, der SS-Gruppenführer war, und sein Mitarbeiter Edmund Veesenmayer, SS-Hauptsturmführer, gegen Leopold Partei bezogen. Zudem hatte Leopold eine Unterstellung Seyß-Inquarts unter sich verlangt.¹¹⁴ Am 21. Februar teilte Hitler dem österreichischen NSDAP-Landesleiter Leopold in Berlin im Beisein von Keppler und Göring seine Entlassung mit und machte ihm stärkste Vorwürfe wegen seiner Aktionen, die er „wahnwitzig“ nannte, und wegen der bei der Hausdurchsuchung Tavs' gefundenen Unterla-

¹⁰⁹ Bericht Drubbas an die Gesandtschaft Wien, 3. 3. 1938, PA/AA, Wien 286, o. P., 2 Seiten, 2 Seiten Anlage. Auch der britische Journalist G. E. R. Gedye überliefert den sogenannten Deutschen Gruß Seyß-Inquarts; vgl. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 236.

¹¹⁰ Zernatto, Wahrheit, S. 243.

¹¹¹ Vgl. Schausberger, Griff, S. 553, der sich auf Aussagen Schuschniggs in einem Interview von 1971 bezieht.

¹¹² Schuschnigg, Requiem, S. 48; Schreiben Papens an Hitler, 4. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 284; Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 7. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 285; Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 286; Telegramm Papens an das A. A., 8. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 287; Schreiben Kepplers an Ribbentrop, 10. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 289; Bericht Veesenmayers, o. D. [vermutl. 12. 2. 1938 an Keppler], in: ADAP, D 1, Dok. 293; Telegramm Papens an Hitler, 14. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 297; Lagebericht Veesenmayers, 18. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 313.

¹¹³ Matić, Veesenmayer, S. 48; Zernatto, Wahrheit, S. 197, 241.

¹¹⁴ Aussage Seyß-Inquarts, 10. 6. 1946, in: IMG 15, S. 671. Vgl. auch Matić, Veesenmayer, S. 40–50.

gen.¹¹⁵ Statt Leopold wurde nun Hubert Klausner mit der Leitung der NSDAP in Österreich betraut. Goebbels war darüber anscheinend zunächst nicht unterrichtet, erst anlässlich eines „Führerempfangs“ im Braunen Haus am 25. Februar sprach Goebbels mit dem verbannten Parteigenossen Josef Leopold, von dem er noch nie allzuviel gehalten zu haben scheint und der seines Erachtens „zu praktischer Politik kaum zu gebrauchen“ war (TG, 31. 1. 1937), sowie dessen Stellvertreter Franz Schattenfroh und notierte darüber: „Sie sind unbelehrbar. Reden schon wieder von Handstreich und so. Der Führer hat ihnen die Rückkehr nach Österreich verboten. Bravo!“ (TG, 26. 2. 1938). Die Entmachtung Leopolds bzw. die Einsetzung seines Nachfolgers Hubert Klausner als Landesleiter der österreichischen NSDAP, die Schuschnigg als Verletzung der Nichteinmischungsvereinbarung empfand,¹¹⁶ vermerkte Goebbels nicht, sie wurde auch erst Tage später in der Presse bekanntgegeben.¹¹⁷

Auch über die Besprechung Hitlers mit den Österreichern am folgenden Tag notierte Goebbels nichts. In dieser plädierte Hitler noch einmal vor Ribbentrop und Keppler sowie Leopold, Tavs, Schattenfroh, Heinrich Rüdigger und Gilbert in der Maur dafür, daß der „evolutionäre Weg gewählt werde, ganz egal, ob man heute schon die Möglichkeit eines Erfolgs übersehen könne oder nicht“. Hitler erklärte, das Berchtesgadener Abkommen sei „so weitgehend, daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde“. Den revolutionären Weg schloß Hitler völlig aus, und „eine gewaltsame Lösung sei ihm“, wie Keppler überliefert, „wenn es irgendwie vermieden werden könne, jetzt nicht erwünscht, da [...] die außenpolitische Gefährdung von Jahr zu Jahr geringer werde und die militärische Macht von Jahr zu Jahr größer“.¹¹⁸ Die deutlichen Worte Hitlers, die mit einem politischen Betätigungsverbot für die anwesenden Österreicher einhergingen, beweisen aber keine Aufgabe der revolutionären Strategie und einen Richtungswechsel, sondern dienen in erster Linie der Rechtfertigung der Abberufung der besonders unkontrollierbaren und illoyalen österreichischen Parteigenossen.¹¹⁹

Kurt von Schuschnigg hatte nach dem Februar-Abkommen wenig Handlungsalternativen. Er selbst fühlte sich an die mit Hitler getroffenen Vereinbarungen gebunden, deshalb sah er nur drei Möglichkeiten: entweder würde das Abkommen unter seiner oder, als zweite mögliche Lösung, einer anderen Kanzlerschaft durchgeführt oder es würde eine völlig neue Regierung berufen werden, die sich

¹¹⁵ Aktennotiz Keplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318.

¹¹⁶ Eichstädt, Dollfuss, S. 324.

¹¹⁷ Die Presseanweisung hierzu wurde erst am 3. 3. herausgegeben; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 585, S. 208f.

¹¹⁸ Aktenvermerk Keplers, 28. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328. Vgl. auch Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 230.

¹¹⁹ Leopold hatte sich beispielsweise am 21. 2. 1938 bei Hitler beschwert, „über die Zusammenkunft auf dem Obersalzberg nicht zuvor orientiert worden zu sein“; Aktennotiz Keplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318. Die oftmals mangelnde Loyalität der österreichischen Parteigenossen um Leopold gegenüber der reichsdeutschen NSDAP-Führung erwähnen auch Jagschitz, Die österreichischen Nationalsozialisten, S. 237, und Matić, Veesenmayer, S. 46f.

nicht an das Abkommen gebunden zu fühlen brauchte.¹²⁰ Bundespräsident Miklas und auch Schuschnigg selbst hatten sich dafür entschieden, das Vertragswerk gemeinsam in Kraft zu setzen. Das führte, je mehr Einzelheiten des Protokolls vom 12. Februar 1938 bekannt wurden, zu tiefer „Niedergeschlagenheit“ bei den politischen Funktionären der Vaterländischen Front.¹²¹ Schuschnigg mußte deshalb in der Folgezeit seinen erzwungenen Kniefall vor Hitler im eigenen Lager rechtfertigen und Kräfte für den Ständestaat mobilisieren. Seine Rede vom 24. Februar 1938,¹²² in der er die „Souveränität Österreichs“ und die „Leistungen“ seiner Regierung betonte, war Goebbels zufolge „voll von Hinterhältigkeiten“ (TG, 26. 2. 1938). Papen hatte noch versucht, Schuschnigg „zu veranlassen, in der Rede das Märchen von brutaler Gewalt zu dementieren“, was dieser jedoch nicht tat.¹²³ Schuschnigg hatte in dieser Rede beispielsweise ausgeführt, daß es die „erste und selbstverständliche Pflicht“ der österreichischen Regierung sei, „mit allen ihren Kräften die unversehrte Freiheit und Unabhängigkeit des österreichischen Vaterlandes zu erhalten“, und daß sein Vorgänger Dollfuß wegen seines Einsatzes für die Unabhängigkeit „verblutete“. Das war eindeutig eine Anklage gegen die Nationalsozialisten, denn durch ihre Kugeln war der Kanzler 1934 gefallen. Außerdem machte Schuschnigg in dieser Rede klar, daß er mit dem Berchtesgadener Abkommen an die Grenze seiner Möglichkeiten gegangen und zu keinen weiteren Zugeständnissen mehr bereit war: „Bis hierher und nicht weiter“. Ebenso wenig Zustimmung beim NS-Regime fand die Betonung, daß er auch den „fremdvölkischen Minoritäten“ in Österreich dienen wolle, die, wie alle Menschen in Österreich, „gleichberechtigt vor dem Gesetz“ seien – eine deutliche Kritik an der antisemitischen Gesetzgebung des NS-Regimes. Auch, daß er sich die Option offenhielt, mit „westlichen Großmächten“ auf „Fühlungnahme“ zu gehen, stieß in Berlin auf großes Mißfallen. Hitler war Goebbels zufolge „wütend über Schuschniggs Rede“, obwohl beide vermuteten, daß der österreichische Regierungschef diese Ansprache vor allem aus innenpolitischen Gründen gehalten hatte, da er „vor der Frage“ gestanden habe: „wie sage ich’s meinem Kinde?“ (TG, 26. 2. 1938).¹²⁴ Auch Papen war dieser Ansicht. Er erwähnte Umsturzpläne innerhalb der Vaterländischen Front und riet Hitler, „daher die Rede nicht allzu tragisch [zu] nehmen“.¹²⁵

Schuschnigg gelang es nicht, die Lage in Österreich, die durch NS-Kundgebungen immer angespannter wurde, zu beruhigen und die Demonstrationen der Nationalsozialisten einzudämmen. „Es vergingen Tage um Tage der Untätigkeit, die angefüllt waren mit kleinlichen Streitigkeiten über Grußformen und Abzeichen, über die Erlaubnis und das Verbot von Kundgebungen“, erinnerte sich Schusch-

¹²⁰ Schuschnigg, Requiem, S. 53; Zernatto, Wahrheit, S. 232.

¹²¹ Zernatto, Wahrheit, S. 234.

¹²² Frauendienst, Weltgeschichte, S. 413–432; Michaelis/Schraeppler, Ursachen, Bd. 11, S. 627–630.

¹²³ Telegramm Papens an Hitler, 24. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 324.

¹²⁴ Schuschnigg, Requiem, S. 57, schrieb später, daß Sätze wie „Bis hierher und nicht weiter!“ an die „innerpolitische Adresse“ gerichtet waren. Auch in der NS-Presse wurde die Rede als „weniger an unsere Adresse als an die österreichische gerichtet“ dargestellt; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 564, 25. 2. 1938, S. 202.

¹²⁵ Telegramm Papens an Hitler, 25. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 325, S. 448.

niggs Stellvertreter Zernatto. Sinnvolle Maßnahmen zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs aber, so warf Zernatto 1938 im Exil dem österreichischen Kanzler vor, seien von Schuschnigg nicht ergriffen worden.¹²⁶ Schuschnigg begnügte sich damit, Schlimmeres auf den Straßen seines Landes zu verhüten und verlegte, um blutige Konflikte zu verhindern, unter Umgehung des Sicherheitsministers Seyß-Inquart, die erwähnten Bataillone Flieger, Kraftfahrjäger und leichte Artillerie in die Hauptstadt der Steiermark.¹²⁷ Goebbels' Darstellung, Schuschnigg sei „mit dem Heer“ gegen die nationalsozialistischen Kundgebungen losgegangen (TG, 1.3.1938) war übertrieben, da die Maßnahmen des Kanzlers in erster Linie der Abschreckung dienen sollten. Leicht überzogen war auch die Feststellung von Goebbels, daß Schuschnigg „die nazifreundlichen Beamten“ absetze (TG, 1.3.1938). Denn hierbei handelte es sich um Einzelfälle wie beispielsweise den Bürgermeister von Graz, Hans Schmid, der zur Rede des österreichischen Kanzlers am 24. Februar eine Hakenkreuzfahne am Rathaus gehißt hatte.¹²⁸ Allerdings erließen verschiedene Landesleitungen der Vaterländischen Front Verbote nationalsozialistischer Betätigung für Beamte,¹²⁹ die bei Zuwiderhandlung eine Entlassung aus dem Dienst nach sich ziehen konnten. Auf Druck der Nationalsozialisten wurden aber in den österreichischen Ländern auch neue stellvertretende Landeshauptmänner eingesetzt.¹³⁰ Goebbels hielt jedenfalls die Reaktionen Schuschniggs für „Panik“, die letztlich doch zu einer gewaltsamen Lösung führen könnte (TG, 1.3.1938). Die Furcht, Schuschnigg könne ein „ganz unehrliches Spiel“ treiben, also die Beeinflussung der österreichischen Politik durch das NS-Regime zu verhindern suchen, war groß, vor allem, seit auch Seyß-Inquart die NS-Führung vor einer solchen Strategie der österreichischen Regierung warnte (TG, 2.3.1938). Seyß-Inquart teilte Wilhelm Keppler mit, daß er von der österreichischen Regierung umgangen werde, und daß diese versuche, das Abkommen vom Februar zu sabotieren und möglicherweise sogar die Bewaffnung der Arbeiterschaft unterstütze, was aber nicht den Tatsachen entsprach.¹³¹

5. Schuschniggs Volksbefragung und die Reaktion des NS-Regimes

Schon in der zweiten Februarhälfte¹³² kursierte in Österreich die Idee einer Volksbefragung über die Unabhängigkeit des Landes, die mehr und mehr gefährdet

¹²⁶ Zernatto, Wahrheit, S. 261.

¹²⁷ Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 28.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P., 4 Seiten. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 83f.

¹²⁸ Bericht des deutschen Konsuls Drubba, Graz, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 26.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P., 5 Seiten. Siehe auch Karner, Steiermark, S. 483, Anm. 76.

¹²⁹ Aktennotiz Kepplers über Informationen von Seyß-Inquart, 28.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 329.

¹³⁰ Schuschnigg, Requiem, S. 61.

¹³¹ Aktennotiz Kepplers über Informationen von Seyß-Inquart, 28.2.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 329; Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 334; Schausberger, Griff, S. 552.

¹³² Zernatto, Wahrheit, S. 266; Schausberger, Griff, S. 550.

war, weil sich die Nationalsozialisten nicht an das Berchtesgadener Abkommen hielten.¹³³ Doch erst „um den 3. März“ konnte sich Schuschnigg, wie er in seinen Memoiren schrieb, zu diesem Schritt durchringen.¹³⁴ Einen Tag später informierte der Bundeskanzler seine engsten Vertrauten, darunter den früheren Handelsminister und damaligen Bundesbahnpräsidenten Friedrich Stockinger, und nach und nach auch einige andere Mitglieder der Vaterländischen Front über sein Vorhaben.¹³⁵ Durch eine Indiskretion Stockingers erfuhr der deutsche Militärattaché in Wien, General Wolfgang Muff, von einer geplanten Volksbefragung, doch gab er seine Informationen vermutlich nicht weiter, da sie lediglich in Form einer Aktennotiz überliefert sind.¹³⁶ Als Motive für die Volksbefragung, die am 13. März 1938 stattfinden sollte, nannte Schuschnigg Jahre später den Versuch, die österreichischen Nationalsozialisten zur Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit zu zwingen. Er habe sie dazu bewegen wollen, ihren „Anschlußenthusiasmus“ aufzugeben und die nationalsozialistischen Unruhen zu beenden, die ein Eingreifen der österreichischen Armee provozieren sollten und damit Hitler einen Vorwand zum Einmarsch geliefert hätten.¹³⁷ Außerdem hatte Berlin den Druck auf die österreichische Regierung Anfang März enorm verstärkt, nicht zuletzt dadurch, daß Keppler am 5. März Schuschnigg mit neuen Forderungen Hitlers konfrontiert hatte.¹³⁸

Hitler wurde mit großer Wahrscheinlichkeit erstmals am 9. März gegen Mittag von Keppler über Schuschniggs Vorhaben in Kenntnis gesetzt.¹³⁹ Goebbels erfuhr, wie er im Tagebuch festhielt, erst am Abend davon, als er inmitten eines großen Empfangs „aller maßgeblichen deutschen Chefredakteure“ im Propagandamini-

¹³³ Hitler hatte, wie erwähnt, entgegen der in Berchtesgaden vereinbarten Nichteinmischung in innerösterreichische Verhältnisse und der zugesagten Auflösung der illegalen NS-Verbände am 21.2. Hubert Klausner zum Landesleiter der illegalen NSDAP ernannt; vgl. ADAP, D 1, Dok. 318. Zudem bestimmte er Odilo Globocnik zum Organisationsleiter und Friedrich Rainer zum politischen Leiter der NSDAP in Österreich; vgl. ADAP, D 1, Dok. 343, Anlage 1. Außerdem knüpfte die neue Landesleitung der österreichischen NSDAP an die Einhaltung des Abkommens von Berchtesgaden neue Bedingungen; so verlangte man für die Auflösung illegaler Parteiformationen Mandate in Gemeinde- und Landtagen; vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 239–241. Vgl. auch Bericht des Chefs des Sicherheitshauptamts des Reichsführers SS, Abwehramt, an Keppler, 10.3.1938, über die NS-Bewegung in Österreich mit Organigramm, PRO, GFM 33/557, Keppler-Papiere, Bl. 345103–345108.

¹³⁴ Schuschnigg, Requiem, S. 61.

¹³⁵ Schmidl, März 38, S. 93.

¹³⁶ Aktennotiz Wolfgang Muffs, o.D., in: ADAP, D 1, Dok. 338, S. 460. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 32f.

¹³⁷ Vgl. Schausberger, Griff, S. 553, der sich auf ein Interview mit Schuschnigg von 1971 bezieht. Vgl. auch Brief Schuschniggs an Seyß-Inquart, 10.3.1938, in: Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 637–639; Schuschnigg, Requiem, S. 61, 107–112.

¹³⁸ Aufzeichnung Kepplers über Gespräch mit Schuschnigg, 5.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 334. Siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 60; Schausberger, Griff, S. 551.

¹³⁹ Geschäftsträger v. Stein berichtete, daß das Vorhaben Schuschniggs „gegen Mittag des 9. d. Mts.“ bekannt wurde; vgl. Schreiben Steins, Wien, an das A.A., 10.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Zur Frage, wer Hitler informierte, siehe: Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 32; Schmidl, März 38, S. 96; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 248; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 190.

sterium¹⁴⁰ „vom Führer gerufen“ wurde (TG, 10.3.1938). „Schuschnigg will am Sonntag eine Abstimmung machen. Frage: wollt ihr ein autoritäres, christliches Österreich?“¹⁴¹ Seyß-Inquart [!] bei dem Beschluß übergangen. Keppler ist gleich nach Wien geflogen, um Näheres festzustellen. Ein gemeiner Querschuß Schuschniggs“ (TG, 10.3.1938). Es war Goebbels also gleich bekannt, daß Seyß-Inquart „übergangen“ worden war (TG, 10.3.1938), daß Seyß-Inquart „von Schuschniggs Schurkenstreich nichts gewußt“ habe, wie er einen Tag später notierte (TG, 11.3.1938). Schuschnigg hatte seinen Innenminister bewußt erst am 8. März darüber unterrichtet¹⁴² und auf eine Sitzung des Kabinetts verzichtet.¹⁴³ Vor allem wegen Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau hatte Schuschnigg nicht das in der Verfassung verankerte Institut der „Volksabstimmung“ angewandt. Danach hätte die Regierung die Abstimmung beschließen und der Bundespräsident sie ausschreiben müssen. Statt dessen hatte Schuschnigg eine in der Verfassung nicht vorgesehene „Volksbefragung“ verkündet, um zu verhindern, daß Seyß-Inquart die Nationalsozialisten frühzeitig informierte und seine Pläne durchkreuzt würden.¹⁴⁴ Goebbels war auch sogleich über Kepplers Reise nach Österreich informiert, der noch in der Mittagszeit aufgebrochen war. Allerdings flog Keppler nicht nach Wien, „um Näheres festzustellen“ (TG, 10.3.1938), wie Goebbels glaubte, sondern, um zu versuchen, die „Volksbefragung zu verhindern oder, falls dies nicht möglich wäre, bei der Befragung einen Zusatz über die Anschlußfrage“ durchzusetzen.¹⁴⁵ Die Tatsache, daß Goebbels erst am Abend informiert wurde, läßt den Schluß zu, daß Hitler offenbar doch Zweifel hatte, ob die Nachrichten aus Wien zutrafen.¹⁴⁶ Keppler, in Wien eingetroffen, bestätigte nach seinen Erkundungen, daß „alles so“ sei wie „befürchtet“.¹⁴⁷ Den letzten Beweis für die Richtigkeit des Erfahrenen lieferte Hitler die Rede Schuschniggs am Abend des 9. März in Inns-

¹⁴⁰ Zu diesem Empfang siehe NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 720, 10.3.1938, S. 250.

¹⁴¹ Die Parole lautete korrekt: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! / Für Friede und Arbeit! / Für die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!“ Frauendienst, Weltgeschichte, S. 440f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 635.

¹⁴² Schreiben Steins an das A.A., 10.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Siehe auch Schuschnigg, Requiem, S. 65.

¹⁴³ Die letzte Sitzung des Ministerrats unter Schuschnigg fand am 21.2.1938 statt; vgl. Ministerratsprotokoll Nr. 1069, 21.2.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

¹⁴⁴ Art. 65 der österreichischen Verfassung vom 24.4./1.5.1934 („Maiverfassung“) regelte die Volksabstimmung, die abzuhalten wäre, wenn über eine abgelehnte Gesetzesvorlage, über einen Gesetzentwurf oder über eine Frage der Gesetzgebung entschieden werden sollte, wobei die Regierung die Abstimmung zu beschließen hätte. Schuschnigg berief sich auf Art. 93 der Verfassung, nach dem der „Bundeskanzler [...] die Richtlinien der Politik“ bestimmte. Schuschnigg war der Auffassung, daß er das Volk zu den Richtlinien seiner Politik befragen könne, ohne daß die gesamte Regierung eine solche Befragung beschließen müsse. Vgl. Ender, Verfassung, S. 61f., 71. Vgl. auch Zernatto, Wahrheit, S. 269–274; Schmidl, März 38, S. 94; Schuschnigg, Requiem, S. 65, 113f.

¹⁴⁵ Telegramm Weizsäckers an Ribbentrop, 9.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 339.

¹⁴⁶ Hitler sagte dies gegenüber dem Journalisten Ward Price in einem Interview, abgedr. in: Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 671. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 32, 65.

¹⁴⁷ Zit. nach Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 59.

bruck, in der er seine Landsleute zu einem „Ja zu Österreich“ aufforderte.¹⁴⁸ Hitler kannte die Rede, als er am Abend Goebbels zu sich rief und ihm eröffnete, daß Schuschnigg einen „ganz gemeinen Bauernstreich“ plane und „dazu eine gemeine Rede“ gehalten habe (TG, 10.3.1938). Goebbels selbst hatte die Rede aufgrund eines abendlichen Empfangs im Ministerium nicht hören können, war also völlig überrascht.

In der Reichskanzlei, in die sich Goebbels am späten Abend des 9. März begab, beriet Hitler bereits mit Göring darüber, welche Maßnahmen sie als Reaktion auf Schuschniggs „dummes und albernes Volksbegehren“, mit dem er die Nationalsozialisten zu „übertölpeln“ versuchte, einleiten sollten (TG, 10.3.1938). Da Hitler auch in Erwägung ziehen mußte, daß es unter Umständen nicht gelingen könnte, die Volksbefragung zu verhindern, wurden als mögliche Reaktionen zunächst die Empfehlung der „Wahlenthaltung“ für die österreichischen Parteianhänger oder der massive Einsatz von Flugblättern („1000 Flugzeuge“) in Österreich besprochen, in dessen Folge die Nationalsozialisten „aktiv eingreifen“ wollten (TG, 10.3.1938). Allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, was unter aktivem Eingreifen zu verstehen war. Goebbels kehrte daraufhin in sein Ministerium zurück, stellte „einen Arbeitskreis zusammen“ und informierte den „aktiven Kreis“, der sich noch immer auf dem Journalistenempfang aufhielt, während sich, wie er meinte, „unterdeß [...] vielleicht Geschichte“ anbahnte (TG, 10.3.1938). In der Nacht zum 10. März wurde Goebbels erneut zu Hitler gerufen, der nun auch Glaise-Horstenau und Josef Bürckel, als „Sachverständige[n] der Saarabstimmung“, zur Beratung hinzugezogen hatte. Doch Glaise-Horstenau, obwohl Mitglied der österreichischen Regierung, wußte Goebbels zufolge „auch nichts Genaues“, denn er hatte sich seit einigen Tagen in Schwaben und in der Pfalz aufgehalten und war schon deshalb von allen Informationsquellen abgeschnitten.¹⁴⁹

Hitler legte Glaise-Horstenau „sehr drastisch seine Pläne“ dar, woraufhin dieser, wie Goebbels berichtet, „vor den Konsequenzen“ erschrocken sei (TG, 10.3.1938). Glaise überliefert in seinen Memoiren, was ihn „erschauern machte“, nämlich die Frage Hitlers, ob es denn nicht „sündhaft“ sei, „eine solche Armee“, d. h. die Wehrmacht, „ungenützt stehen zu lassen“.¹⁵⁰ In den Erinnerungen erwähnte Glaise auch die Anwesenheit Goebbels' bei der nächtlichen Beratung gegen 3 Uhr mor-

¹⁴⁸ Schuschnigg-Rede, 9.3.1938, abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434–440; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 633f.

¹⁴⁹ Aussage Glaise-Horstenaus, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 131; Schuschnigg, Requiem, S. 64f., 68f.; Zernatto, Wahrheit, S. 298; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 42f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 257f.

¹⁵⁰ Broucek, General, Bd. 2, S. 245. Ganz ähnlich hatte sich Hitler gegenüber Schuschnigg am 12.2. auf dem Obersalzberg ausgedrückt, wie Schuschnigg in seinen Memoiren schrieb: „[E]s wäre geradezu unverantwortlich, und vor der deutschen Geschichte nicht zu vertreten, wenn ein Instrument, wie es die deutsche Wehrmacht ist, nicht benützt werden würde“; zit. nach Schuschnigg, Requiem, S. 50. Die Annahme, Glaise habe diese Passage von Schuschniggs Memoiren übernommen, kann ausgeschlossen werden. Erstens verfaßte Glaise diesen Teil seiner Memoiren bereits im Frühjahr 1942, zweitens bestätigt der Tagebucheintrag Goebbels' die Erinnerungen Glaises, drittens berichtet Glaise noch weitere plausible Details wie den geplanten Einsatz von „Bombengeschwadern über Wien“; Broucek, General, Bd. 2, S. 245.

gens und den allgemeinen Aufbruch gegen 4.30 Uhr.¹⁵¹ Somit wird die Tagebucheintragung Goebbels', er habe sich noch „bis 5^h nachts mit dem Führer allein beraten“, indirekt bestätigt (TG, 10.3.1938). Hitler „glaubt“, so Goebbels weiter, „die Stunde ist gekommen“. Bereits in dieser Nacht dachte Hitler, wie zuvor gegenüber Glaise und den anderen angedeutet, an eine militärische Aktion, deren Risiko Hitler als „nicht so groß wie bei der Rheinlandbesetzung“ einschätzte (TG, 10.3.1938). Hitler war der Überzeugung, daß „Italien und England [...] nichts machen“ würden, und Frankreich „wahrscheinlich“ auch nicht. Nicht einmal an einen Widerstand der österreichischen Grenzer oder Truppen glaubte Hitler. Falls ein solcher doch geleistet werden sollte, würde die militärische Aktion, wie Hitler meinte, „sehr kurz und drastisch sein“ (TG, 10.3.1938) und die österreichischen Defensivmaßnahmen binnen kürzester Zeit zum Erliegen bringen. Aufgrund des als gering eingeschätzten Risikos konnte Ribbentrop, der am Vortag zu seinem Abschiedsbesuch nach London aufgebrochen war (TG, 8.3.1938), „vorläufig“ dort bleiben (TG, 10.3.1938);¹⁵² Neurath übernahm seine Vertretung.¹⁵³ Doch wurde in diesen Stunden nichts mehr entschieden, da Hitler „noch die Nacht darüber schlafen“ wollte, wie Goebbels notierte (TG, 10.3.1938). Glaise überliefert, Hitler habe bis zum nächsten Vormittag warten wollen, da er zu dieser Zeit mit der Rückkunft Keplers aus Wien rechnete.¹⁵⁴ Die Idee eines militärischen Eingreifens hatte Hitler also schon in der Nacht zum 10. März. Somit ist beispielsweise die Annahme Alfred Kubes, Hitler habe „keineswegs von vorneherein an eine überstürzte und gewaltsame Aktion“ gedacht, durch die Kenntnis der Goebbels-Tagebücher zu modifizieren.¹⁵⁵

Am nächsten Tag, dem 10. März, lag auch Goebbels die Rede von Schuschnigg vor, die er nun, wie zuvor Hitler, als „wirklich gemein“ beurteilte (TG, 11.3.1938), wahrscheinlich, weil der österreichische Kanzler sich als Vollender der Friedenspolitik von Dollfuß ausgegeben und diejenigen, die für seine Politik eines unabhängigen Österreichs stimmen würden, indirekt als die „Gutgesinnten“ bezeichnet hatte.¹⁵⁶ Goebbels störte sich besonders an dem Appell zur Solidarität mit dem Staate Österreich, was an seiner stilistischen Kritik („So mit ‚Grüß Gott, Landsleute!‘ und so.“) deutlich wird (TG, 11.3.1938).¹⁵⁷ Als sich Goebbels zu Hitler begab, der ihn hatte rufen lassen, war sich der „Führer“ noch immer nicht ganz im klaren

¹⁵¹ Ebenda, S. 245f.

¹⁵² Möglicherweise verblieb Ribbentrop – auf Weisung Hitlers absichtlich uninformatiert – „zur Neutralisierung der britischen Politik“ in London; vgl. Michalka, Ribbentrop, S. 226; zu Ribbentrops Gesprächen dort vgl. Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 42–44.

¹⁵³ Die vorübergehende Rückkehr Neuraths an die Spitze des A.A. wird anhand einiger von ihm unterzeichneter Akten des A.A. deutlich. Zudem überliefern Jodl, Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371, und Glaise-Horstenau, Broucek, General, Bd. 2, S. 246, diese; Neurath bestritt sie, Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S. 702f.

¹⁵⁴ Broucek, General, Bd. 2, S. 246.

¹⁵⁵ Kube, Pour le mérite, S. 244.

¹⁵⁶ Rede Schuschniggs, 9.3.1938, in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434–440; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 633f.

¹⁵⁷ Schuschnigg hatte zur Begrüßung gesagt: „Liebe Landsleute! Kameraden der Front! Zuerst [...] ein herzliches ‚Grüß Gott!‘“; abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 434.

darüber, wie er auf die Volksbefragung reagieren sollte, und auch die österreichischen Nationalsozialisten vertraten sehr unterschiedliche Auffassungen angesichts der Abstimmung.¹⁵⁸ Daher bereitete sich Hitler auf alle Eventualitäten vor, und Goebbels veranlaßte die deutsche Presse vorsorglich, zum Thema Österreich zu schweigen.¹⁵⁹ Mit Wirtschaftsminister Funk beriet sich Hitler über eine Wirtschafts- und Währungsunion, mit Hermann Reschny, dem Führer der paramilitärischen NS-Truppe „Österreichische Legion“, über die Einsatzmöglichkeiten dieses Verbandes, mit Militärs über „Marschpläne“ für Österreich und mit Goebbels über die propagandistischen Maßnahmen (TG, 11.3.1938).

Noch mußten Hitler und Goebbels davon ausgehen, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden werde, da sie erst am nächsten Tag, dem 11. März, abgesagt wurde. Als Goebbels am 10. März „noch ausführlich mit dem Führer allein die Lage“ besprach, glaubten beide, zwei Handlungsoptionen zu haben: „entweder Wahlbeteiligung und Ja. Das entwertet die Wahl“ (TG, 11.3.1938). Denn in diesem Falle hätte Schuschnigg schwerlich behaupten können, die Österreicher seien vollständig gegen einen „Anschluß“. Das war auch die Position, die Seyß-Inquart am selben Tag eingenommen hatte.¹⁶⁰ Die zweite Option war, wie Goebbels notierte, folgende: „Oder Forderung nach neuem Wahlstatut dem der Saarabstimmung angepaßt. Diese Forderung von unseren Ministern erhoben. Wenn nicht von Schuschnigg erfüllt, dann Demission von Glaise und Seiß-Inquart [!] mit dieser Begründung Freitagabend“, 11. März (TG, 11.3.1938). Die erste Möglichkeit, also eine Empfehlung an die NS-Anhänger in Österreich, bei der Volksbefragung mit „Ja“ zu stimmen, wurde wieder verworfen. Goebbels nannte keine Gründe, doch sicherlich wäre dies bei den Nationalsozialisten in Österreich nicht mehr durchsetzbar gewesen.¹⁶¹ Die zweite Option, die Forderung nach einem neuen Wahltermin mit geändertem Wahlstatut, wurde umgesetzt. In den Handakten Keplers befindet sich ein neunseitiges Schreiben österreichischer Minister, Staatsräte und Volkspolitiker vom 11. März an Schuschnigg, in dem die Verschiebung der Abstimmung um vier Wochen und neun „Vorschläge“ zu Organisation und Ablauf des Plebiszits ultimativ gefordert wurden.¹⁶² Schuschnigg wurde kaum Bedenkzeit eingeräumt, denn die Unterzeichner verlangten „bis 12 Uhr mittag“ desselben Tages eine Entscheidung über ihr Postulat. Mit diesem Schreiben begaben sich Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau am Vormittag des

¹⁵⁸ Zernatto, Wahrheit, S. 279f.

¹⁵⁹ DNB-Rundrufe vom 10.3.1938: „Über die Vorgänge in Österreich wird nicht berichtet“ (Dok. 707), es dürfe „nicht das geringste“ (Dok. 708), also „kein Wort“ (Dok. 709) geschrieben werden. NS-PrA, Bd. 6/I, S. 246f. Vgl. auch Telegramm Hendersons, 10.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. 1, Doc. 4.

¹⁶⁰ Zernatto, Wahrheit, S. 279; Denkschrift Seyß-Inquarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 73–110, hier S. 96.

¹⁶¹ Eine Wahlempfehlung der NSDAP für „Ja“ war „im Hinblick auf die Stimmung der breiten Massen unmöglich geworden“, gab Friedrich Rainer, der damalige politische Leiter der NSDAP in Österreich, vor dem IMG zu Protokoll; vgl. Aussage Rainers, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 142.

¹⁶² Dieses Schreiben befindet sich in den Kepler-Akten, PA/AA, Handakten Kepler, R 27.510, Bl. 344109–117. Siehe auch Brief Seyß-Inquarts an Zernatto, 9.3.1938, in: Zernatto, Wahrheit, S. 285–288.

11. März zu Bundeskanzler Schuschnigg. Bei einer Ablehnung der Forderungen durch Schuschnigg sollte der Rücktritt der Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau erfolgen, was Schuschnigg mündlich mitgeteilt wurde.¹⁶³ Als weitere, auf die Demissionen folgende Maßnahmen notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Dann Samstag 6–800 deutsche Flugzeuge über Österreich mit Flugblättern. Aufforderung zum Widerstand. Das Volk steht auf. Und Sonntag Einmarsch. Zuerst Wehrmacht und dann Legion. Wir besprechen genau die dann folgenden Maßnahmen“ (TG, 11. 3. 1938). Hitler war also, das zeigt der gesamte Tagebucheintrag, noch nicht entschlossen, auf jeden Fall in Österreich einzumarschieren. Bei sofortiger Annullierung der Volksbefragung hätte er zunächst wohl keinen Anlaß mehr für einen Einmarsch gesehen.¹⁶⁴ Außerdem bestand das Ziel Hitlers, für das er einen militärischen Konflikt riskierte, zu diesem Zeitpunkt lediglich in einem geänderten Wahlstatut, nicht in der Umbildung der österreichischen Regierung. Dieses Wahlstatut widersprach tatsächlich den demokratischen Grundsätzen einer allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahl.¹⁶⁵ Wenn jedoch ausgerechnet die Nationalsozialisten die mangelnden demokratischen Regeln beklagten, so verrät dies ihre große Furcht, Schuschnigg hätte in der Volksbefragung die Mehrheit erreichen können. Sie und ihre Sympathisanten in Österreich machten berechnete Einwände geltend, um eine Absetzung der Abstimmung von Schuschnigg zu erzwingen, sie mißbrauchten das demokratische Instrumentarium einer freien Wahl.

Im Bewußtsein, daß sich gegen dieses Referendum am besten propagandistisch kämpfen ließ, rief Hitler seinen Chefpropagandisten an diesem 10. März gegen Mitternacht noch ein zweites Mal zu sich. In der Zwischenzeit hatte Hitler, wie Goebbels überliefert, „mit den Generälen die Marschpläne“ ausgearbeitet

¹⁶³ Aussage Glaise-Horstenaus, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 132f., 137; Aussage Seyß-Inquarts, 12. 6. 1946, in: IMG 16, S. 108f.; Aussage Rainers, 12./13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 143, 163; Schuschnigg, Requiem, S. 69; Zernatto, Wahrheit, S. 301; Broucek, General, Bd. 2, S. 249–256.

¹⁶⁴ So auch Glaise in seinen Memoiren; vgl. Broucek, General, Bd. 2, S. 253.

¹⁶⁵ Besonders problematisch waren die viertägige Frist zwischen Ankündigung und Abstimmung, das Fehlen von Wählerlisten, das Wahlrecht aller Mitglieder der V.F. ohne Rücksicht auf ihr Alter bei gleichzeitiger Festlegung, daß Nichtmitglieder nach 1914 geboren sein mußten, also 24 Jahre alt sein mußten, obgleich das Wahlalter laut Verfassung 21 Jahre betrug. Zudem sollte es nur mit „Ja“ beschriebene Stimmzettel geben, die ohne Kuvert und Wahlkabine abzugeben waren. Durchgestrichene, zerrissene oder beschriebene Stimmzettel wären gleichfalls als „Ja“ gewertet worden. Wer mit „Nein“ stimmen wollte, mußte einen Zettel gleicher Größe mitbringen und handschriftlich beschreiben. Die mehrfache Abgabe von Stimmen wäre trotz Stempel in das vorgelegte Ausweisdokument möglich gewesen, weil alle Ausweise der Unterorganisationen der V.F. zur Abstimmung berechtigten; persönlich bekannte Personen mußten sich nicht ausweisen. Vgl. „Aufruf des Frontführers“, Extra-Ausgabe der „Reichspost“, 9. 3. 1938, S. 1, PA/AA, Wien 286, o. P. Ursprünglich war sogar vorgesehen, wie v. Stein überliefert, „Stimmzettel mit ‚Nein‘ nur mit voller Unterschrift und Adresse als gültig anzusehen“. Stein berichtete weiter, die „Verfassungsmäßigkeit der Abstimmung wird von österreichischen Juristen eindeutig bestritten“; Schreiben Steins, Wien, an das A.A., 10. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 344. Vgl. auch Schreiben des Chefs des Sicherheitshauptamts des Reichsführers SS, Abwehramt, an Keppler, 10. 3. 1938, PRO, GFM 33/557, Keppler-Papiere, Bl. 345099–101. Siehe auch Botz, „Volksbefragung“, S. 225, 232f., 236.

(TG, 11.3.1938).¹⁶⁶ Goebbels hatte seinen „getarnten Ausschuß“ zusammengerufen und ihm „reinen Wein“ eingeschenkt. Zudem ließ Goebbels „Papier und Druckereien für ‚Verkehrspropaganda‘“ sicherstellen, wie Goebbels die Propagandaaktion in Österreich der Tarnung wegen genannt hatte, was er im Tagebuch durch Anführungszeichen zu erkennen gab. Goebbels und seine Mitarbeiter arbeiteten, „als wenn es bereits losginge“ (TG, 11.3.1938). Wenn auch noch kein Startsignal von Hitler gegeben worden war, so wollte Goebbels doch in jedem Fall „erzbereit“ sein. „An der Vorbereitung soll es nicht fehlen“, notierte er. Vorsorglich, da ein endgültiger Beschluß über das deutsche Vorgehen noch nicht vorlag, ließ er „die Rede Schuschniggs in der Presse ganz klein“ aufmachen, mit „kurzem, ganz kühlem Kommentar“ (TG, 11.3.1938). Als Goebbels um Mitternacht wieder bei Hitler eintraf, waren die „Würfel [...] gefallen“. Hitler hatte den „Einmarsch“ für den 12. März im Prinzip entschieden und beschlossen, „selbst nach Österreich“ zu gehen, während Goebbels und Göring „in Berlin bleiben“ sollten (TG, 11.3.1938). Nun war nicht mehr die Rede von Reaktionen auf die Volksbefragung, möglichen propagandistischen Maßnahmen dagegen oder von einem geänderten Wahlstatut. Nun hatte sich Hitler für die gewaltsame Lösung entschieden, wie er sie schon im September 1937 gegenüber Goebbels angekündigt hatte: „Österreich, so sagt er, wird einmal mit Gewalt gelöst“ (TG, 14.9.1937). Die „ganze propagandistische Aktion“, die Goebbels mit Hitler besprach, also „Flugblätter, Plakate, Rundfunk“, diente nun der Rechtfertigung des Einmarsches der Wehrmacht (TG, 11.3.1938). Goebbels kehrte anschließend ins Propagandaministerium zurück, wo er bis 4 Uhr früh weiterarbeitete. Als erstes hatte er „den Arbeitskreis orientiert und an die Arbeit gesetzt“, danach mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium, Erhard Milch, „die Flugzeugaktion durchstudiert“, mit Max Amann für die „Sicherung des Drucks und des Papiers“ gesorgt und Reinhard Heydrich die „polizeiliche Sicherung der Druckereien“ angetragen, so daß „kein Arbeiter [...] mehr heraus“ konnte, „bis die Aktion“ lief, schließlich handelte es sich um eine streng geheime Operation. Mit Oberst Erich Fellgiebel beriet Goebbels schließlich noch die „Rundfunkgestaltung und Störung der österreichischen Sender, wenn Schuschnigg sprechen sollte“ (TG, 11.3.1938).

Die Vorbereitungen für die propagandistische Umräumung des Einmarsches gingen auch am folgenden Tag weiter. Bereits um 8 Uhr morgens wurde Goebbels wieder von Hitler empfangen, was die Dramatik der Ereignisse verdeutlicht, denn zu so früher Stunde war Hitler sonst kaum zu sprechen (TG, 12.3.1938).¹⁶⁷ Zusammen diktierten beide Flugblätter in einer „aufwiegelnde[n] Sprache“, was Goebbels großen „Spaß“ bereitete. Hitler war Goebbels zufolge „ganz glücklich“, darüber, daß die Propaganda-Aktion „wie am Schnürchen“ lief (TG, 12.3.1938). Zurück im Ministerium, instruierte Goebbels seinen „Aktionsausschuß“, schrieb

¹⁶⁶ Gegen Mittag des 10.3.1938 hatte Hitler dem Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, die Anweisung erteilt, Pläne für einen Einmarsch zu erstellen; vgl. Schmidl, März 38, S. 99; Müller, Beck, Biographie, S. 302f.

¹⁶⁷ Papen zufolge befanden sich bei seinem Eintreffen in der Reichskanzlei zwischen 9.00 und 10.00 Uhr neben Goebbels auch Göring, Neurath, andere Minister, Staatssekretäre und Militärs bei Hitler; vgl. Aussage Papens, 13.6.1946, in: IMG 16, S. 354. Vgl. auch Kube, Pour le mérite, S. 244.

einen „scharfen Artikel gegen Schuschnigg“, baute einen „Verteilungsapparat“ für die „130 Millionen Flugblätter“ auf, ließ sich über die erarbeiteten Maßnahmen der „Störaktion gegen österreichische Sender“ berichten und stellte auch schon „einen Plan auf, wer in Österreich Zeitungen und Sender übernehmen soll“ (TG, 12.3.1938). Goebbels' Propagandamaschine lief bereits auf Hochtouren, als er von Hitler erfuhr, daß inzwischen versucht wurde, die nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich zu erzwingen.

6. Die „Machtergreifung“ in Österreich

Schon am 10. März hatte Hitler gegenüber Goebbels geäußert, Seyß-Inquart werde „das tun [!]“, „was“ er ihm befehle (TG, 11.3.1938), und ihn damit als geeignetes Ausführungsorgan für die folgenden Schritte charakterisiert.¹⁶⁸ Deshalb übertrug Hitler Seyß-Inquart am nächsten Tag durch Göring die Aufgabe, für den Rücktritt Bundeskanzler Schuschniggs zu sorgen und sich selbst mit der Kanzlerschaft betrauen zu lassen. Zunächst, solange noch eine Verschiebung der Volksabstimmung zur Debatte stand, sollte sich Seyß-Inquart im Auftrag des „Führers“ „auf keinerlei Verhandlungen einlassen“, sondern allenfalls den Protest gegen die Volksbefragung „verschärfen“; weitere „Instruktionen“ würden ihm zugehen.¹⁶⁹ Mittags am 11. März 1938 sollten Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau ihre Demission erklären, falls Schuschnigg es ablehnte, die Volksbefragung abzusagen oder vier Wochen später mit geändertem Abstimmungsstatut durchzuführen.¹⁷⁰ Das ursprünglich vorgesehene Ultimatum war wegen der verspäteten Ankunft Glaise-Horstenaus in Wien um zwei Stunden auf 14.00 Uhr verschoben worden.¹⁷¹ Doch schon eine Stunde später forderte man in Berlin den Rücktritt des Bundeskanzlers selbst sowie die Ernennung Seyß-Inquarts zu dessen Nachfolger.¹⁷² Der Entschluß dazu fiel gegen 15.00 Uhr in einem Gespräch zwischen Hitler und Göring, denn in einem Telefonat zwischen Göring und Seyß-Inquart um 14.45 Uhr war von dem Rücktritt Schuschniggs und einer Kanzlerschaft Seyß-Inquarts noch nicht die Rede, und Göring erklärte, er könne zum weiteren Vorgehen „offiziell [...] in diesem Augenblick keine Stellung nehmen“, da er „dazu allein nicht berechtigt wäre“.¹⁷³ Erst im folgenden Ferngespräch, das nach der Unter-

¹⁶⁸ Seyß-Inquart gab damals gegenüber Zernatto zu, daß er keinen Einfluß mehr auf die Entwicklungen hatte und nur die Entscheidungen der Nationalsozialisten ausführte; vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 303f.

¹⁶⁹ Telegramm Mackensens an die deutsche Gesandtschaft Wien, 10.3.1938, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67782 (entspricht inhaltlich ADAP, D 1, Dok. 342, doch in der Edition Information für Ribbentrop).

¹⁷⁰ Aussage Seyß-Inquarts, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 108f.; Aussage Glaise-Horstenaus, 12.6.1946, in: IMG 16, S. 132f., 137; Aussage Rainers, 12./13.6.1946, in: IMG 16, S. 143, 163; Schuschnigg, Requiem, S. 69–71; Zernatto, Wahrheit, S. 301.

¹⁷¹ Telegramm Steins an Hitler, 11.3.1938, 13.10 Uhr ab, 15.00 Uhr an, PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67790.

¹⁷² IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 354f.

¹⁷³ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 14.45 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355.

redung zwischen Hitler und Göring um 15.05 Uhr erfolgte, teilte Göring Seyß-Inquart mit, „daß die nationalen Minister [...] sofort dem Kanzler ihre Demission einreichen und vom Kanzler verlangen müßten, daß er ebenfalls zurücktrete“.¹⁷⁴ Als Begründung nannte Göring, daß Schuschnigg nicht mehr vertrauenswürdig sei, weil er das Abkommen von Berchtesgaden gebrochen habe. Wenn Schuschnigg zurückgetreten sei, so forderte Göring in diesem Telefonat weiter, dann solle Seyß-Inquart erwirken, daß Bundespräsident Miklas ihn „mit der Neubildung des Kabinetts“ beauftrage, also zum Kanzler ernenne. Seyß-Inquart wurde von Göring auch sogleich aufgefordert, „das verabredete Telegramm an den Führer abzuschicken“. Im nächsten Telefonat um 15.55 Uhr informierte Seyß-Inquart Göring, daß das gesamte Kabinett einschließlich Schuschnigg demissionieren wolle und er, Seyß-Inquart, bis spätestens 17.30 Uhr einen „entsprechenden Bescheid“ über die Entlassung Schuschniggs und die Neubildung eines Kabinetts werde geben können.¹⁷⁵

Bei diesem Stand der Dinge beginnen die Einträge im Goebbels-Tagebuch, da Goebbels erst später in die Reichskanzlei kam: „Dann kommt Göring und bringt eine neue Lage: Schuschnigg wolle zurücktreten, Seyß-Inquart [!] werde Bundeskanzler, die Partei sei frei und alle unsere Bedingungen erfüllt. Jetzt wird dahinter noch ein Ultimatum gesetzt: bis ½ 6^h Seyß-Inquart [!] ernannt, bis ½ 8^h unsere Forderungen bewilligt. [...]. Es kommt die Nachricht, daß das Ultimatum ad 1 und dann auch das ad 2 angenommen sei“ (TG, 12.3.1938).¹⁷⁶ Diese Nachricht über die frühzeitige Annahme der Forderungen stellte sich jedoch schon bald als Falschmeldung heraus. Ursache dieser Falschmeldung war die Antwort Odilo Globocniks auf die Frage Görings, kurz nach 17.00 Uhr, ob Seyß-Inquart ihm gesagt habe, daß er Bundeskanzler sei. Globocnik hatte mit „Jawohl!“ geantwortet und somit den Eindruck erweckt, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler und NSDAP, SA und SS seien in Österreich erlaubt.¹⁷⁷ Diese mißverständene Nachricht löste in der Reichskanzlei „große Begeisterung“ aus (TG, 12.3.1938). Goebbels mußte, wie er im Tagebuch korrekt notierte, „alle alten Flugblätter“ zurückziehen und „ein neues, in dem die neue Regierung begrüßt wird“, verfassen.¹⁷⁸ Hitler nahm als Reaktion auf den vermeintlichen Erfolg seinen Befehl zum Ein-

¹⁷⁴ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 15.05 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.355f.

¹⁷⁵ Telefonat Seyß-Inquarts mit Göring, 11.3.1938, 15.55 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.356.

¹⁷⁶ Mit „ad 1“ meinte Goebbels die Ernennung Seyß-Inquarts zum Kanzler und mit „ad 2“ die Legalisierung der NSDAP und ihrer Gliederungen.

¹⁷⁷ Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.356–359. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S.276f., nahm an, daß Globocnik Göring absichtlich zweideutig geantwortet habe, um das Eingreifen der Österreichischen Legion zu verhindern.

¹⁷⁸ Die ersten Flugblätter hatten noch zum Boykott der Volksbefragung aufgerufen, die neuen, die gegen 20.00 Uhr bei den Verbänden der Luftwaffe angekündigt und am 12.3. gegen 4 Uhr morgens an die Fliegerhorste ausgeliefert worden waren, hatten folgenden Wortlaut: „Das nationalsozialistische Deutschland grüßt sein nationalsozialistisches Österreich und die neue nationalsozialistische Regierung in treuer, unlösbarer Verbundenheit. Heil Hitler!“ Zit. nach Schmidl, März 38, S.169.

marsch der Wehrmacht zurück.¹⁷⁹ Gegen 17.30 Uhr dementierte Seyß-Inquart in einem Telefonat mit Göring, daß er schon im Besitz des Kanzleramts sei, und daß die NSDAP zugelassen worden sei.¹⁸⁰ Ganz so schnell, wie die Nationalsozialisten sich die Regierungsübernahme wünschten, ließ sie sich schon rein „technisch“ nicht vollziehen, wie man Göring mitteilte, so daß Göring in weiteren Telefonaten mit Wien die Frist zur Ernennung Seyß-Inquarts und zur Neubildung des Kabinetts auf 19.30 Uhr verlängern mußte.¹⁸¹ Die Namen der Mitglieder der neuen österreichischen Regierung sollte Keppler Seyß-Inquart überbringen. Da Keppler aber zu dieser Zeit noch auf dem Weg nach Wien war, gab Göring sie vorsichtshalber gleich telefonisch durch.¹⁸² Als Seyß-Inquart Göring mitteilte, daß sich Bundespräsident Miklas weigere, ihm die Kanzlerschaft zu übertragen, und stattdessen Altbundeskanzler Otto Ender zum Regierungschef ernennen wolle, wurde Göring ungeduldig.¹⁸³ Er drängte nun Seyß-Inquart in diesem Ferngespräch, zusammen mit dem deutschen Militärattaché, Wolfgang Muff, zu Miklas zu gehen und ihn darauf hinzuweisen, daß er ihm, Seyß-Inquart, „unverzüglich [...] die Macht zu übergeben“ bzw. „die Forderungen, wie benannt“, zu erfüllen habe, und zwar bis spätestens 19.30 Uhr, da andernfalls „heute nacht der Einmarsch der [...] Truppen“ erfolge und die „Existenz Österreichs [...] vorbei“ sei.

Auch über diesen Stand der „Verhandlungen“ war Goebbels informiert: „Dann neue Nachricht: Ultimatum nicht angenommen. Miklas weigert sich, Seyß-Inquart [!] zu ernennen. Darauf erneutes, scharfes Ultimatum bis ½ 8^h, überbracht durch General Muff“ (TG, 12.3.1938).¹⁸⁴ Durch das Eingreifen des Militärattachés Wolfgang Muff hatte das NS-Regime nun offiziell ein Ultimatum ausgesprochen, während zuvor stets der Anschein erweckt worden war, die Forderungen würden von österreichischen Regierungsmitgliedern erhoben. Doch auch Muff, der sich allein zu Miklas begeben hatte, hatte keinen Erfolg, da der Bundespräsident es „auf entschiedene Weise“ ablehnte, „unter der Drohung mit Gewalt die Ernennung auszusprechen“, wie Muff wenig später festhielt.¹⁸⁵ Auch Keppler,

¹⁷⁹ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.362; Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11.3.1938, in: IMG 28, Dok.1780-PS, S.372; Aussage Papens, 13.6.1946, in: IMG 16, S.354f.; Aussage Jodls, 4.6.1946, in: IMG 15, S.391.

¹⁸⁰ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.360–362.

¹⁸¹ Telefonat Görings mit Globocnik (der Protokollant notierte in Unkenntnis des Namens „Dombrowski“), 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.356–359; Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.360–362.

¹⁸² Siehe hierzu auch Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S.333f.

¹⁸³ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.360–362; Zernatto, Wahrheit, S.311, 313.

¹⁸⁴ Siehe auch Zeugenaussage Miklas, in: IMG 32, Dok.3697-PS, S.446; Schuschnigg, Requiem, S.74.

¹⁸⁵ Muff datiert in seiner Aufzeichnung den Befehl, zu Miklas zu gehen, später, als er erfolgte, denn um 18.45 Uhr war er, der Telefon-Mitschrift zufolge, bereits bei Miklas gewesen; vgl. Aufzeichnung des deutschen Militärattachés in Wien, Generalleutnant Muff, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok.371. Vgl. auch Telefonat zwischen Göring und Keppler, Wien, 11.3.1938, 18.28–18.34 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S.362–364.

der mit demselben Ultimatum Miklas aufforderte, seinen Standpunkt aufzugeben, konnte ihn nicht zur Ernennung Seyß-Inquarts bewegen.¹⁸⁶ Gegen 19.50 Uhr verlas Schuschnigg eine Erklärung im Rundfunk, in der er, wie Goebbels richtig festhielt, erklärte, „er weiche nur der Gewalt“.¹⁸⁷ Schuschnigg sah einen Widerstand als aussichtslos an, der nur zu sinnlosem Blutvergießen geführt hätte, nachdem auch die von ihm um Rat gebetenen Westmächte keine Unterstützung in Aussicht gestellt hatten.¹⁸⁸ Wenige Minuten nach der Ansprache Schuschniggs forderte Göring Seyß-Inquart telefonisch auf, „sich in den Besitz der Macht zu setzen“.¹⁸⁹ Göring instruierte im selben Sinne auch General Muff, Seyß-Inquart zu sagen, daß er „jetzt die Regierung übernehmen“ und nun auch Bundespräsident Miklas zurücktreten solle.¹⁹⁰ Miklas aber, so teilte Muff Göring mit, weigere sich, zurückzutreten und eine neue Regierung zu ernennen. Auch dies erfuhr Goebbels, der sich, wie auch Göring,¹⁹¹ immer noch in der Reichskanzlei aufhielt. „Miklas bleibt weiter hartnäckig. Aber dann machen wir Seyß-Inquart [!] stark. Er proklamiert sich selbst zur Regierung“ (TG, 12.3.1938).¹⁹² Bis Seyß-Inquart dann das Amt des Bundeskanzlers übernahm, dauerte es noch, obwohl Göring schon

¹⁸⁶ Telefonat Göring mit Keppler, Wien, 11.3.1938, 18.28–18.34 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.362–364.

¹⁸⁷ Schuschnigg erwähnte „ein befristetes Ultimatum“ der deutschen Regierung an Miklas zur Regierungsumbildung, bei Nichterfüllung sei „der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich für diese Stunde in Aussicht genommen“. Er dementierte die Behauptungen, es fänden blutige „Arbeiterunruhen“ statt und die österreichische Regierung sei „nicht Herrin der Lage“. Weiter erklärte er: „Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in diesen ersten Stunden nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten. / [...] / Gott schütze Österreich!“; abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S.446f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd.11, S.647f.; siehe auch Zernatto, Wahrheit, S.317f.

¹⁸⁸ Telegramme Palairets, Wien, an Halifax, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.I, Doc.19, 20; Telegramm Halifax' an Palairet, Wien, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.I, Doc.25.

¹⁸⁹ Telefonat Seyß-Inquarts mit Göring, 11.3.1938, 19.57–20.03 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.364f.

¹⁹⁰ Telefonat Görings mit Muff, 11.3.1938, 20.26–20.32 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.365f.

¹⁹¹ In dem Ferngespräch gegen 18.30 Uhr hatte Göring zu Seyß-Inquart gesagt, er solle ihn in der Reichskanzlei zurückrufen. Abgedr. in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.364.

¹⁹² Formal gesehen hatte Bundespräsident Miklas nach Art.86 der Verfassung von 1934 die „Mitglieder der Bundesregierung sowie sämtliche Staatssekretäre von ihren Ämtern“ enthoben; vgl. Wiener Zeitung, 13.3.1938, zit. nach Klusacek/Steiner/Stimmer, Dokumentation, S.21. Seyß-Inquart hatte Göring telefonisch mitgeteilt, daß sich die österreichische Regierung „selbst [...] außer Amt gestellt“ habe (in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.364), was Keppler Göring bestätigte (die Regierung sei „außer Funktion getreten“, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.366). Dennoch bezeichnete sich Seyß-Inquart in seiner Rundfunkansprache um 20.18 Uhr als „nach wie vor im Amt“ befindlicher Innen- und Sicherheitsminister, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bestenfalls geschäftsführender Innenminister war. Außerdem gab Seyß-Inquart einen Befehl an die noch verbotenen nationalsozialistischen Verbände, weshalb die Rede als „Schritt auf den Boden der Revolution“, so Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S.288f., bezeichnet wurde. Die Rede ist abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S.448f.

gegen 20.50 Uhr von Keppler informiert wurde, daß die österreichischen Nationalsozialisten nun die Regierung übernommen hätten und die alte Regierung unter Schuschnigg, wie er es in seiner Rundfunkansprache angekündigt hatte, den Befehl gegeben habe, das österreichische Heer solle „keinerlei Widerstand“ leisten.¹⁹³ In diesem Ferngespräch diktierte Göring auch den Text für das Telegramm, das Seyß-Inquart Hitler zur Rechtfertigung des deutschen Einmarsches schicken sollte.¹⁹⁴ Goebbels beschrieb diesen Vorgang mit den Worten: „Wir diktieren Seyß-Inquart [!] ein Telegramm durch, in dem er die deutsche Regierung um Hilfe bittet. [...] Damit haben wir eine Legitimation“ (TG, 12.3.1938). Ob Goebbels an dieser Stelle meinte, die NS-Führung habe Seyß-Inquart das Telegramm übermittelt, oder ob er damit zum Ausdruck bringen wollte, Hitler, Göring und vielleicht er selbst hätten das Telegramm aufgesetzt, bleibt ungewiß. Der Aussage Görings vor dem Internationalen Militärgerichtshof zufolge ging die Idee des Telegramms auf Hitler selbst zurück, möglicherweise stammte sie aber auch von Weizsäcker.¹⁹⁵ Wer den Text verfaßt hatte, gab Göring nicht zu Protokoll.¹⁹⁶

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist etwas anderes: Goebbels beschrieb den Vorgang als Erpressung und Nötigung in einem: Erstens wurde die österreichische Regierung durch eine militärische Drohung zum Rücktritt gezwungen. Zweitens wurde die neue NS-Regierung in Österreich nicht nur zur Zustimmung zum deutschen Einmarsch, sondern zu einer Bitte darum genötigt. Die Protokolle der Telefongespräche zwischen Berlin und Wien am 11. März 1938 belegen dies ebenso deutlich. Göring dagegen äußerte in einem Telefonat am 13. März 1938 gegenüber Ribbentrop, der sich gerade in London aufhielt, daß die „Erzählung [...], wir hätten ein Ultimatum gestellt, [...] natürlich Quatsch“ sei und daß der Einmarsch nur erfolgt sei, weil „die österr. nat. soz. Minister uns gebeten haben, ihnen Rückendeckung zu geben“.¹⁹⁷ Acht Jahre später gab Göring zu, daß er in diesem Gespräch nicht gesagt habe, „wie es de facto war“, weil er angenommen habe, daß das Telefonat von englischer Seite „abgehört“ werde.¹⁹⁸ Göring über-

¹⁹³ Telefonat Kepplers mit Göring, 11. 3. 1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 366–368; Schuschnigg, Requiem, S. 75.; Zeugenaussage Miklas, in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442, 449f.

¹⁹⁴ Dem Telefonprotokoll zufolge sollte das Telegramm folgenden Wortlaut haben: „Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die Deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergiessen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.“ Telefonat Kepplers mit Göring, 11. 3. 1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 367. Exakt dieser Wortlaut findet sich auch auf den Exemplaren im PA/AA, R 103.451, Bl. 409460f.

¹⁹⁵ Vgl. Hill, Weizsäcker-Papiere, Bd. 2, S. 122f.

¹⁹⁶ Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 335f. Aufgrund der Quellenlage erscheint es sehr zweifelhaft, daß Göring über Hitlers Pläne „hinaus ging“, indem er Glaise-Horsteneau am 10. 3. 1938 einen ersten Entwurf eines Telegramms mit der Bitte um deutsche Truppen ausgehändigt habe, wie Kube, *Pour le mérite*, S. 245, behauptet.

¹⁹⁷ Telefonat Görings mit Ribbentrop, London, 13. 3. 1938, 9.15–9.55 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 370–384, hier S. 370. Nach Michalka, Ribbentrop, S. 226, durfte Ribbentrop auf Weisung Hitlers nicht informiert werden.

¹⁹⁸ Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 334.

mittelte also eine Version, wie sie Großbritannien und damit die Weltöffentlichkeit glauben sollte.¹⁹⁹ Goebbels jedoch, dem vorgeworfen wurde, in seinem Tagebuch bewußte Verzerrungen und Verfälschungen vorgenommen zu haben, schildert die Vorgänge, wie sie sich zutragen.

Allerdings kam dieses Telegramm nicht „bald an“ (TG, 12.3.1938), wie man Goebbels mitteilte. Hierbei hatte man ihn offensichtlich bewußt falsch informiert, da er dieses Telegramm in der Presse publizieren sollte. Göring hatte letztlich von Seyß-Inquart kurz vor 21 Uhr auch nicht mehr verlangt, das Telegramm abzuschicken, sondern hatte ihm durch Keppler übermitteln lassen, daß es genügen würde, wenn er sich „einverstanden“ erklärte.²⁰⁰ Eine Stunde später teilte Keppler mit, daß Seyß-Inquart „einverstanden wäre“.²⁰¹ Goebbels korrigierte sich zwei Tage später, als er von Neurath neue Informationen bekam: „er hat nun endlich das Telegramm Seyß-Inquarts [!] mit der Bitte um Einmarsch. Das ist sehr wichtig. Damit können wir immer operieren“ (TG, 14.3.1938). Dem Tagebucheintrag von Goebbels zufolge erhielt Neurath das Telegramm also mit erheblicher Verzögerung. Dies könnte ein weiterer Hinweis darauf sein, daß dieses Telegramm nie abgeschickt wurde, daß es sich bei den im Auswärtigen Amt aufbewahrten Dokumenten auch formal um eine Fälschung handelt.²⁰²

Aber vorläufig, am 11. März, wurde das Telegramm nicht benötigt, und man begnügte sich in Berlin mit dem übermittelten Einverständnis Seyß-Inquarts, das der NS-Führung von Keppler um 21.54 Uhr ausgerichtet wurde, eine Stunde,

¹⁹⁹ Vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 727, 11.3.1938, S. 254–256.

²⁰⁰ Telefonat Kepplers mit Göring, 11.3.1938, 20.48–20.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368. Vgl. auch Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 336.

²⁰¹ Telefonat Otto Dietrichs mit Keppler, 11.3.1938, 21.54 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368.

²⁰² Das Telegramm wurde angeblich um 21.10 Uhr in Wien abgeschickt und wurde in der Reichskanzlei um 21.32 Uhr (PA/AA, R 103.451, Bl. 409460) bzw. 21.40 Uhr (PA/AA, R 103.451, Bl. 409461, entspricht ADAP, D 1, Dok. 358) angenommen. Um 21.54 Uhr verlangte Dietrich in einem Telefonat mit Keppler nach dem Telegramm, das seit ca. einer Viertelstunde schon in der Reichskanzlei gewesen sein mußte (IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 368). Neurath zeichnete beide Exemplare mit Datum vom 12.3.1938 ab, also erhielt er das Telegramm am 11.3.1938 nicht mehr. Da Goebbels aber erst am 14.3.1938 über den Vortag schrieb, Neurath habe „nun endlich das Telegramm“, wäre es auch denkbar, daß Neurath das Telegramm erst am 13.3.1938 erhielt. Denn es ist anzunehmen, daß Goebbels zwischenzeitlich nachgefragt hatte angesichts der Wichtigkeit dieses Dokuments, das am 12.3.1938 in zahlreichen deutschen Zeitungen erschien. Verwunderlich ist ferner, daß Neurath ein Exemplar mit dem Vermerk „Zu den Akten des A.A. zu nehmen“ versah (PA/AA, R 103.451, Bl. 409461), da dies selbstverständlich war. Es deutet also einiges darauf hin, daß dieses Telegramm genau wie dessen Text in Berlin erstellt wurde, zumal die beteiligten Österreicher später erklärten, daß aus Wien kein derartiges Telegramm abgesandt wurde. Glaise-Horstenau sagte am 12.6.1946 aus, daß das Telegramm überhaupt „nicht abgegangen“ sei (IMG 16, S. 136). Seyß-Inquart und Keppler erklärten ebenfalls, daß das Telegramm weder von Seyß-Inquart noch von einem anderen Österreicher abgeschickt worden sei. Siehe Denkschrift Seyß-Inquart, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 99f.; eidesstattliche Erklärung Kepplers, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 125f. Auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 214f., nehmen eine Fälschung an; Schmidl, März 38, S. 108, dagegen glaubt nicht, daß das Telegramm gefälscht sei; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 294, und Kube, Pour le mérite, S. 245f., halten diese Frage für unerheblich und weichen einer Einschätzung aus.

nachdem Göring Keppler das Telegramm diktiert hatte.²⁰³ Ohnedies hatte Hitler bereits um 20.45 Uhr seinen Befehl für den militärischen Einmarsch in Österreich, für das „Unternehmen Otto“, erteilt.²⁰⁴ Außerdem wurde auch der innerösterreichische Druck auf Bundespräsident Miklas immer größer, da in fast allen Bundesländern und größeren Städten die Nationalsozialisten bereits die Macht übernommen hatten²⁰⁵ und das Bundeskanzleramt in Wien von 6000–7000 SA- und SS-Leuten umstellt²⁰⁶ war. Gegen 23.00 Uhr, im Wissen um den erfolgenden Einmarsch deutscher Truppen, gab Miklas seinen Widerstand auf und betraute Seyß-Inquart „mit der Fortführung der Geschäfte der Bundesführung“.²⁰⁷ Erst gegen Mitternacht jedoch stimmte er auch der Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler zu und bewilligte ein neues, nationalsozialistisches Kabinett.²⁰⁸ Goebbels verfolgte die Machtübernahme in Österreich noch in der Nacht zum 12. März im Rundfunk und trug am Morgen des 13. März in sein Tagebuch nach: „Seiß-Inquart [!] zum Bundeskanzler ernannt. Miklas hat sich doch der Macht der Ereignisse gebeugt. Ein ganz nationalsozialistisches Kabinett“ (TG, 13.3.1938).²⁰⁹ Am 12. März hatte die neue Regierung, die gegen 10.00 Uhr vereidigt worden war²¹⁰, wie auch Goebbels festhielt, „ihr Amt schon übernommen“, und

²⁰³ Telefonat Dietrichs mit Keppler, 11.3.1938, 21.54 Uhr, in: IMG 31, Dok.2949-PS, S.368.

²⁰⁴ Hitlers Weisung Nr.2 zum Einmarsch in Österreich, 11.3.1938, in: IMG 34, Dok.182-C, S.774.

²⁰⁵ Eine genaue Schilderung der Vorgänge in den einzelnen Ländern findet sich bei Schmidl, März 38, S.111–134. In vielen Ländern Österreichs waren schon am Abend des 11.3. die Posten der Landeshauptmänner von Nationalsozialisten übernommen worden, so im Burgenland (20.00 Uhr), in der Steiermark, Kärnten (am frühen Abend), Oberösterreich (ca. 20.30 Uhr), Salzburg (21.00 Uhr), Tirol (21.00 Uhr), Vorarlberg (Zustimmung 22.00 Uhr, Vollzug 23.00 Uhr). Vgl. auch Aussage Seyß-Inquarts, 10.6.1946, in: IMG 15, S.684; Steinbauer, Verteidiger, S.221; Aussage Miklas, in: IMG 32, Dok.3697-PS, S.445.

²⁰⁶ „Die Stunden der historischen Entscheidung“, Artikel Friedrich Rainers über die Vorgänge im Bundeskanzleramt am 11.3.1938, in: IMG 34, Dok.4004-PS, S.1–3; vgl. auch Seyß-Inquarts Aussage, 12.6.1946, in: IMG 16, S.112f.

²⁰⁷ Um 23.14 Uhr wurde die Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler im österreichischen Rundfunk vermeldet; vgl. Frauendienst, Weltgeschichte, S.449. Vgl. auch Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S.227.

²⁰⁸ Schuschnigg, Requiem, S.82; Zeugenaussage Miklas, in: IMG 32, Dok.3697-PS, S.449; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S.237.

²⁰⁹ Am 12.3.1938 um 1.30 Uhr morgens verkündete Staatsrat Dr. Hugo Jury das neue Kabinett; vgl. Frauendienst, Weltgeschichte, S.451. „Ganz“ nationalsozialistisch, wie Goebbels notierte, war das Kabinett zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht, außerdem gehörte ihm kein einziges Mitglied der bisherigen illegalen österreichischen Landesleitung der NSDAP an. Erst am Vormittag des 13.3. wurden die letzten bisher nicht nationalsozialistischen Minister durch Nationalsozialisten ersetzt. Vgl. amtliche Mitteilung über die Ergänzung des Kabinetts Seyß-Inquart, 13.3.1938, in: DDP, Bd.6, Teil 1, S.146f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S.303f., 309; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S.194f.

²¹⁰ Zeugenaussage Miklas, in: IMG 32, Dok.3697-PS, S.451; Schmidl, März 38, S.211, gibt als Uhrzeit 9.00 Uhr an. Bereits um 11.30 Uhr am 12.3.1938 begann die erste Ministerratssitzung unter Bundeskanzler Seyß-Inquart; vgl. Ministerratsprotokoll Nr.1070, 12.3.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

„alle Beschränkungen“ waren „gefallen“. Das sei die „Revolution für Österreich“, notierte Goebbels begeistert (TG, 13. 3. 1938). Als Goebbels am 12. März die Proklamation Hitlers zuerst vor der Auslands-, dann vor der Inlandspresse und anschließend, um 12.00 Uhr, im Rundfunk verlas,²¹¹ in der der „Einmarsch mitgeteilt und begründet“ wurde (TG, 13. 3. 1938), herrschte in Österreich also bereits eine nationalsozialistische Regierung, war die Besetzung des Landes durch deutsche Truppen in vollem Gange und von Hitler eine Volksabstimmung für den 10. April „ausgeschrieben“. Nun war er gekommen, der „30. Januar 1933 für Österreich“ (TG, 13. 3. 1938), den Goebbels schon 1936 ersehnt hatte (TG, 12. 7. 1936), der Beginn der NS-Diktatur im südlichen Nachbarland.

7. Militärischer Einmarsch, Hitlers Einzug und der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich

Als Hitler am 9. März über die geplante Volksbefragung Schuschniggs informiert wurde, hatte er neben zivilen, propagandistischen Maßnahmen zugleich auch, wie schon dargestellt, an einen Einsatz bewaffneter deutscher Truppen gedacht. Zwar schätzte er Goebbels zufolge das Risiko einer militärischen Aktion als gering ein, wollte aber die deutsche Reaktion noch in der folgenden Nacht überdenken, ehe er sich endgültig entscheiden würde (TG, 10. 3. 1938). Als Goebbels am nächsten Vormittag zu Hitler gerufen wurde, saß dieser „über Karten gebeugt“ in „angestrengtester Arbeit“ und „brütet[e]“ (TG, 11. 3. 1938). Der Gedanke der militärischen Besetzung hatte sich bei Hitler in der Nacht zum 10. März verfestigt. Vermutlich zuvor, um 10.00 Uhr, hatte Hitler seinen OKW-Chef, General Keitel, empfangen und ihn angewiesen, durch seine Mitarbeiter den „Fall Otto vorbereiten zu lassen“.²¹² Als Goebbels eintraf, war Keitel wahrscheinlich schon fort, und Hitler beriet sich mit Reschny, dem Anführer der „Österreichischen Legion“, die im Reich Asyl gefunden hatte. Reschny erklärte, wie Goebbels überliefert, „daß er 4000 Mann von der Legion sofort marschbereit“ habe und dazu „noch 7000 Mann Reserve“ (TG, 11. 3. 1938). Daraufhin wurden diese Truppen „auf Karten“ eingezeichnet, und es wurden „Transportpläne“ entworfen. Unter vier Augen äußerte Hitler aber gegenüber Goebbels, daß im Falle eines Einmarsches zuerst die Wehrmacht und dann die Legion österreichisches Territorium betreten sollte (TG, 11. 3. 1938). Tatsächlich ließ Hitler die Österreichische Legion unter Reschny aber erst

²¹¹ Hitler warf dem „Regime“ in Österreich, dem, so Hitler, „jeder legale Auftrag fehlte“, vor, daß unter ihm „mehr als 6 Millionen Menschen“ – in Hitlers Augen „Deutsche“ – „unterdrückt wurden“. Da es das Deutsche Reich nicht dulde, „daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihres Bekenntnisses zu bestimmten Auffassungen“, marschiere seit „heute morgen“ die Wehrmacht „über alle Grenzen Deutsch-Österreichs“. Proklamation Hitlers vom 12. 3. 1938, abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 454–457; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 140–143; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 659f.; Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 814–817.

²¹² Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371; Aussage Jodls, 4. 6. 1946, in: IMG 15, S. 390f.

zwei Wochen später in ihre Heimat zurückkehren (TG, 1.4.1938),²¹³ vor allem, weil Seyß-Inquart ihren sofortigen Einmarsch abgelehnt hatte.²¹⁴

Doch vorläufig war die militärische Option, ob mittels Wehrmacht oder Legion, lediglich für die Situation vorgesehen, daß Schuschnigg ein geändertes „Wahlstatut“ ablehnte. Sie war zu diesem Zeitpunkt also noch Eventualfall,²¹⁵ auch wenn bereits um 18.30 Uhr des 10. März der Mobilmachungsbefehl an die 8. Armee erging.²¹⁶ Bemerkenswert ist auch, daß Goebbels angibt, der Einmarsch sei für „Sonntag“, den 13. März, vorgesehen (TG, 13.3.1938). Ob Goebbels hier ein Fehler unterlaufen ist, Hitler sich versprochen hatte oder ob dieser zunächst tatsächlich erst am 13. März den Einmarsch durchführen wollte, ist unklar, da dieses Datum in keiner anderen Quelle zu finden ist.

Um die Reaktionen der anderen Mächte sorgten sich Hitler und Goebbels nicht, da nach ihrer Einschätzung England, Frankreich und Italien wohl nichts tun würden bzw. könnten (TG, 10.3.1938, ähnlich 11.3.1938). Einzig die von Reschny vertretene Ansicht, daß „das österreichische Heer [...] schießen“ werde, „wenn Schuschnigg es befiehlt“, mußte „auch in Rechnung gezogen werden“ (TG, 11.3.1938). Eine Entscheidung über den Einmarsch war zwar noch nicht gefallen, aber es wurde alles vorbereitet, und „jeder“, so Goebbels, traf Vorbereitungen, „als wenn es bereits losginge“. So arbeitete Hitler „die militärischen Pläne aus“, wenig später „mit den Generälen die Marschpläne“.²¹⁷ „Um Mitternacht“, als Goebbels erneut zu Hitler zitiert wurde, waren die „Würfel [...] gefallen“, der Einmarsch am „Samstag“, also dem 12. März, war in Goebbels' Augen nun beschlossene Sache. Die „Weisung Nr. 1“ für das „Unternehmen Otto“, die Hitler noch in dieser Nacht²¹⁸ ausfertigte, enthielt zwar schon den Termin „12. März 38 spätestens 12.00 Uhr“, doch sollte zu diesem Zeitpunkt lediglich alles „einmarsch- bzw. einsatzbereit sein“. Die „Genehmigung zum Überschreiten und Überfliegen der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür“ behielt sich Hitler noch vor.²¹⁹ Hitler ließ Goebbels wissen, daß er „selbst nach Österreich“ gehen wolle und die deutschen Truppen „gleich bis Wien vorstoßen“ sollten (TG, 11.3.1938).

²¹³ Offiziell wurde sie erst am 2.4.1938 auf dem Wiener Heldenplatz empfangen; vgl. Schmidl, März 38, S. 235f.

²¹⁴ Telefonat Görings mit Globocnik, 11.3.1938, 17.00–17.08 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 357.

²¹⁵ Ernst von Weizsäcker dagegen erfuhr um 18.30 Uhr „von Neurath, daß am 12. III. einmarschiert werden soll“, wie er in sein Tagebuch am 10.3.1938 schrieb. Neurath erwähnte also nicht, daß der Einmarsch nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen sollte; vgl. Hill, Weizsäcker-Papiere, Bd. 2, S. 122.

²¹⁶ Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371. Schmidl, März 38, S. 140, dagegen gibt 18.55 Uhr als Zeitpunkt der Mobilmachungsorter an.

²¹⁷ Die Marschpläne besprach Hitler mit den Generälen Ludwig Beck und Erich von Manstein, siehe Müller, Beck, Biographie, S. 302f.

²¹⁸ Jodl zufolge erging die „Weisung Nr. 1“ Hitlers zum bewaffneten Einmarsch in Österreich um 2.00 Uhr nachts am 11.3.1938 ohne und um 13.00 Uhr am 13.3.1938 mit Unterschrift Hitlers; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371.

²¹⁹ Befehl Hitlers zum bewaffneten Einmarsch in Österreich, Weisung Nr. 1, 11.3.1938, in: IMG 34, Dok. 102-C, S. 335–337.

Aber am 11. März, kurz nach 17.00 Uhr, als man in Berlin zwischenzeitlich glaubte, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler und die NSDAP in Österreich erlaubt, war dann Goebbels zufolge der „Einmarsch noch ungewiß“, obwohl er andererseits notierte, daß der „Aufmarsch“ weitergehen und „garnicht [!] mehr aufzuhalten“ sei (TG, 12. 3. 1938). Tatsächlich hatte Hitler den Befehl zum Einmarsch vorübergehend zurückgenommen, nachdem er die Nachricht erhielt, Seyß-Inquart sei bereits Bundeskanzler.²²⁰ Am Abend, als sich herausstellte, daß Bundespräsident Miklas sich weigerte, Seyß-Inquart als Nachfolger von Schuschnigg zu akzeptieren, gab Hitler schließlich um 20.45 Uhr doch, mit der „Weisung Nr. 2“, den Befehl zum Einmarsch, der „bei Tagesanbruch“ zu erfolgen habe.²²¹ Goebbels war noch in dieser Nacht bekannt, daß am nächsten Tag der deutsche Einmarsch beginnen würde, denn er wußte von dem Telegramm, das Seyß-Inquart gegen 20.50 Uhr diktiert wurde, nachdem Hitler seinen Marschbefehl ausgesprochen hatte. Goebbels war jedoch nicht über den neuen Zeitplan informiert, da er schrieb, daß am 12. März „um 12^h [...] der Einmarsch der deutschen Wehrmacht“ beginnen sollte (TG, 12. 3. 1938). Von der österreichischen Legion war nun in Berlin allerdings keine Rede mehr, auch nicht bei Goebbels. Seyß-Inquart versuchte zwar noch in der Nacht zum 12. März, den Einmarsch der Wehrmacht nach Österreich aufzuhalten, doch sein Bemühen war vergebens.²²² Dies erwähnt Goebbels in seinem Tagebuch nicht, was darauf hindeutet, daß er darüber nicht informiert war. Die Truppen der Wehrmacht seien, so Goebbels, von „der österreichischen Regierung gerufen“, was also nicht zutraf, da Seyß-Inquart sich, wenn überhaupt, mit dem Telegramm einverstanden erklärt hatte, als er noch nicht Kanzler war.

²²⁰ Zwischen 17.00 und 17.08 Uhr telefonierte Göring mit Globocnik und erfuhr, Seyß-Inquart sei bereits österreichischer Bundeskanzler und die NSDAP in Österreich erlaubt; vgl. Telefon-Protokolle, 11. 3. 1938, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 356–359. Daraufhin nahm Hitler den Einmarschbefehl zurück, wie Göring Seyß-Inquart berichtete („Es ist gerade vorhin durch diese falsche Darstellung im Moment angehalten worden“); vgl. Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11. 3. 1938, 17.26–17.31 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 362. Auch Jodl hielt dies in seinem Tagebuch fest: unter 18.00 Uhr hatte Jodl vermerkt: „Schuschnigg zurückgetreten. Seyß-Inquart Bundeskanzler. [...] Grenze wird zunächst nicht überschritten“; unter 20.30 Uhr schrieb Jodl: „Orientierung durch Grlt. Viebahn, daß sich die Lage wieder geändert hat. Der Einmarsch findet statt.“ Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371 f. Vgl. auch Aussage Papens vor dem IMG, 13. 6. 1946, in: IMG 16, S. 354 f.; Aussage Jodls, 4. 6. 1946, in: IMG 15, S. 391; Görnitz, Keitel, S. 178 f., und Below, Hitlers Adjutant, S. 90.

²²¹ In der „Weisung Nr. 2“ heißt es: „1. Die Forderungen des deutschen Ultimatums an die österreichische Regierung sind nicht erfüllt worden. / 2. [...] / Die österreichische Regierung hat sich ihres Amtes suspendiert. / 3. Zur Vermeidung weiteren Blutvergießens in österreichischen Städten wird der Vormarsch der deutschen Wehrmacht nach Österreich am 12. 3. bei Tagesanbruch nach Weisung Nr. 1 angetreten.“ Hitlers Weisung Nr. 2, 11. 3. 1938, 20.45 Uhr, in: IMG 34, Dok. 182-C, S. 774. Mündlich wurde die der Weisung zugrunde liegende Entscheidung jedoch schon etwas früher bekannt; vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 11. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 372. Martin Bormann hielt in seinem Notizbuch fest, Hitler habe um 20.00 Uhr den Einmarsch entschieden; vgl. Daten aus Notizbüchern von Martin Bormann, 1934–1943, IfZ, Archiv, F 19/13, 11. 3. 1938.

²²² Aufzeichnung Altenburgs, 12. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 364. Dies bestätigte auch Göring am 16. 3. 1946 in Nürnberg; vgl. IMG 9, S. 439.

Wenn Goebbels hier auch die offizielle Version notierte, weil er sie für wichtig hielt, kann ihm dennoch nicht der Vorwurf der propagandistischen Verzerrung im Tagebuch gemacht werden, denn aus dem Kontext dieses Eintrages geht unmißverständlich hervor, daß das Telegramm in Berlin diktiert wurde und dem NS-Regime die erzwungene „Legitimation“ bot (TG, 12.3.1938). Ähnlich abwegig wäre es, Goebbels' Einschätzung, daß durch die nationalsozialistische Machtübernahme und Besetzung nun die „Stunde der Freiheit [...] auch für dieses Land geschlagen“ (TG, 12.3.1938) habe, als Propagandalüge abzutun. Denn Goebbels glaubte subjektiv tatsächlich, daß Österreich durch die Nationalsozialisten von den „Schwarzen“ befreit würde, die er für „wahre Teufel in Menschengestalt“ hielt und von denen er befürchtete, sie „würden heute wieder Scheiterhaufen aufrichten“, wenn sie es könnten (TG, 20.1.1937).²²³ Und Goebbels stand nicht allein mit dieser Auffassung, auch deutsche Diplomaten berichteten damals von der „Brutalität“, mit welcher die österreichischen Machthaber die nationalsozialistische Bewegung in Österreich „zu unterdrücken versuchten“ und von einem „seit Jahren“ bestehenden, „ausnehmend scharfe[n] Unterdrückungssystem“.²²⁴ Tatsächlich hatte die österreichische Justiz das NSDAP-Verbot noch schärfer ausgelegt als beispielsweise die tschechoslowakischen Behörden; denn während Prag ab Anfang 1937 eine NSDAP-Mitgliedschaft nur mehr für tschechoslowakische Staatsangehörige unter Strafe zu stellen beabsichtigte, war die Mitgliedschaft in der NSDAP oder ihren Gliederungen in Österreich auch für Reichsdeutsche eine Straftat.²²⁵

Dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich widmete Goebbels in seinem Tagebuch nur wenige Zeilen, was nicht verwundert, da er von Hitler den Befehl erhalten hatte, in Berlin zu bleiben, und mit seinen Propagandaaufgaben reichlich beschäftigt war. Goebbels notierte aber, den Tatsachen entsprechend, daß dieser um „½ 6^h morgens“ begonnen habe,²²⁶ daß die deutschen Truppen „mit einer unbeschreiblichen Begeisterung begrüßt worden“ seien, und daß „Österreich [...] in einem einzigen Freudentaumel versunken“ sei (TG, 13.3.1938). Goebbels' Schilderungen der Begeisterung in Österreich stellen keineswegs eine propagandistisch verzerrte Beschreibung dar, da sich vielfach ganz ähnliche Berichte von beteiligten Offizieren oder westlichen Beobachtern finden lassen.²²⁷

Im Unterschied zu späteren militärischen Besetzungen übertrug Hitler den einrückenden Truppen nicht die vollziehende Gewalt. Er wollte den Einmarsch nicht als kriegsähnliche Handlung verstanden wissen.²²⁸ Noch am Mittag des 12. März erreichten die ersten deutschen Gebirgstruppen die Brennergrenze, wo sie Goebbels zufolge „mit den Italienern Sympathiekundgebungen ausgetauscht“ hatten,

²²³ Vgl. auch TG, 26.11.1934, 23.5.1935, 4.11.1936, 23.2.1937, 7.10.1937, 1.3.1938.

²²⁴ Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Wien, v. Stein, an das A.A., 5.3.1938; Schreiben des deutschen Konsuls Hahn, Klagenfurt, an die deutsche Gesandtschaft Wien, 23.2.1938, PA/AA, Wien 286, o.P.

²²⁵ Anfrage der tschechoslowakischen Gesandtschaft Wien, 12.3.1937, sowie Antwortschreiben des österreichischen Bundeskanzleramts, 13.5.1937, PA/AA, R 101.340, Bl. 569460f., 569465f.

²²⁶ Siehe hierzu Schmidl, März 38, S. 164–167.

²²⁷ Vgl. Berichte bei Schmidl, März 38, S. 164–167, 225.

²²⁸ Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S. 30f.

was er „erfreulich“ fand (TG, 13.3.1938). Ursprünglich durfte sich die Wehrmacht der österreichisch-italienischen Grenze „nur auf höchstens 20 km Entfernung nähern“.²²⁹ Als Mussolini dann am Abend des 11. März sein Wohlwollen bezüglich des deutschen Vorgehens in Österreich signalisierte, wurde ein Kommandeur der Wehrmacht ausgesucht, der bekräftigt durch ein Händeschütteln mit einem italienischen Offizier versicherte, daß man mit dem neuen Nachbarn „in einem besonders guten Verhältnis“ stünde. Der italienische Offizier erwiderte „herzlich“ diese Versicherung, gab seiner „Bewunderung für das große deutsche Heer Ausdruck“ und übermittelte Freude angesichts der „Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden großen Ländern“.²³⁰ Mit dem Eintreffen der Wehrmacht am Brenner hielt Goebbels die militärische Besetzung des Alpenlandes für abgeschlossen und notierte nichts weiter darüber.

„Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stärkster Triumph werden“, prophezeite Goebbels im Sommer 1937, als Hitler ihm mitgeteilt hatte, daß er in Österreich „einmal tabula rasa machen“ werde (TG, 3.8.1937). Als dieses Ziel in greifbare Nähe gerückt schien, wollte Hitler sich dieses Erlebnis nicht entgehen lassen. Zur gleichen Zeit, als er Goebbels über den Einmarsch informierte, am 10. März gegen 24.00 Uhr, teilte er ihm auch seinen Entschluß mit, selbst nach Österreich zu gehen (TG, 11.3.1938). Diese Notiz von Goebbels überrascht insofern, als bislang angenommen wurde, Hitler habe sich erst am Abend des 11. März dazu entschieden.²³¹ Die Rückkehr Hitlers als Triumphator in seine alte Heimat wurde streng geheim gehalten. Um Gerüchte zu verhindern, wies Goebbels die Presse an, zu „Tarnungszwecken“, wie er im Tagebuch schrieb, groß darauf hinzuweisen, „daß der Führer nach Hamburg fährt“ (TG, 12.3.1938), und zwar zum Stapellauf des zweiten KdF-Schiffes.²³²

Am 12. März flog Hitler um 8.15 Uhr nach München, von wo aus er mit dem Auto nach Österreich fuhr. Göring übernahm „für die Zeit der Abwesenheit des Führers dessen Stellvertretung“ (TG, 13.3.1938). Goebbels, der in Berlin die Stellung halten mußte, sandte seinen Mitarbeiter Alfred-Ingemar Berndt nach Wien, der dort „die ganze Lage studieren“ sollte (TG, 13.3.1938). Am Nachmittag gegen 16.00 Uhr war Hitler, wie Goebbels schrieb, „in Österreich eingetroffen“ und wurde mit „unbeschreiblichem Jubel in Braunau“, seiner Geburtsstadt, „begrüßt“.²³³ Von der Panik bei der politischen Opposition und den verschiedenen Minderhei-

²²⁹ Befehl der Heeresdienststelle 10, die zuständig war für die Besetzung Tirols. Zit. nach Schmidl, März 38, S. 197.

²³⁰ PA/AA, R 103.451, Bl. 409561. Der deutsche Offizier war Oberstleutnant Friedrich Schörner, Kommandeur des Gebirgsjäger-Regiments 98; er kam am 12.3. um 12.45 Uhr am Brenner an; siehe auch Schmidl, März 38, S. 198, 200.

²³¹ Vgl. Schmidl, März 38, S. 212.

²³² Siehe auch NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 714, 10.3.1938, S. 248; Schreiben Leopold Gutterers an die Adjutantur des Führers, 25.2.1938, BAarch, NS 10/44, Bl. 79. Dieselbe Verschleierungstaktik war in Österreich anlässlich des Berchtesgadenbesuchs Schuschniggs praktiziert worden, da hier vermieden werden sollte, daß die Öffentlichkeit vorzeitig über die Begegnung mit Hitler informiert wurde. Dort war die Meldung lanciert worden, daß Schuschnigg nach Tirol fahre. Vgl. Zernatto, Wahrheit, S. 205.

²³³ Vgl. Krüger, Anschluß, S. 131f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 306.

ten angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme notierte Goebbels nichts. Anschließend fuhr Hitler weiter nach Linz und wollte, wie Goebbels bekannt war, „noch weiter bis Wien“. Goebbels prognostizierte: „Das wird ein Einzug werden“, und freute sich mit Hitler: „Ich bin so glücklich“ (TG, 13.3.1938). Im Radio hörte sich Goebbels die „Übertragungen der Führerreden aus Braunau und Linz“ an, die er „erschütternd“ fand (TG, 13.3.1938). Außer über den Rundfunk und Alfred-Ingemar Berndt wurde Goebbels auch von Reichspressechef Otto Dietrich, den Hitler in seinem Troß mitgenommen hatte,²³⁴ aus Österreich informiert. Dietrich teilte Goebbels am nächsten Tag mit, daß „alles gut“ stünde, daß der Einzug Hitlers in Österreich gar „nicht beschrieben werden“ könne und daß Hitler die Nacht in Linz verbringen und erst am 14. März „in Wien einziehen“ würde (TG, 14.3.1938). Goebbels war zufrieden, vor allem auch über die deutsche Presse, die „ganz im Zeichen Österreich“ gestanden und den Einzug Hitlers „ergreifend“ geschildert habe. Der Rundfunk übertrug diesen live und brachte die Euphorie in die Wohnzimmer der Bevölkerung. Goebbels war selbst ergriffen: „Tolle Begeisterung durch den Rundfunk aus Wien und ganz Österreich. Der Führer am Grabe seiner Eltern. Ergreifende Szenen“ (TG, 14.3.1938).²³⁵

Selbst die Berichterstattung der Auslandspresse fand Goebbels „auffallend gut“, was er auf den „Triumphzug des Führers“ zurückführte, der „nirgendwo seine Wirkung“ verfehlt hätte (TG, 15.3.1938).²³⁶ Vor allem in Wien sei Hitler „wie ein Triumphator“ eingezogen, was Goebbels auch von Berndt bestätigt wurde.²³⁷ Goebbels hätte diesen Erfolg Hitlers in Wien gerne miterlebt und versuchte sich damit zu trösten, er sei „jetzt in Berlin viel wichtiger“ (TG, 15.3.1938). Wenigstens konnte er die, wie er fand, „tief ergreifende Rede“ Hitlers auf dem Heldenplatz in Wien und den Jubel „Hunderttausende[r]“²³⁸ im Rundfunk mitverfolgen (TG, 16.3.1938). In dieser Rede, in Goebbels’ Augen eine „große Stunde der Geschichte“, wies Hitler „Österreich seine neue Mission im neuen Reich zu“ (TG, 16.3.1938).²³⁹ Vor der jubelnden Menge gab Hitler nun den Vollzug des „Anschlusses“ bekannt, bevor er eine gemeinsame Parade von Einheiten der beiden, nun vereinigten Armeen abnahm.²⁴⁰ Noch von Wien aus ließ Hitler über

²³⁴ Schmidl, März 38, S. 212.

²³⁵ Der Besuch Hitlers am Grabe seiner Eltern sollte in der Presse „an hervorragender Stelle in großer Aufmachung“ veröffentlicht werden; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 739, 13.3.1938, S. 260.

²³⁶ Krüger, Anschluß, S. 131–141.

²³⁷ Um eine möglichst große Menschenmenge zur Begrüßung Hitlers auf die Straße zu bringen, wurde in vielen Betrieben mittags die Arbeit beendet, selbst die Wiener Frühjahrsmesse wurde an diesem Tag schon um 12.00 Uhr geschlossen; vgl. Schmidl, März 38, S. 216. Zur Reaktion der ausländischen Presse vgl. Krüger, Anschluß, S. 131f.

²³⁸ Die exakte Zahl der Zuhörer Hitlers bei seiner Rede auf dem Wiener Heldenplatz ist nicht ermittelt. Seyß-Inquart ging von 5–600 000 Menschen aus; vgl. IMG 32, Dok. 3254-PS, S. 70, vgl. auch Steinbauer, Verteidiger, S. 107. Botz, Nationalsozialismus in Wien, S. 99, Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 130, Schmidl, März 38, S. 216, und Benz, Geschichte des Dritten Reiches, S. 160, nehmen dagegen die Zahl von etwa 250 000 Zuhörern an.

²³⁹ Hitler verkündete für Österreich „seine neue Mission“, die „Ostmark“ sollte „das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches“ sein; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 823.

²⁴⁰ Below, Hitlers Adjutant, S. 93; Görlitz, Keitel, S. 180.

seinen Adjutanten Wilhelm Brückner im Propagandaministerium darauf hinweisen, daß zu seiner Rückkehr am 15. März ein „entsprechender Empfang vorbereitet werden“ solle.²⁴¹ Die im Propagandaministerium ausgearbeiteten Vorschläge, die Goebbels guthieß, wurden Hitler vorab vorgelegt.²⁴² Goebbels besprach daraufhin sozusagen weisungsgemäß mit Göring die einzuleitenden Maßnahmen und hielt fest, der Empfang müsse „alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen“ (TG, 16. 3. 1938).²⁴³ Allerdings bereitete dieser dem Propagandaminister, wie er selbst notierte, einige Schwierigkeiten, da das ganze „Fest- und Fahnenmaterial nach Österreich“ gebracht worden war (TG, 16. 3. 1938).²⁴⁴

In den entscheidenden Stunden, in denen die Unabhängigkeit Österreichs zerstört wurde, hielt sich Goebbels nicht in Hitlers Nähe auf, verfolgte das Geschehen aus der Ferne und war also nicht selbst an der Eingliederung des Nachbarstaates in das Deutsche Reich beteiligt. Aber Goebbels wirkte in den Tagen zuvor, da sich Hitler mehrmals mit ihm in der Reichskanzlei beriet, an den Vorüberlegungen mit, die er im Tagebuch detailliert festhielt. Am 10. März referierte Wirtschaftsminister Funk vormittags über den „Anschluß“ Österreichs „an das deutsche Wirtschafts- und Währungssystem“, der „mit einigen Mühen“ zu bewerkstelligen wäre (TG, 11. 3. 1938). Doch auch schon eine politische Vereinigung wurde am selben Tag anvisiert, wie die folgende Tagebuchpassage beweist: „In 8 Tagen wird Österreich unser sein“, hatte Hitler Goebbels prophezeit (TG, 11. 3. 1938). Zu diesem Zeitpunkt konnte Hitler nicht mehr nur eine nationalsozialistische Regierung in Wien gemeint haben, da er sich schon zum militärischen Eingreifen und zu einer Reise dorthin entschieden hatte. Offen war an diesem und am nächsten Tag nur noch, wie der „Anschluß“ staatsrechtlich vollzogen werden könnte. Zunächst, auch noch am Nachmittag des 11. März, hatte Hitler, wie auch Goebbels bekannt war, die Idee, österreichischer „Bundespräsident“ zu werden, der „vom Volke gewählt“ würde, da er „dann so nach und nach“ den „Anschluß vollziehen“ könnte (TG, 12. 3. 1938).²⁴⁵ Innenminister Wilhelm Frick ließ diese Idee von dem zuständigen Abteilungsleiter in seinem Ministerium, Wilhelm Stuckart, in einen Gesetzentwurf gießen.²⁴⁶ Goebbels notierte hierüber: „Frick hat die Gesetze für Österreich schon ausgearbeitet. [...]. Führer Bundespräsident. Er setzt Verfassung. Das wird ohne weiteres angenommen werden“ (TG, 13. 3. 1938). Dieser letzte Satz läßt darauf schließen, daß er und Hitler diesen Umweg über die Institution des Staatsoberhauptes des österreichischen Bundesstaates als einzige Möglichkeit sa-

²⁴¹ Fernschreiben der Propagandaabteilung des RMfVP an den Stabsleiter der RPL, Meldung Nr. 501, 15. 3. 1938, BArch, NS 10/44, Bl. 76.

²⁴² Ebenda.

²⁴³ Die Presse hatte dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung teilnehme; den Journalisten wurde eingeschärft: „Es müsse der triumphalste Einzug werden, den Hitler jemals erlebt hat.“ NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 773, 15. 3. 1938, S. 274.

²⁴⁴ BArch, NS 10/44, Bl. 76; NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 733, 12. 3. 1938, S. 258.

²⁴⁵ Den Plan, dt. und österr. Staatsoberhaupt in Personalunion zu werden, überliefert auch Göring, 18. 3. 1946; vgl. IMG 9, S. 505. Siehe hierzu auch Botz, Eingliederung, S. 32–39.

²⁴⁶ Vgl. Affidavit Stuckarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S. 69–72; siehe auch IMG 15, S. 686f.

hen, den Nachbarstaat in das Deutsche Reich einzugliedern, während ihnen der direkte Weg, wie er wenig später praktiziert wurde, zunächst noch als nicht gangbar erschien.²⁴⁷ Wenn Hitler Bundespräsident wäre und die Verfassung bestimmte, dann könnten sie, so Goebbels, die „Entwicklung weitertreiben“, wie sie wollten (TG, 13.3.1938). Doch die Ereignisse überrollten nicht nur Frick und Goebbels, so daß einige Stunden später ein Bundespräsident Hitler nicht mehr zur Debatte stand. In seiner ersten Kabinettsitzung mittags am 12.3.1938 erwähnte Seyß-Inquart mit keinem Wort einen möglichen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich.²⁴⁸ Erst am Abend des 12. März 1938 verkündete Seyß-Inquart in einer Rede in Linz vor Hitler, daß der „§ 88 des Friedensvertrages erledigt“ sei, wie Goebbels es ausdrückte (TG, 13.3.1938). Seyß-Inquart erklärte den entsprechenden Artikel des Vertrages von St. Germain, der einen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich untersagte, für „unwirksam“,²⁴⁹ sprach aber noch nicht von einem unmittelbar bevorstehenden „Anschluß“, sondern lediglich von einem Ziel: „Das Volksdeutsche Reich der Ordnung, des Friedens und der Freiheit der Völker ist unser Ziel“. Hitler dagegen verkündete in Linz, „daß es der Wunsch und der Wille des deutschen Volkes“ sei, das „große volksdeutsche Reich zu begründen“, und daß es sein „Auftrag“ sei, seine „teure Heimat dem deutschen Reich wiederzugeben“. Weiter sagte Hitler: „Ich habe an diesen Auftrag geglaubt, habe für ihn gelebt und gekämpft, und ich glaube, ich habe ihn jetzt erfüllt“, womit Hitler zum Ausdruck brachte, daß der „Anschluß“ im Prinzip erreicht sei.²⁵⁰ Wann und wie es zur Entscheidung kam, Österreich sofort dem Reich anzugliedern, ist bisher nicht restlos aufgeklärt. Auch aus den Goebbels-Tagebüchern ist dies nicht zu ersehen, weil Goebbels in Berlin blieb und wahrscheinlich keine detaillierten Kenntnisse hierüber erlangte. Es ist anzunehmen, daß dieser Entschluß Hitlers zum sofortigen „Anschluß“ in Linz fiel, vielleicht auch schon in Braunau, Hitlers Zwischenstation von München nach Linz an diesem 12. März.²⁵¹

Am Morgen des 13. März, Hitler hatte gerade Ministerialdirektor Wilhelm Stuckart mit der Ausarbeitung des „Anschluß“-Gesetzes betraut,²⁵² wurde Goebbels von Otto Dietrich angerufen. Daraufhin notierte Goebbels, lediglich Hitlers Einzug in Österreich erwähnend und möglicherweise noch in Unkenntnis über die Ausarbeitung des Gesetzes: „Der Anschluß ist praktisch da“ (TG, 14.3.1938).

²⁴⁷ Ähnlich Görings Aussage vom 18.3.1946, in: IMG 9, S.505.

²⁴⁸ Ministerratsprotokoll Nr.1070, 12.3.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

²⁴⁹ Rede Seyß-Inquarts, in: Frauendienst, Weltgeschichte, S.458f.; DDP, Bd.6, Teil 1, S.144f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd.11, S.660f.

²⁵⁰ Hitler-Rede, 12.3.1938, Linz, in: DDP, Bd.6, Teil 1, S.145f.; Frauendienst, Weltgeschichte, S.459f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd.11, S.661.

²⁵¹ Übereinstimmend gaben die Beteiligten Neurath, Göring und Stuckart in Nürnberg zu Protokoll, daß Hitler die Entscheidung zum sofortigen „Anschluß“ erst in Linz, am 12.3.1938 (bzw. nach dem 11.3.1938, Göring) gefällt habe. Vgl. Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S.704; Aussage Görings, 19.3.1946, in: IMG 9, S.505f.; Affidavit Stuckarts, in: IMG 15, S.687. Vgl. auch Weizsäcker, Erinnerungen, S.149; Botz, Eingliederung, S.32; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S.194.

²⁵² Affidavit Stuckarts, in: Steinbauer, Verteidiger, S.69–72; vgl. auch Aufzeichnung des V.L.R. Carl August Clodius, 16.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok.395, S.496f.

Anscheinend glaubte Goebbels immer noch, Hitler müsse Bundespräsident werden, um die beiden Staaten vereinigen zu können, da er sich im Tagebuch fragte, was „mit Miklas“ geschehen solle, „wenn der Führer nach Wien kommt.“ Am späten Nachmittag oder Abend des 13. März erhielt Goebbels, vermutlich von Alfred-Ingemar Berndt, der ihn schon zuvor telefonisch auf dem laufenden gehalten hatte, den entscheidenden Anruf aus Wien, der ihn über den „Anschluß“ informierte: „Anruf aus Wien: Gesetz vom Führer umgeändert: ‚Österreich ist ein Land im Deutschen Reich.‘ Miklas hat unterschrieben. Damit praktisch der Anschluß vollzogen“ (TG, 14.3.1938).

Erstaunlicherweise enthält diese kurze Passage aus Goebbels' Tagebuch gleich drei Fehler. Denn erstens unterschrieb Seyß-Inquart, nicht Miklas, dieses Gesetz,²⁵³ zweitens änderte Hitler kein Gesetz, wenn von dem früheren Gesetzentwurf Stuckarts, der die rechtliche Grundlage für die Übernahme des Bundespräsidentenamts durch Hitler gelegt hätte, abgesehen wird. Vielmehr wurde die nationalsozialistische Regierung Österreichs, die formal noch bestand, dazu veranlaßt, ein neues Gesetz nach deutschem Entwurf zu erlassen, in dem sich Österreich dem Deutschen Reich unterstellte.²⁵⁴ Dieses österreichische Gesetz wurde von der deutschen Regierung, d.h. von Hitler, zu Reichsrecht erklärt.²⁵⁵ Drittens war Österreich nun nicht „ein Land im Deutschen Reich“, wie Goebbels meinte, sondern laut Gesetz „ein Land des Deutschen Reiches“. Offensichtlich hatte Berndt Goebbels also falsch oder mißverständlich unterrichtet. Als Goebbels um 21.50 Uhr in einer Pressekonferenz zum „Anschluß“ Stellung nahm, war er jedenfalls besser informiert und stellte das Prozedere dar und das Gesetz im korrekten Wortlaut vor.²⁵⁶ Österreich war nun also de jure, wie Artikel 1 des österreichischen „Wiedervereinigungsgesetzes“ festlegte, „ein Land des Deutschen Reiches“. Denn dieses „Bundesverfassungsgesetz“ trat „am Tage seiner Kundmachung“, am 13. März 1938, in Kraft, auch wenn, wie Artikel 2 dieses Gesetzes lautete, alle „über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs“ am 10. April durch „freie und

²⁵³ Miklas hatte sich geweigert, sich als „verhindert“ erklärt und Seyß-Inquart seine Funktionen, die er als Staatsoberhaupt hatte, übertragen. So konnte Seyß-Inquart, als Bundespräsident fungierend, das Gesetz selbst unterzeichnen. Vgl. Denkschrift Seyß-Inquarts, in: IMG 32, Dok.3254-PS, S.69f.; amtliche Mitteilung über den Rücktritt Miklas', 13.3.1938, in: DDP, Bd.6, Teil 1, S.147; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S.312; Schmidl, März 38, S.215. Irritationen darüber gab es auch in Wien, denn eine maschinenschriftliche Abschrift des „Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ in den Akten des Bundeskanzleramts war ebenfalls zunächst mit dem Namen „Miklas“ unterschrieben und anschließend in „Seyß-Inquart“ korrigiert worden; vgl. Ministerratsprotokoll Nr.1071, 13.3.1938, Beilage A, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274.

²⁵⁴ „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, 13.3.1938, Ministerratsprotokoll Nr.1071, Beilage A, und Verhandlungsprotokoll, 13.3.1938, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274. Vgl. DDP, Bd.6, Teil 1, S.147f. Dieses Gesetz wurde vom Kabinett Seyß-Inquart in einer fünfminütigen Sitzung zwischen 17.00 Uhr und 17.05 Uhr verabschiedet. Der Entwurf zu diesem österreichischen Gesetz stammte von Wilhelm Stuckart.

²⁵⁵ Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 13.3.1938, RGBL 1938, Teil I, S.237f.

²⁵⁶ NS-PrA, Bd.6/I, Dok.748, 13.3.1938, S.262.

geheime Volksabstimmung“ erst noch „über die Wiedervereinigung“ zu befinden hatten.²⁵⁷

Am Montag, dem 14. März, erläuterte Goebbels vor der deutschen Presse noch einmal das „Neueste: Miklas zurückgetreten.²⁵⁸ Anschluß vollzogen. Am 10. April Wahl. Bürckel Wahlkommissar und Gauleiter von Österreich.²⁵⁹ Die österreichische Wehrmacht dem Führer unterstellt und schon auf ihn vereidigt“ (TG, 15. 3. 1938).²⁶⁰ Doch nicht nur die anwesenden Journalisten waren „tief erschüttert“ (TG, 15. 3. 1938), wie Goebbels eine besonders positive Stimmung zu beschreiben pflegte, auch Goebbels selbst konnte die Ereignisse noch gar nicht fassen, wie aus seiner triumphierenden Notiz hervorgeht: „Damit praktisch Revolution beendet. Ich [!] ²⁶¹ der kürzesten Zeit, die man sich überhaupt denken kann. In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht“ (TG, 15. 3. 1938).²⁶²

Um den „Anschluß“ auf allen Ebenen zu vollziehen, bedurfte es noch zahlreicher Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Die ersten Erlasse, die Hitler noch in Wien diktierte, regeln die Ernennung Seyß-Inquarts zum Reichsstatthalter in Österreich, die Beauftragung des Reichsstatthalters Seyß-Inquart mit der Führung der österreichischen Landesregierung, die Vereidigung der österreichischen Beamten (mit Ausnahme der jüdischen Beamten) auf die Person Hitlers und die

²⁵⁷ Um Verwirrungen zu vermeiden, erging zwei Tage später die Anweisung an die Presse, „daß der Artikel 1 des Gesetzes über die Wiedervereinigung dem Artikel 2 vorangehe“, d.h. „die Abstimmung bringe nur noch die Bestätigung der bereits vollzogenen Tatsache der Wiedervereinigung“. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 770, 15. 3. 1938, S. 273.

²⁵⁸ Miklas trat am 13. 3. gegen 17.00 Uhr von seinem Amt als Bundespräsident zurück; amtliche Mitteilung über den Rücktritt Miklas', 13. 3. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 147; Schmidl, März 38, S. 215.

²⁵⁹ Bürckel war allerdings nicht „Gauleiter von Österreich“, sondern „kommissarischer Leiter“ der österreichischen NSDAP, da Österreich bereits in mehrere Gaue eingeteilt war und dies sich auch nicht ändern sollte; vgl. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, S. 314; Schmidl, März 38, S. 222; vgl. auch NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 748, 13. 3. 1938, S. 263.

²⁶⁰ Am Abend des 13. 3. 1938 erließ Hitler folgende Verfügung über das österreichische Bundesheer: „1. Die Österreichische Bundesregierung hat soeben durch Gesetz die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich beschlossen. Die Deutsche Reichsregierung hat durch ein Gesetz vom heutigen Tag diesen Beschluß anerkannt. / 2. Ich verfüge auf Grund dessen: Das österreichische Bundesheer tritt als Bestandteil der deutschen Wehrmacht mit dem heutigen Tag unter meinen Befehl. / [...]. / 4. Sämtliche Angehörige des bisherigen österreichischen Bundesheeres sind auf mich als ihren Obersten Befehlshaber unverzüglich zu vereidigen.“ DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 150; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 670. Die Vereidigung erfolgte am 14. 3. 1938 mit derselben Eidesformel, die auch die deutschen Wehrmachtsangehörigen zu leisten hatten; vgl. Schmidl, März 38, S. 220.

²⁶¹ Es handelt sich hier um einen der wenigen Schreibfehler im Tagebuch von Goebbels. Ob Goebbels hierbei zunächst seine Begeisterung oder möglicherweise sein Mitwirken an der gelungenen Aktion ausdrücken wollte, läßt sich nicht mehr aufklären.

²⁶² Diese Einschätzung war allgemein verbreitet. Ernst v. Weizsäcker, der wenige Wochen später zum Staatssekretär des A.A. ernannt wurde, schrieb am 15. 3. 1938 in einem Brief über seine Eindrücke am 14. 3. in Wien: „Der gestrige Tag in Wien ist schon der bemerkenswerteste seit dem 18. Januar 1871“ – dem Tag der Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches in Versailles; zit. nach Hill, Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, S. 123.

Einführung der Reichsgesetze in Österreich.²⁶³ Goebbels war zunächst der Auffassung, daß aufgrund des sogenannten Wiedervereinigungsgesetzes automatisch „für Österreich Reichsrecht“ gelten würde (TG, 14.3.1938). Hier hatte Berndt, der ihm auch die Falschmeldung von der angeblichen Unterschrift Miklas' aus Wien übermittelte, Goebbels wiederum falsch informiert.²⁶⁴ Ausdrücklich hatte Seyß-Inquart vor seinen Kabinettskollegen am 13. März 1938 betont, daß „die derzeitigen Gesetze Österreichs in Kraft blieben“.²⁶⁵ Dementsprechend war in das deutsche Wiedervereinigungsgesetz vom 13. März der Artikel eingefügt worden, daß das „derzeit in Österreich geltende Recht [...] bis auf weiteres in Kraft“ bleibe, und die Einführung des Reichsrechts in Österreich durch den „Führer und Reichskanzler oder den von ihm hierzu ermächtigten Reichsminister“ erfolgen würde.²⁶⁶ Am 14. März erfuhr Goebbels von Berndt telefonisch aus Wien, daß als erstes die reichsdeutschen „Gesetze in Österreich eingeführt werden“ sollten, was er folgendermaßen kommentierte: „Das ist gut so“ (TG, 15.3.1938). Einen Tag später notierte Goebbels, daß die „Reichsgesetze [...] erst nach der Wahl durchgeführt“ würden, was er „auch gut so“ fand, „da es sonst nur Durcheinander gibt“ (TG, 16.3.1938). Goebbels fand den Termin der Gesetzesangleichung offensichtlich nicht sonderlich relevant, er war mit anderen Aufgaben befaßt. Hitler dagegen hatte schon im ersten Erlaß vom 15. März über die Einführung der Reichsgesetze verfügt, daß alle seit dem Wiedervereinigungsgesetz neu hinzukommenden Reichsgesetze automatisch auch für Österreich gelten würden. Zugleich hatte er die sofortige „sinngemäße“ Anwendung von sechs wesentlichen Gesetzen bzw. Verordnungen in Österreich befohlen, darunter das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien, das Reichsstatthaltergesetz und die Durchführungsverordnung des Vierjahresplans.²⁶⁷ Zwei Tage später wurden in einem zweiten Erlaß weitere Reichsgesetze in Österreich eingeführt, was Goebbels aber auch nur ganz kurz vermerkte: „Reichsgesetze in Österreich eingeführt“ (TG, 18.3.1938).²⁶⁸

Einen Tag darauf wurde Heinrich Himmler in seiner Funktion als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei für Österreich ermächtigt, „die zur Aufrechter-

²⁶³ Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung des Reichsstatthalters in Österreich, 15.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.248; Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die österreichische Landesregierung, 15.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.249; Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich, 15.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.245f.; Erster Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 15.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.247f.

²⁶⁴ Zu Berndts Aufgaben siehe TG, 13.–17.3.1938.

²⁶⁵ „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, 13.3.1938, Ministerratsprotokoll Nr.1071, 13.3.1938, Verhandlungsprotokoll, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, BKA, MRP 1. R., Karton 274. Bereits in diesem Verhandlungsprotokoll wird Seyß-Inquart als „Reichsstatthalter“ tituliert.

²⁶⁶ Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 13.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.237f.

²⁶⁷ Erster Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 15.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.247f.

²⁶⁸ Zweiter Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einführung der deutschen Reichsgesetze in Österreich, 17.3.1938, RGBl. 1938, Teil I, S.255.

haltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen“ zu treffen.²⁶⁹ Damit wurden willkürliche Verfolgungen von Legitimisten, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, die schon in der Nacht zum 12. März eingesetzt hatten,²⁷⁰ legalisiert. „Himmler hat sie alle verhaftet“ (TG, 11. 4. 1938), hielt Goebbels bezüglich der Legitimisten fest. Auch Kurt von Schuschnigg war unter den Verhafteten.²⁷¹ Goebbels hielt diesen Erlaß, der für ihn keine Bedeutung besaß, im Tagebuch nicht fest, er notierte lediglich: „Für Österreich neue Gesetze erlassen“ (TG, 19. 3. 1938). Auch über die Frage der Währungsunion schrieb Goebbels nur sehr wenig. Nach einem Telefonat mit Walther Funk hielt Goebbels fest: „Sorge um den Schilling. Die Überführung in die Mark muß bald erfolgen. Wir verhindern damit in Österreich eine etwa 15%ige Lohnerhöhung“ (TG, 15. 3. 1938). Drei Tage nach diesem Telefongespräch regelte eine Verordnung die Einführung der Reichsmark in Österreich:²⁷² „Schilling Mark angeglichen. Einfach und klar“ (TG, 19. 3. 1938). Selbst die Frage, was mit den „österreichischen Auslandsvertretern“ geschehen sollte, vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch; sie wurden „kurzerhand den deutschen unterstellt“ (TG, 16. 3. 1938).²⁷³ Die österreichische Gesandtschaft in Berlin wurde aufgelöst, die deutsche Gesandtschaft in Wien in eine „Dienststelle des Auswärtigen Amts in Wien“ umgewandelt, ausländische diplomatische Vertretungen in Wien wurden in Konsulate umgewidmet.²⁷⁴ Der „Anschluß“ Österreichs vollzog sich zu schnell, als daß Goebbels über die Details ausführlich in seinem Tagebuch hätte berichten können. Zu sehr war er in den ersten Tagen danach mit seinen eigenen Aufgaben beschäftigt, wie sein Tagebuch bezeugt: der Organisation des Wahlkampfes für die Abstimmung am 10. April, den Umbesetzungen und „Arisierungen“ in Presse, Rundfunk, Musikwesen und Theatern (Burgtheater, Wiener Staatsoper, Salzburger Festspiele) in Österreich und der Errichtung des Reichspropagandaamts in Wien. „Man kann das alles garnicht [!] ganz auskosten“ (TG, 14. 3. 1938), klagte Goebbels im Tagebuch: „Das wird erst in

²⁶⁹ Zweite Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 18. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 262. Siehe hierzu Longerich, Himmler, S. 418.

²⁷⁰ Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 196f.; Rosenkranz, Entrechtung, v. a. S. 376–378.

²⁷¹ Hierzu äußerte sich Goebbels noch mehrmals im Tagebuch; TG, 10. 4. 1938, 12. 4. 1938, 16. 6. 1938.

²⁷² Parallel galt zunächst der Schilling weiter, wobei der Umrechnungskurs galt: 1 RM = 1,5 Schillinge. Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich, 17. 3. 1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 253.

²⁷³ Rundschreiben Ribbentrops, 14. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 378; Gedächtnisniederschrift einer Besprechung zwischen Vertretern des A.A. und des österreichischen Bundeskanzleramts in Wien am 15. 3. 1938, PA/AA, R 103.451, Bl. 409483. Siehe auch Schmidl, März 38, S. 224; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 151.

²⁷⁴ Hierbei griff das A.A. einen Vorschlag der ungarischen Regierung auf, die bereits am 15. 3. 1938 angeboten hatte, „die bisherige ungarische Gesandtschaft in Wien alsbald in ein Generalkonsulat umzuwandeln“. Aufzeichnung Mackensens, 15. 3. 1938, über Gespräch mit Döme Sztójay, PA/AA, R 103.451, Bl. 409506. Die Anordnung zur Umwandlung der deutschen Gesandtschaft Wien und Beschreibung ihrer Kompetenzen durch Ribbentrop am 23. 3. 1938 befindet sich in: PA/AA, R 29682, Fiche 754, Bl. 67996–997.

einiger Zeit möglich sein“ (TG, 14.3.1938). Die politisch-administrative Angleichung Österreichs war bei Kriegsbeginn noch nicht abgeschlossen.²⁷⁵

8. Reaktionen Italiens und der Westmächte auf die Umwälzungen in Österreich

In Rom herrschte nach dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 eher Verärgerung als Begeisterung, was vor allem daran lag, daß die NS-Führung ihren „Achsenpartner“ über diesen Schritt nicht informiert hatte²⁷⁶, obwohl einige Monate zuvor eine Absprache über Österreich betreffende Maßnahmen vereinbart worden war.²⁷⁷ Um so mehr Wert legte Mussolini darauf, von nun an über alle Maßnahmen Berlins in Kenntnis gesetzt zu werden.²⁷⁸ Diesem Wunsch Mussolinis mußte Hitler nachkommen, sollte nicht die deutsch-italienische Freundschaft aufs Spiel gesetzt werden. Mussolini dagegen, nach dem Abkommen vom 12. Februar 1938 gekränkt, hatte es unterlassen, Hitler von der bevorstehenden Volksbefragung Schuschniggs zu unterrichten, von der er bereits am 7. März Kenntnis hatte.²⁷⁹ Hitler erfuhr am Nachmittag oder Abend des 11. März, daß Mussolini vorab über Schuschniggs Plan informiert worden war und bewußt die deutsche Regierung nicht informiert hatte, also das Übereinkommen vom September 1937 mißachtet hatte.²⁸⁰ Daher erscheint Berger Waldeneggs Feststellung plausibel, daß sich Hitler „in der Annahme bestärkt“ gefühlt haben mag, „Mussolini würde sich in jedem Falle ruhig verhalten“.²⁸¹ Denn schon vor dem Eintreffen der Nachricht, daß Mussolini das Vorgehen gegen Österreich akzeptiere, zeigte sich Hitler, wie Goebbels überliefert, überzeugt, daß Italien „nichts machen“ werde (TG, 10.3.1938) bzw. könne (TG, 11.3.1938), falls er in Österreich eine Regierung oktroyieren, die Wehrmacht in Österreich einmarschieren ließe oder Österreich dem Reich angeschlossen würde. Nur so ist verständlich, daß Hitler den Mobilmachungsbefehl an die 8. Armee und die entscheidende Weisung Nr. 2 zum Einmarsch gegeben hatte, bevor ihm die Haltung Mussolinis durch Philipp von Hessen am späten Abend des 11. März übermittelt wurde.²⁸² Lange Zeit war in der

²⁷⁵ Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 202.

²⁷⁶ Diese Verstimmung berichtete der deutsche Geschäftsträger in Rom; Schreiben Plessens an das A.A., 25.2.1938, mit Anlage, in: ADAP, D 1, Dok. 129, S. 185; siehe auch Ciano, Tagebuch, Eintrag vom 7.3.1938, S. 120.

²⁷⁷ Entwurf zu einer deutsch-italienischen Vereinbarung, September 1937, in: ADAP, C 6,2, S. 1139.

²⁷⁸ Ara, Österreichpolitik, S. 124; Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 166f.

²⁷⁹ Vermerk Weizsäckers, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 349; Telegramm Plessens an das A.A., 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 350; Protokoll des Telefonats Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

²⁸⁰ Ebenda; vgl. auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 174; Gottschling, „Heim ins Reich!“, S. 193.

²⁸¹ Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 174.

²⁸² Hitler erließ die Mobilmachung am 10.3.1938, gegen 18.30 Uhr (Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371) und die entscheidende Weisung Nr. 2 zum Einmarsch am 11.3.1938 um 20.45 Uhr (Hitlers Weisung Nr. 2, 11.3.

Forschung davon ausgegangen worden, daß Hitler „in den entscheidenden Stunden noch über die römische Politik spekulierte“.²⁸³ Dies traf jedoch nicht zu, Hitler war sich angesichts der Isolierung Roms und der Achsenpolitik sicher, daß Mussolini den „Anschluß“ hinnehmen würde. Sein Brief an Mussolini diene daher auch nicht der Absicherung, sondern lediglich, wie vereinbart, der Information.²⁸⁴ Mussolini zeigte sich denn auch, wie von Hitler erwartet und von Goebbels festgehalten, am 11. März 1938 „uninteressiert“, wollte also „nichts mit der Geschichte zu tun haben“ (TG, 12.3.1938). Kurz vor halb elf Uhr hatte Prinz Philipp von Hessen Hitler telefonisch nach seinem Gespräch mit Mussolini mitgeteilt, Österreich sei für den „Duce“ „eine abgetane Angelegenheit“. Hitler hatte daraufhin, wie das überlieferte Telefonprotokoll ausweist, wiederholt apostrophiert, er werde „ihm das nie, nie vergessen“, es könne „sein, was sein will“.²⁸⁵

Seit Hitlers Abreise nach Österreich suchte sich Goebbels andere Informanten, die er im Tagebuch nicht immer nannte, darunter auch im Auswärtigen Amt. Goebbels wußte, daß sich Mussolini „nicht an dem Protest“ Londons und Paris' beteiligte (TG, 13.3.1938). Diese Nachricht war kurz nach Mitternacht am 12. März im Auswärtigen Amt eingetroffen; in dem entsprechenden Telegramm schrieb der deutsche Geschäftsträger in Rom, Italien habe es „abgelehnt“, zusammen mit Frankreich und England gegen die nationalsozialistische Okkupation der österreichischen Regierung vorzugehen.²⁸⁶ Goebbels notierte weiter in seinem Tagebucheintrag vom 13. März: „In Rom ist man einverstanden. Mit etwas Reserve erklärt man seine Zustimmung.“ Möglicherweise bezog sich Goebbels hierbei auch schon auf die Resolution des Faschistischen Großrates vom 12. März, die besagte, daß der Rat das, „was sich in Österreich ereignet hat, als das Ergebnis eines bereits bestehenden tatsächlichen Zustandes und als den Ausdruck der Gefühle und des Willens des österreichischen Volkes“ betrachte.²⁸⁷

Wenn nicht schon im Gespräch mit Hitler, so erlangte Goebbels spätestens am 12. März Kenntnis von dem Schreiben Hitlers an Mussolini:²⁸⁸ „Der Führer hat an Mussolini einen persönlichen Brief geschrieben. Er bietet ihm da das von Italien

1938, 20.45 Uhr, in: IMG 34, Dok. 182-C, S. 774), aber erst um 22.25 Uhr am 11.3.1938 informierte ihn Philipp von Hessen über das faschistische Wohlwollen; Protokoll des Telefonats Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369. Siehe auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 173. Auch Weizsäcker, Erinnerungen, S. 149, überliefert eine „Überrumpelung“ Mussolinis durch Hitler.

²⁸³ Kube, *Pour le mérite*, S. 247.

²⁸⁴ Die von Hitler gewählte Sprache läßt den informativen Charakter des Briefes (in: ADAP, D 1, Dok. 352) erkennen („eine Entscheidung, die [...] bereits unabänderlich geworden ist“; „ich als Führer und Nationalsozialist kann nicht anders handeln“). So auch Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 171–175. Ciano notierte am 12.3.1938 in sein Tagebuch (S. 124), Hitlers Brief enthalte „Aufklärungen über das Vorgefallene“.

²⁸⁵ Telefonat Prinz Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

²⁸⁶ Telegramm Plessens an das A.A., 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 350. Ein weiteres Telegramm Plessens des gleichen Inhalts traf am 12.3.1938 um 15.10 Uhr im A.A. ein; vgl. ADAP, D 1, Dok. 361.

²⁸⁷ Frauendienst, *Weltgeschichte*, S. 467f.; Michaelis/Schraepfer, *Ursachen*, Bd. 13, S. 657f.

²⁸⁸ Schreiben Hitlers an Mussolini, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 352, S. 468–470.

so lange begehrte Militärbündnis an“ (TG, 13.3.1938). Allerdings erwähnt Hitler in diesem Brief kein Militärbündnis, dieses bot er Mussolini durch Prinz Philipp von Hessen mündlich an.²⁸⁹ Es ist offensichtlich, daß Goebbels hier entweder falsch informiert wurde oder selbst kombinierte, das Bündnisangebot sei in dem Brief übermittelt worden. Am folgenden Tag, nachdem Otto Dietrich ihn telefonisch aufgeklärt hatte, kannte Goebbels den Inhalt des Schreibens genauer: „Der Brief des Führers an Mussolini zählt nochmal alle Gründe zu unserem Vorgehen auf. [...] Im Brief des Führers wird die Brennergrenze feierlich anerkannt“ (TG, 14.3.1938).²⁹⁰ Goebbels erwähnte auch, daß der „Faschistische Großrat“ beschlossen habe, „keine Handlung vorzunehmen“, und daß Mussolini es „abgelehnt“ habe, „sich an einem Protest von Paris zu beteiligen“ (TG, 14.3.1938), was Goebbels auch schon einen Tag zuvor festgehalten hatte. Neben dem Inhalt des Schreibens Hitlers an Mussolini berichtete Reichspressechef Dietrich dem Propagandaminister auch die Neuigkeit, daß Hitler Mussolini ein Danktelegramm gesandt hatte: „Der Führer dankt ihm in einem sehr herzlichen Telegramm. Er werde ihm das nie vergessen.“²⁹¹ Die italienische Presse sei nun „ganz auf“ deutscher „Seite“²⁹²; Mussolini hatte sich in den Augen der Nationalsozialisten „fabelhaft benommen“ (TG, 14.3.1938). Daher sprach Generalfeldmarschall Göring in seiner Rede zur Heldengedenkfeier am 13. März, die er als nun ranghöchster Offizier 1938 erstmals halten durfte, einen besonderen „Dank an Mussolini“ aus (TG, 14.3.1938).²⁹³ Am 14. März erfuhr Goebbels, daß Mussolini Hitler auf sein Danktelegramm geantwortet habe, „sein Handeln entspringe der Freundschaft zwischen beiden Völkern und beruhe auf der Achse Berlin-Rom“ (TG, 15.3.

²⁸⁹ Hitler ließ Philipp v. Hessen nach Mussolinis Zustimmung übermitteln, er sei jetzt „bereit, mit ihm in eine ganz andere Abmachung zu gehen“, „mit ihm durch dick und dünn zu gehen“, mit ihm „jedes Abkommen“ zu schließen. Hessen bestätigte, dies Mussolini am 11.3.1938 ausgerichtet zu haben. Vgl. Telefonat Prinz Philipps von Hessen mit Hitler, 11.3.1938, 22.25–22.29 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 369.

²⁹⁰ Als Gründe für sein Vorgehen nannte Hitler u. a. die österreichischen Grenzbefestigungen zu Deutschland, die angeblichen Mißhandlungen der Deutschen in Österreich, den vorgeblichen Bruch des Berchtesgadener Abkommens durch Schuschnigg und die angeblich anarchistischen Zustände in Österreich. Zur Brennergrenze schrieb Hitler: „Was immer auch die Folge der nächsten Ereignisse sein möge, ich habe eine klare deutsche Grenze gegenüber Frankreich gezogen und ziehe jetzt eine ebenso klare gegenüber Italien. Es ist der Brenner. / Diese Entscheidung wird niemals wieder in Zweifel gezogen noch angetastet werden.“ Schreiben Hitlers an Mussolini, 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 352, S. 468–470. Vgl. auch Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10.3.1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371. Dieser Brief Hitlers und sein Inhalt waren für die Presse „gesperrt“, er durfte lediglich „erwähnt werden“; vgl. NS-PrA, Bd. 6/I, Dok. 742, 13.3.1938, S. 261.

²⁹¹ Das Telegramm war eher kurz als herzlich: „An seine Exzellenz den italienischen Ministerpräsidenten und Duce des faschistischen Italiens Benito Mussolini. / Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen! / Adolf Hitler“. Frauendienst, Weltgeschichte, S. 468; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 658.

²⁹² Diesen Eindruck übermittelte auch von Plessen an das A.A.; vgl. Telegramm Plessens, 13.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 373.

²⁹³ Göring, Reden und Aufsätze, S. 319.

1938).²⁹⁴ Goebbels war erfreut über die Erklärung des italienischen Regierungschefs und besonders über dessen Rede am 16. März, in der er sich „sehr positiv zur österreichischen Frage“ geäußert (TG, 17. 3. 1938) und sich „stark für Deutschland und scharf gegen die Quertreiber“ eingesetzt habe (TG, 18. 3. 1938).²⁹⁵ Als Hitler wieder nach Berlin zurückgekehrt war, betonte er, was die Nationalsozialisten „Mussolini zu verdanken“ hätten, da dieser „sich gleich nach dem Brief des Führers auf“ deren „Seite gestellt“ habe (TG, 19. 3. 1938). Als Hitler wenige Wochen später bei seinem Italienbesuch mit Goebbels in Rom dinierte, notierte Goebbels als „politisches Resultat“ der Reise: „Mussolini ist mit Österreich einverstanden. Der Führer dafür sehr dankbar. Hat ihm für jede Not jede Hilfe versprochen. Die Freundschaft zwischen beiden ist endgültig besiegelt“ (TG, 7. 5. 1938). Auch garantierte Hitler nun feierlich die „Brennergrenze“ (TG, 8. 5. 1938). Zudem wurden militärische Abmachungen getroffen, die die wohlwollende Neutralität Italiens bei verschiedenen möglichen Konfliktfällen zum Inhalt hatten. „Das ist so eine Art Militärbündnis“ (TG, 7. 5. 1938), hielt Goebbels im Tagebuch fest. Wenn auch ein Militärbündnis im eigentlichen Sinne, der sogenannte Stahlpakt,²⁹⁶ erst ein Jahr später geschlossen wurde, hatte die Annexion Österreichs doch zur Folge, daß sich Deutschland und Italien einander noch stärker annäherten. Sie war der entscheidende Test für die Bündniswilligkeit beider auf Expansion ausgerichteten Partner.

In Frankreich, Großbritannien und in geringerem Maße in den USA nahm man die zunehmende Bedrohung der Souveränität Österreichs mit Sorge zur Kenntnis. Die französische Regierung hatte offiziell gegen das Abkommen vom 12. Februar protestiert. Die Position Londons war für das NS-Regime schwieriger zu beurteilen, denn Großbritannien hatte sich im Februar 1938 nicht an einem förmlichen Protest beteiligt.²⁹⁷ Als jedoch Lord Halifax das britische Außenministerium übernahm und der britische Botschafter Neville Henderson am 3. März 1938 gegenüber Hitler betont hatte, „wie oft er [...] für den Anschluß eingetreten“ sei,²⁹⁸ fühlte sich Hitler in seiner Ansicht bestärkt, daß London wegen Österreich keinen Konflikt mit dem Deutschen Reich riskieren würde. Nicht zuletzt aufgrund dieses Gesprächs glaubte Hitler, wie Goebbels notierte, daß neben Italien auch

²⁹⁴ Mussolini hatte telegraphiert: „Meine Haltung ist bestimmt von der in der Achse besiegelten Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern.“ Telegramm in: *Frauendienst, Weltgeschichte*, S. 468.

²⁹⁵ Die Einschätzung Goebbels' ist zutreffend, denn Mussolini sprach von dem lange gehegten Wunsch in Deutschland und Österreich, sich in einem Reich zu vereinigen, von den Friedensverträgen, die Österreich die Unabhängigkeit „aufzwangen“, von dem Undank der Österreicher gegenüber den Italienern nach ihrem Eingreifen 1934, von „Individuen“ und „der Welt der Gegner des Faschismus“ („Berufspazifisten“, „Demokratien“, „Logen“, die „3. Internationale“), die „die beiden totalitären Regimes gegeneinander auszuspielen“ versuchten, von der „Achse“, die sich als „bruchfest erwiesen“ habe und von der Freundschaft zwischen dem italienischen und dem deutschen Volk. Vgl. Conci, Duce, S. 17–23; *Frauendienst, Weltgeschichte*, S. 469–474.

²⁹⁶ Dt.-ital. Freundschafts- und Bündnispakt, 22. 5. 1939, in: ADAP, D 6, S. 466–469.

²⁹⁷ Vgl. auch Haas, *Okkupation*, S. 38; Michalka, *Ribbentrop*, S. 223.

²⁹⁸ Aufzeichnung über die Unterredung Hitlers und Ribbentrops mit Neville Henderson, 3. 3. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 138, S. 202.

England „nichts machen“ werde, „vielleicht Frankreich, aber wahrscheinlich nicht“ (TG, 10.3.1938). Diese Passage aus Goebbels' Tagebuch zeigt, daß Hitler offensichtlich das „Risiko“ (TG, 10.3.1938) als nicht sehr groß einschätzte. Eine mögliche Intervention der USA dagegen, die schon nach dem Februar-Abkommen wegen ihres isolationistischen Kurses auf diplomatische Schritte verzichtet hatten, schien so abwegig, daß sich offenbar niemand in Berlin auch nur entfernt darüber Gedanken machte.

Aus der Sicht Hitlers und des NS-Regimes bestand der einzige Unsicherheitsfaktor in Frankreich. Am 10. März vormittags glaubte sich die NS-Führung auch über diese mögliche Gefahr nicht mehr den Kopf zerbrechen zu müssen, was durch die Goebbels-Tagebücher deutlich belegt ist: „Da kommt die Nachricht, daß Chautemps zurückgetreten ist. Halali! Das ist ein Fest. Ein Unsicherheitsfaktor vermindert sich“ (TG, 11.3.1938). Diese Passage zeigt zugleich, daß Goebbels im Gegensatz zu Hitler von mehreren Unsicherheitsfaktoren ausging und wieder einmal skeptischer war als sein „Führer“. Hitlers Lageeinschätzung an diesem Vormittag lautete: „London wird nichts machen. Paris unsicher, aber durch Regierungskrise stark gehandicapt. Also muß es gewagt werden“ (TG, 11.3.1938). Einige Zeilen später notierte Goebbels über den Rücktritt des französischen Regierungschefs: „Die ersehnte Krise ist da.“ Es war zwar keine Krise, die eine „Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg“ zur Folge haben würde, wie sie Hitler am 5. November 1937 in der bereits erwähnten Konferenz herbeigewünscht hatte,²⁹⁹ aber Frankreich war in seiner Handlungsfähigkeit wesentlich eingeschränkt.³⁰⁰ Am nächsten Tag, als Schuschnigg und Miklas immer wieder neue Ultimaten gestellt wurden, hielt die Regierungskrise in Frankreich an, was Goebbels mit den Worten kommentierte: „In Paris kriselt man. Bravo! Kommt uns sehr gelegen. Blum bemüht sich um eine Regierung. Aber ohne Erfolg“ (TG, 12.3.1938). Die Krise innerhalb der französischen Regierung war also ein entscheidendes Moment, das Hitler in seinem Entschluß zur gewaltsamen Intervention in Österreich wesentlich bestärkte.

Großbritannien war nicht gewillt,³⁰¹ Frankreich nicht fähig, die sich mehr und mehr abzeichnende Annexion Österreichs durch das NS-Regime mit allen Mitteln zu unterbinden. Beide Staaten beschränkten sich auf Proteste, die im Verlauf der Krise allerdings an Schärfe zunahmen. Am 10. März hatte der geschäftsführende französische Außenminister, Yvon Delbos, dem deutschen Botschafter Graf Welczeck in Paris seine Besorgnis über die deutsche „Teilmobilmachung“ mitgeteilt, worauf der deutsche Diplomat dem Minister geantwortet hatte, daß die deutsche Regierung „Österreich und Deutschland als eine große Familie betrachten und kleineren oder größeren Familienzwist“ mit Österreich „allein zu erledigen wünschten“. Daraufhin konterte Delbos, „daß auch Europa als größere Familie

²⁹⁹ Niederschrift Hoßbachs über die Konferenz am 5.11.1937, in: IMG 25, Dok.386-PS, S.411.

³⁰⁰ Schmidl, März 38, S.242.

³⁰¹ Vgl. Telegramm des britischen Gesandten in Wien, Sir Charles Michael Palairet, an Halifax, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.I, Doc.19; Telegramm Halifax' an Palairet, Wien, 11.3.1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol.I, Doc.25.

betrachtet werden müßte, in der auch jeder lokale Konflikt die übrigen Familienmitglieder berühre“.³⁰² Der britische Außenminister Lord Halifax hatte seinen deutschen Amtskollegen Ribbentrop am selben Tag darauf hingewiesen, er lege „größten Wert“ darauf, daß die österreichische „Volksabstimmung ohne Einmischung oder Einschüchterung durchgeführt werde“.³⁰³

Am 11. März, als die französische und die britische Regierung durch Schuschnigg von den deutschen Ultimaten, insbesondere von dem geforderten Rücktritt Schuschniggs, Kenntnis erhielten,³⁰⁴ wurden die Warnungen und Proteste gegen Berlin deutlicher. Neville Henderson, britischer Botschafter in Berlin, forderte Neurath auf, Hitler dahingehend zu beeinflussen, daß er sich mit der Absage der Volksbefragung begnügen solle.³⁰⁵ Noch am selben Tag erhob Henderson abends im Namen der britischen Regierung „stärksten Protest“ gegen die ultimativ geforderte Regierungsumbildung in Österreich und äußerte, daß „ein derartiges Vorgehen geeignet“ sei, „die schwerwiegendsten Rückwirkungen auszulösen, deren endgültiger Ausgang unmöglich vorausgesehen werden“ könne.³⁰⁶ Auch der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, teilte Neurath am 11. März im Auftrag der französischen Regierung seinen fast gleichlautenden energischsten Protest mit. Auch er gab der Befürchtung Ausdruck, daß das deutsche Verhalten zu folgenreichen Reaktionen führen müsse, deren weitere Konsequenzen noch nicht absehbar seien.³⁰⁷

Goebbels wußte, daß London und Paris in Berlin protestiert hatten, und kommentierte dies mit den Worten: „London und Paris legen scharfe Proteste ein. Aber was soll das alles. Sie müssen sich doch den Tatsachen beugen“ (TG, 13.3.1938). Auch am nächsten Tag vertrat Goebbels die Ansicht, daß „der Protest von Henderson und Poncet kaum etwas zu bedeuten“ habe (TG, 14.3.1938). Goebbels lag mit dieser Einschätzung richtig, denn weder Frankreich noch Großbritannien waren bereit, dem deutschen Vorgehen über diplomatischen Einspruch hinaus militärisch Einhalt zu gebieten. Die am Abend des 11. März überreichten Protestnoten Frankreichs und Großbritanniens sind von Neurath, wie Goebbels wußte, „ebenso scharf zurück gewiesen worden“ (TG, 13.3.1938). Tatsächlich sind die Antwortschreiben Neuraths auf die Protestnoten der beiden Botschafter ungewöhnlich schroff und drohend. Es wurde beiden Regierungen nicht nur das Recht abgesprochen, sich in diese angeblich innerdeutsche Angelegenheit einzumischen, sondern auch gedroht, daß es tatsächlich zu Rückwirkungen kommen könne,

³⁰² Telegramm Welczecks an das A.A., 11.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 346.

³⁰³ Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Halifax und Ribbentrop am 10.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 145, S. 215.

³⁰⁴ Vgl. Zeugenaussage Miklas, in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442f., 445, 447.

³⁰⁵ Schreiben Hendersons an Neurath, 11.3.1938, PA/AA, R 103.451, Bl. 409423–426, englisches Original u. deutsche Übersetzung, deutsche Fassung abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 354.

³⁰⁶ Schreiben Ivone Kirkpatrick im Auftrag Hendersons an Neurath, 11.3.1938, PA/AA, R 103.451, Bl. 409429–430 (englisches Original), deutsche Übersetzung abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 355.

³⁰⁷ Schreiben François-Poncets an Neurath, 11.3.1938, abgedr. in: ADAP, D 1, Dok. 356; deutsche Übersetzung in: PA/AA, R 29682, Fiche 751, Bl. 67819. Siehe hierzu auch Schäfer, François-Poncet, S. 293f.

sollte diese Einmischung erfolgen.³⁰⁸ Goebbels war begeistert und meinte: „Neurath hat ihnen ordentlich die Meinung gesagt. Das ist gleich ausgestanden“ (TG, 14.3.1938). Aus Washington dagegen war zunächst keinerlei Protest zu vernehmen, im Gegenteil, der amerikanische Außenminister Cordell Hull gab dem deutschen Botschafter Hans Heinrich Dieckhoff noch am 12. März zu erkennen, daß er „durchaus Verständnis“ für das deutsche Vorgehen habe.³⁰⁹

Noch aufmerksamer als die diplomatischen Proteste beobachtete Goebbels die Berichterstattung in der ausländischen Presse, die er regelmäßig in seinem Tagebuch skizzierte: „Die Auslandspresse ist z.T. sehr scharf, vor allem in London, sonst resigniert, vor allem in Paris. Die Proteste von London und Paris sind im Augenblick unerheblich“ (TG, 13.3.1938). Ein ähnliches, aber etwas differenzierteres Bild der englischen Presse sandte der deutsche Geschäftsträger Woermann aus London nach Berlin.³¹⁰ Die französische Presse war in der Tat durch Resignation gekennzeichnet, wie der deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt telegraphierte.³¹¹ Besonders unangenehm war für Berlin begreiflicherweise die Berichterstattung in den ausländischen Medien über die Ultimaten an Schuschnigg und Miklas. Als Goebbels die Proklamation³¹² Hitlers vom 12. März 1938 über den Einmarsch in Österreich und den angeblichen Hilferuf der neuen österreichischen Regierung vor Vertretern der Auslandspresse verlas, mußte er, wie er festhielt, „noch einige Lügen“ zurückweisen (TG, 13.3.1938). Mit der Vokabel „Lügen“ bezeichnete Goebbels die Berichte über die deutschen Ultimaten an Österreich. Derartige Meldungen waren, wie Goebbels im Tagebuch offenlegte, de facto keine „Lügen“, aber sie waren in den Augen des nationalsozialistischen

³⁰⁸ Neurath hatte in dem Antwortschreiben an die französische Regierung – fast gleichlautend war das an die britische Regierung – darauf hingewiesen, daß der französischen Regierung „nicht das Recht zusteht, die Rolle eines Beschützers der Unabhängigkeit Österreichs für sich in Anspruch zu nehmen.“ Die deutsch-österreichischen Beziehungen seien „eine dritte Mächte nicht berührende innere Angelegenheit des deutschen Volkes“. Neurath widersprach der in den Protestnoten geäußerten „Behauptung“, wie er es nannte, daß vom Deutschen Reich auf Österreich Zwang ausgeübt worden sei. Er stellte die Lage in Österreich als bürgerkriegsähnliche Situation dar, die eine „Kabinettskrise“ zur Folge gehabt habe. Auf dringende Bitte der österreichischen Regierung habe sich die Reichsregierung dann zu einer Unterstützung in Form von militärischen und polizeilichen Kräften entschlossen. „Bei diesem Sachverhalt“, so schrieb Neurath weiter, „ist es völlig ausgeschlossen, daß das Verhalten der Deutschen Regierung, wie in Ihrem Schreiben behauptet wird, zu unübersehbaren Rückwirkungen führen könnte.“ Neurath schloß sein Schreiben mit dem Satz: „Gefährliche Rückwirkungen könnten in dieser Lage nur dann eintreten, wenn etwa von dritter Seite versucht würde, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und legitimen Zielen der Reichsregierung auf die Gestaltung der Verhältnisse in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes unvereinbar wäre.“ Schreiben Neuraths an François-Poncet, 12.3.1938, PA/AA, R 103.450, Bl. 409367–371. Siehe auch Schreiben Neuraths an Henderson, 12.3.1938, PA/AA, R 103.451, Bl. 409431–434.

³⁰⁹ Telegramm Dieckhoffs an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 362; vgl. auch Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401.

³¹⁰ Telegramm Woermanns an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 359.

³¹¹ Telegramm Welzecks an das A.A., 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 360.

³¹² Abgedr. in: Frauendienst, Weltgeschichte, S. 454–457; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 140–143; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 11, S. 659f.

Ministers nicht angebracht, da sie nicht der amtlichen deutschen Version entsprachen. Das Auswärtige Amt, allen voran Neurath, dementierte ebenfalls derartige Darstellungen und bezeichnete sie als „unwahr“ und „völlig aus der Luft gegriffen“.³¹³ Nach dem Krieg erklärte Neurath in Nürnberg, er habe „gar keine anderen Informationen [...] als die Mitteilungen Hitlers“ gehabt, die seinen Notizen an François-Poncet und Henderson zugrunde gelegen hätten, und suggerierte damit, daß Hitler ihn durch eine Darstellung falscher Tatsachen belogen habe.³¹⁴ Andere Nationalsozialisten wie beispielsweise Göring widersprachen im März 1938 ebenfalls Nachrichten über Ultimaten und wiesen sie als „Lügen“ zurück.³¹⁵ Insofern handelt es sich bei der Notiz Goebbels', er habe „noch einige Lügen“ zurückgewiesen, um keine Goebbels-spezifische wahrheitswidrige Darstellung oder um propagandistische Irreführung in seinem Tagebuch, sondern um die Beschreibung seines Versuchs, die offiziell verlautbarte Version des Geschehenen durchzusetzen.

Bereits am Abend des 12. März war Goebbels zufolge das Schlimmste überstanden: „Dann flaut die ganze Sache ab. Aus London und Paris beruhigende Nachrichten. Chamberlain ins Wochenende abgefahren“ (TG, 13.3.1938). Nach den Diplomaten verstummte allmählich auch die Presse, die nun nur noch in London „sehr scharf“ gegen den „Anschluß“ Österreichs geschrieben habe (TG, 15.3.1938). Goebbels führte das Nachlassen der Kritik auf den „Triumphzug des Führers“ durch Österreich zurück, der „nirgendwo seine Wirkung“ verfehlt habe (TG, 15.3.1938). Zur Erklärung Chamberlains im House of Commons hatte Goebbels irrtümlicherweise notiert, dieser habe gesagt, „daß man auch mit Waffengewalt nichts habe machen können“.³¹⁶ Daher war er überzeugt, daß die Krise endgültig

³¹³ Zur Machtübernahme in Österreich erklärte Neurath dem französischen Botschafter François-Poncet in einem Antwortschreiben auf dessen schriftliche Protestnote: „Daß vom Reich aus auf diese Entwicklung ein gewaltsamer Zwang ausgeübt wäre, ist unwahr. Insbesondere ist die von dem früheren Bundeskanzler nachträglich verbreitete Behauptung völlig aus der Luft gegriffen, die Deutsche Regierung habe dem Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach dem dieser einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der Deutschen Regierung zu bilden hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich in Aussicht genommen werde. In Wahrheit ist die Frage der Entsendung militärischer und polizeilicher Kräfte aus dem Reich erst dadurch aufgeworfen worden, daß die neugebildete österreichische Regierung in einem in der Presse bereits veröffentlichten Telegramm die dringende Bitte an die Reichsregierung gerichtet hat, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Blutvergießen baldmöglichst deutsche Truppen zu entsenden.“ Schreiben Neuraths an François-Poncet, 12.3.1938, PA/AA, R 103.450, Bl.409367–371, hier Bl.409370. Ein beinahe gleichlautendes Antwortschreiben Neuraths ging am 12.3.1938 an Neville Henderson, PA/AA, R 103.451, Bl.409431–434. Weizsäcker teilte diese Darstellung den diplomatischen Vertretern des Reiches in einem Rundtelegramm zur „Information und Regelung der Sprache“ mit und gebrauchte dieselben Formulierungen. Rundtelegramm Weizsäckers, 12.3.1938, in: ADAP, D 1, Dok. 366, S.479.

³¹⁴ Aussage Neuraths, 24.6.1946, in: IMG 16, S.702, 704.

³¹⁵ Rede Görings am 13.3.1938, in: Göring, Reden und Aufsätze, S.317.

³¹⁶ Chamberlain hatte das Gegenteil von dem gesagt, was Goebbels schrieb. Allerdings stimmt Goebbels' Interpretation insofern, als durch Chamberlains Ausführungen deutlich wurde, daß die englische Regierung offensichtlich glaubte, sie *allein* hätte Deutsch-

überstanden sei, was an seinem Kommentar „Na, also“ deutlich wird. (TG, 15.3. 1938). In den Vereinigten Staaten wurde erst allmählich publizistisch Protest gegen die Annexion Österreichs erhoben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Kritik in Europa schon fast wieder verstummt war.³¹⁷ Dennoch sei, so Goebbels, den Amerikanern „auch nichts anderes übrig“ geblieben, als den „Anschluß“ anzuerkennen, was in seinen Augen bereits durch Außenminister Cordell Hull in der zweiten Märzhälfte erfolgt sei (TG, 21.3. 1938), tatsächlich jedoch erst im April geschah.³¹⁸ Es war nun, nachdem England und Frankreich keine schwerwiegenden Maßnahmen ergriffen hatten, nur noch eine Frage der Zeit, bis diese beiden Staaten die „Angliederung Österreichs“ anerkennen würden. London vollzog diesen Schritt am 2. April 1938³¹⁹ (TG, 4.4. 1938), Paris wenige Tage später (TG, 7.4. 1938).³²⁰ Die beiden Staaten, die anfangs deutlich gegen den Eingriff in die österreichische Souveränität protestiert hatten, warteten also, wie auch die USA, die Volksabstimmung in Österreich am 10. April 1938 erst gar nicht mehr ab, um ihr Einverständnis zur Annexion Österreichs zu erklären.

Dieser Abstimmung, die mit einer „Reichstagswahl“ verknüpft war, ging, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, der „gigantischste Wahlfeldzug“ voraus, den er bis dahin „je geführt“ hatte (TG, 22.3. 1938). Seinen Angaben zufolge hatte er „11 Millionen“ Reichsmark „für den Wahlkampf“ erhalten (TG, 19.3. 1938),³²¹ womit unter anderem Flugblätter, Plakate und ähnliches im Umfang von „7 Eisenbahnzüge[n]“ (TG, 22.3. 1938) gedruckt werden konnten. Goebbels sorgte nicht nur für die Erstellung der Wahlmaterialien, sondern intervenierte auch bei Hitler gegen den Entwurf der Abstimmungssparole des Innenministeriums (TG, 23.3. 1938, 24.3. 1938). Nach dem Entwurf hätte man, wie Goebbels kritisierte, „nach Belieben ja und nein sagen“ können (TG, 23.3. 1938), zudem sei er in „Juristen-deutsch abgefaßt“ (TG, 25.3. 1938) gewesen.³²² Goebbels war sich sicher, daß das

land auch mit Waffen nicht aufhalten können; vgl. Statement by the Prime Minister in the House of Commons on March 14, in: DBFP, 3rd Series, Vol. 1, Doc. 79, S. 48. Vgl. auch Klusacek, Steiner, Stimmer, Dokumentation, S. 34.

³¹⁷ Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401, S. 501–505.

³¹⁸ Anlaß zu dieser Einschätzung war ein Telegramm des deutschen Botschafters in Washington über eine Pressekonferenz des US-Außenministers Cordell Hull, in der dieser ausführte, daß die USA künftig die „Deutsche Botschaft als Vertreter österreichischer Interessen anerkenne“. Diese Mitteilung werde, so Dieckhoff weiter, „hier allgemein als de facto Anerkennung [der] Vereinigung von Österreich mit Deutschland aufgefaßt“. Telegramm Dieckhoffs, 19.3. 1938, PA/AA, R 29682, Fiche 754, Bl. 67989. Die USA erkannten den „Anschluß“ formell am 6.4. 1938 an; vgl. Bericht Dieckhoffs an das A.A., 18.4. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 401, S. 502, 505.

³¹⁹ Durch eine Note, die Botschafter Henderson Ribbentrop am 2.4. 1938 übergab; vgl. ADAP, D 1, Dok. 400.

³²⁰ Vgl. ADAP, D 2, Dok. 117.

³²¹ Botz, „Volksbefragung“, S. 226f., fand heraus, daß das Reichsfinanzministerium 12 Millionen RM und die NSDAP-Reichsleitung weitere 5,1 Millionen RM für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hatten.

³²² Die Abstimmungsfrage über den „Anschluß“ und die Reichstagswahl lautete letztlich: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“ Zit. nach Botz, „Volksbefragung“, S. 237.

NS-Regime diesen Wahlkampf „haushoch gewinnen“ würde (TG, 19.3. 1938), zumal sich auch österreichische Sozialdemokraten wie Karl Renner und zahlreiche Bischöfe, nicht zuletzt in der Hoffnung, inhaftierte Genossen bzw. Geistliche aus der Schutzhaft befreien zu können, für die positive Beantwortung der Abstimmungsfrage aussprachen.³²³ Hitler schätzte „das gesamtösterreichische Ergebnis auf etwa 80%“, Goebbels auf „ein wenig mehr“ (TG, 10.4.1938). Von der fast 100%igen Zustimmung, die der „Anschluß“ Österreichs im Altreich und in Österreich fand, waren beide, wie Goebbels überliefert, aber dann doch überrascht. Der Propagandaminister nannte dieses Ergebnis in seinem Tagebuch zweimal ein „Wunder“ (TG, 11.4., 12.4.1938) und berichtet, daß Hitler „ergriffen“, „glücklich“ und „strahlend“ (TG, 12.4.1938) gewesen sei. Eine „allgemeine Fälschung der Wahlergebnisse von oben“ konnte bislang von der Forschung nicht nachgewiesen werden, obgleich es sicherlich lokale Manipulationen gab.³²⁴ Goebbels selbst berichtet in einem Fall davon: „München hat etwas gemogelt. Und zwar hat Wagner das sehr dumm gemacht“ (TG, 26.4.1938). Die Motivation für Manipulationen bestand in der Konkurrenz der Gaue, Metropolen und Regionen um die besten Prozentzahlen, da sich Hitler die Auswertung der Wahlergebnisse vorlegen ließ (TG, 12.4., 26.4.1938) und herausragende Ergebnisse durch eine „Ehrenurkunde“ gewürdigt wurden.³²⁵ Ob nun das von Goebbels überlieferte Ergebnis, 99,08% Zustimmung im Altreich und 99,75% in Österreich (TG, 12.4.1938),³²⁶ bis auf den Zehntelprozentpunkt genau stimmte oder nicht, die überwiegende Mehrheit der Menschen im neugeschaffenen Großdeutschen Reich begrüßte den „Anschluß“, den sie so lange herbeigesehnt hatte. Allerdings waren zahlreiche Menschen vor der Wahl verhaftet worden, Juden ohnehin aufgrund des Reichsbürgergesetzes von 1935 von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen,³²⁷ und nicht wenige Wähler eingeschüchtert und genötigt worden.³²⁸

³²³ Gottschling, „Heim ins Reich!“, S.200f.; Botz, Nationalsozialismus in Wien, S.157–170, 184–190. Über die Erklärung der österreichischen Bischofskonferenz vom 18.3.1938 vermerkte Goebbels im Tagebuch: „Ganz positiv und fast unglaublich. Die müssen Angst haben. Wir werden sie ganz groß im Wahlkampf gebrauchen können“; TG, 25.3.1938. Diese Stellungnahme wurde Gegenstand eines Wahlplakates, wie auch Goebbels überliefert: „Lange mit dem Führer gearbeitet. Er entwirft das Bischofsplakat selbst. Das wird nun sehr wirksam“; TG, 26.3.1938. Andererseits hielt Goebbels mehrmals Protesterklärungen des Klerus im Tagebuch fest, so daß er abschließend feststellte: „Der Klerus“ sei „in seiner Stellungnahme ganz uneinheitlich“; TG, 8.4.1938. Siehe hierzu folgende Tagebucheinträge von Goebbels: TG, 16.–19.3.1938, 25.3.1938, 26.3.1938, 28.3.1938, 29.3.1938, 2.–8.4.1938.

³²⁴ Botz, „Volksbefragung“, S.239.

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Offizielles amtliches Endergebnis: im Altreich 98,9%, in Österreich 99,60% „Ja“-Stimmen; ebenda, S.238.

³²⁷ Reichsbürgergesetz, 15.9.1935, RGBl. 1935, Teil I, S.1146.

³²⁸ Botz, „Volksbefragung“, S.226–237, 239.

9. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte des „Anschlusses“ Österreichs

Die Strategievielfalt gegenüber Österreich

Wie die Goebbels-Tagebücher belegen, radikalisierte Hitler seine Österreich-Politik ab März 1937 deutlich. Damals drohte Hitler Österreich im Falle einer „Restauration“ der Habsburger-Monarchie mit einem „gewaltsamen Eingriff“ (TG, 9.3.1937). Im Spätsommer desselben Jahres zog Hitler die gewaltsame Lösung, wie aus einer Notiz Goebbels' hervorgeht, auch ohne irgendeinen Anlaß in Betracht: „Österreich, so sagt er, wird einmal mit Gewalt gelöst“ (TG, 14.9.1937).³²⁹ In Berchtesgaden suggerierte Hitler Schuschnigg am 12. Februar 1938, daß er schon den „Entschluß“ zum Einmarsch in Österreich gefaßt habe, der Zernatto zufolge am 26. Februar 1938 umgesetzt werden sollte.³³⁰ Es war Hitler aber bewußt, daß durch das Einlenken des österreichischen Kanzlers ein Einmarsch zum damaligen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. So kam ihm die Volksbefragung Schuschniggs über die österreichische Unabhängigkeit sehr gelegen, weil sie ihm einen Anlaß bot, den Weg der Evolution endgültig zu verlassen und eine sofortige Lösung der „österreichischen Frage“ zu erreichen. Goebbels überliefert, daß Hitler bereits am 9. März, als dem NS-Regime die Volksbefragung bekannt wurde, eine militärische Lösung in Erwägung zog (TG, 10.3.1938).

Es ist also keineswegs richtig, wie mitunter behauptet wird,³³¹ daß Hitler bis zum 9. März 1938 nur auf die Strategie der Evolution gesetzt habe. Vielmehr belegen die Goebbels-Tagebücher, daß Hitler mehrere Strategien gleichzeitig verfolgte.³³² Nach dem gescheiterten Putsch vom Juli 1934 ging Hitler offiziell den evolutionären Weg, weil der revolutionäre gescheitert war, der gewaltsame Weg noch nicht riskiert werden konnte und ein parlamentarischer oder demokratischer Weg aufgrund völkerrechtlicher Verträge und nicht zuletzt wegen des autoritären Systems in Österreich nicht möglich war. Daher wollte Hitler, wie Goebbels überliefert, zunächst „in Österreich [...] die Spannungen konservieren“, weil er sich „allein von der Unruhe“ Gewinn versprach (TG, 7.5.1936). Schon Ende des Jahres 1936 hatte Hitler angeordnet, „eine neue getarnte Propaganda“ für Österreich zu entwickeln (TG, 15.11.1936), womit er das Juli-Abkommen von 1936 brach. Diese Einmischung in österreichische Verhältnisse, die eindeutig als Unruhestiftung zu werten ist, wurde in der ersten Jahreshälfte 1937 begonnen. Wenig später freun-

³²⁹ Michels, *Ideologie*, S.373, führt diese geänderte Vorstellung bei Hitler auf das Sängerbundfest in Breslau Ende Juli/Anfang August 1937 zurück, wo viele Österreicher zugegen waren, und Hitler aufgrund der Begeisterung der Österreicher „erschüttert“ gewesen sei; TG, 2.8.1937.

³³⁰ Schuschnigg, *Requiem*, S.49, nennt im Gegensatz zu Zernatto, *Wahrheit*, S.212, 219, o.D.

³³¹ Eichstädt, *Dollfuss*, S.311; Rosar, *Deutsche Gemeinschaft*, S.231, 240, 260f.; Haas, *Anschluß*, S.2f.

³³² So auch Kube, *Pour le mérite*, S.215. Die Strategievielfalt des NS-Regimes gegenüber Österreich hatte schon Zernatto, *Wahrheit*, S.253f., erkannt: „Ich bin der Überzeugung, daß es einen einheitlichen Plan für die Eroberung Österreichs nicht gegeben hat. Es gab viele Pläne, die [...] im März 1938 nebeneinander zur Ausführung kamen.“

dete sich Hitler mit dem Gedanken an, in Österreich eventuell gewaltsam einzugreifen. Nach dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 verfolgte Hitler offiziell noch immer die Linie der Evolution. Dies begründete er gegenüber der österreichischen Landesleitung der NSDAP damit, daß das „von Schuschnigg unterzeichnete Protokoll [...] so weitgehend“ sei, „daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde“.³³³ Dennoch wurde, wie die Goebbels-Tagebücher erkennen lassen, neben der verkündeten Evolutions-Strategie auch die revolutionäre Linie weiterverfolgt. Hitler gab offensichtlich auch Weisungen, Unruhe zu stiften, worauf einige Bemerkungen von Goebbels hindeuten: So kommentierte Goebbels die Verpflichtung des NS-Regimes vom 12. Februar zur Nichteinmischung mit den Worten: „Na, die werden ja sehen!“ (TG, 19. 2. 1938). Hitler äußerte in dieser Zeit, daß ihm nun „jedes Mittel recht“ sei (TG, 17. 2. 1938). Die Demonstrationen und Aufstandsversuche der Parteigenossen in Österreich bezeichnete Goebbels als „programmgemäß“ (TG, 22. 2. 1938), was auf ein derartiges Programm schließen läßt.³³⁴ Die Absetzung des bisherigen Leiters der illegalen NSDAP in Österreich, Josef Leopold, und seiner Mitarbeiter in der zweiten Februarhälfte 1938 durch Hitler bedeutete keine Änderung der Taktik, auch wenn Hitler die Abberufung mit der angeblich nunmehr gültigen Evolutionsstrategie begründete.³³⁵ Die Ursachen dieser Abberufungen liegen, wie gezeigt wurde, in diesbezüglichen Forderungen Seyß-Inquarts, der österreichischen Regierung und mit Leopold rivalisierender SS-Stellen, in schweren Fehlern dieser Parteigenossen, die das NS-Regime und Hitler persönlich kompromittierten, und nicht zuletzt in der mangelnden Ergebnisheit und in geringem Gehorsam gegenüber Hitler. Ein weiteres wichtiges Indiz für die Beibehaltung der revolutionären Strategie nach dem Berchtesgadener Abkommen bietet der Umgang mit dem steirischen SA-Brigade-Führer Sigfried Uiberreither, der im Februar und März 1938 zusammen mit dem Volkspolitischen Referenten der V.F., Armin Dadieu, maßgeblich für die Demonstrationen und Aufstandsversuche in der Steiermark verantwortlich war und von Hitler nicht abberufen wurde. Im Gegenteil, Uiberreither wurde wenige Wochen nach dem „Anschluß“ Österreichs im Alter von 30 Jahren zum Gauleiter und Landeshauptmann der Steiermark ernannt, Dadieu wurde Landesstatthalter und Gauhauptmann.³³⁶ Die Stadt Graz erhielt von Hitler den „Ehrentitel“ „Stadt der Volkserhebung“.³³⁷ Ohne Zweifel war Hitler also mit den Aktionen Uiberreithers und Dadieus einverstanden, da sie erheblich zur Ankündigung der Volksbefragung Schuschniggs beitrugen, die nichts anderes war als eine Verzweiflungstat.³³⁸

³³³ Aktenvermerk Keplers, 28. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.

³³⁴ Vgl. auch Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 16.

³³⁵ Aktennotiz Keplers über Gespräch Hitlers mit Leopold am 21. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 318; Aktenvermerk Keplers, 28. 2. 1938, über Besprechung mit Hitler am 26. 2. 1938, in: ADAP, D 1, Dok. 328.

³³⁶ Vgl. IMG 9, S. 748; Karner, Steiermark, S. 43, 45, 97; Kurzbiographien zu Uiberreither und Dadieu bei Karner, Steiermark, S. 482f., Anm. 64.

³³⁷ Dieser Titel wurde am 25. 7. 1938 verliehen; vgl. Karner, Steiermark, S. 22.

³³⁸ Schuschnigg nannte in seinen Memoiren, Requiem, S. 61, ausdrücklich die „Anzeichen passiver Resistenz in Grazer Ämtern und Schulen“ und die von Tag zu Tag sich erhöhenden Forderungen der Nationalsozialisten, vor allem in der Steiermark, als Anlaß zu seinem Entschluß, die Volksbefragung anzusetzen.

Diese Volksbefragung lieferte Hitler schließlich den Anlaß,³³⁹ nun doch die evolutionäre Strategie endgültig zu verlassen und militärisch einzugreifen, was er unmittelbar nach dem Februar-Abkommen nicht in Erwägung gezogen hatte.

Die Rolle von Göring und Goebbels

Bisher wurde zumeist Göring die Hauptrolle beim dramatischen Vorspiel des „Anschlusses“ Österreichs zugeschrieben. Die Ursache hierfür liegt vor allem in den Aussagen Görings, der die ganze Verantwortung für die Aktion auf sich nahm, vor dem Nürnberger Militärgerichtshof. Ob dies dem erhofften Nachruhm zu verdanken ist oder vielmehr der Sorge, man könnte ihm weitaus schwerwiegendere Taten nachweisen, läßt sich nicht entscheiden. Zweifellos hatte Göring sich durch seine Reisen nach Rom und Osteuropa und seine Gespräche mit Diplomaten bemüht, ein Klima der Akzeptanz für einen stärkeren deutschen Einfluß auf Österreich oder sogar für einen „Anschluß“ zu schaffen.³⁴⁰ Sicherlich hatte Göring auch Versuche unternommen, Österreich außenpolitisch zu isolieren,³⁴¹ wobei die Politik der österreichischen Regierung wahrscheinlich eine noch stärkere Isolierung herbeiführte, als sie ein reichsdeutscher Politiker je vermocht hätte.³⁴² Am Zustandekommen des Berchtesgadener Abkommens im Februar 1938 aber war Göring beispielsweise „nicht beteiligt“.³⁴³ Auch erfand Göring nicht im Januar 1938 die „Penetrationspolitik“, wie zuweilen angenommen wird,³⁴⁴ denn Hitler selbst verfolgte seit Juli 1934 diese Marschroute.

Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg hatte Göring 1946 erklärt, er müsse die Verantwortung für den „Anschluß“ Österreichs „hundertprozentig“ auf sich nehmen und habe „sogar über Bedenken des Führers hinwegschreitend die Dinge zur Entwicklung gebracht“, insbesondere habe er, „ohne [s]ich mit dem Führer eigentlich noch darüber auszusprechen, spontan den sofortigen Rücktritt des Kanzlers Schuschnigg“ verlangt.³⁴⁵ Diese Behauptung Görings, die in der Forschung noch 55 Jahre nach Kriegsende kritiklos übernommen wurde,³⁴⁶ wird durch die Goebbels-Tagebücher keineswegs bestätigt, da Goebbels kein Zögern Hitlers erwähnte, wie er es in anderen Fällen durchaus tat.³⁴⁷ Im Gegenteil berichtete Goebbels, daß Hitler schon in der Nacht vom 9. zum 10. März

³³⁹ So auch Kube, *Pour le mérite*, S. 243.

³⁴⁰ Ebenda, S. 219–243; Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 113f.

³⁴¹ Martens, *Göring*, S. 122; Kube, *Pour le mérite*, S. 232.

³⁴² Moll, *Griff*, S. 163f.

³⁴³ Kube, *Pour le mérite*, S. 242.

³⁴⁴ Ebenda, S. 244.

³⁴⁵ Göring sagte vor dem IMG aus, er habe den ersten wie auch alle folgenden Schritte in Richtung „Anschluß“ ausschließlich in Eigeninitiative unternommen; vgl. Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 333.

³⁴⁶ Die Aussage Görings vom 14. 3. 1946 (in: IMG 9, S. 333) bestimmte die Forschung über Jahrzehnte, zuletzt etwa bei Karl Heinz Roth, *Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs*, S. 20; Schmidt, *Außenpolitik des Dritten Reiches*, S. 248.

³⁴⁷ Beispielsweise hatte Goebbels das Zögern Hitlers bei der Entscheidung seiner Reichspräsidentenskandidatur (TG, 22. 2. 1932) oder bei der Blomberg-Fritsch-Krise (TG, 2. 2. 1938, 3. 2. 1938) beklagt.

an militärische Maßnahmen dachte und deren Risiko abwog (TG, 10.3.1938). Zudem erwähnte Goebbels mit keinem Wort, daß Göring die treibende Kraft gewesen sei, sondern, daß die Anwesenden in der Reichskanzlei, alles gemeinschaftlich bewerkstelligt hätten („Wir“³⁴⁸ diktieren Seyß-Inquart (!) ein Telegramm durch“, TG, 12.3.1938). Die Goebbels-Tagebücher legen also den Schluß nahe, daß die Rolle Görings beim „Anschluß“ Österreichs weit unbedeutender war, als er sie nach dem Krieg darzustellen bemüht war. Eine Überprüfung anderer relevanter Quellen liefert, zusammen mit der Tagebuchquelle, den endgültigen Nachweis hierfür. Aus den Telefonprotokollen der Gespräche zwischen Berlin und Wien am 11. März 1938 geht hervor, daß Göring den Rücktritt Schuschniggs zunächst nicht forderte, statt dessen zum weiteren Vorgehen gegenüber Seyß-Inquart erklärte, „offiziell [...] keine Stellung nehmen“ zu können, da er „dazu allein nicht berechtigt wäre“.³⁴⁹ Anschließend fand eine Besprechung zwischen Göring und Hitler statt. Erst im nächsten Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, nach Rücksprache mit seinem „Führer“, verlangte der Generalfeldmarschall den Rücktritt Schuschniggs.³⁵⁰ Wenige Tage nach der erwähnten Aussage Görings vor dem Internationalen Militärgerichtshof räumte Göring in Nürnberg sogar ein, daß nicht er persönlich die Kanzlerschaft Seyß-Inquarts gefordert habe, daß dies also nicht seine Entscheidung war.³⁵¹ Es ist daher nicht anzunehmen, daß Göring auch nur eine wichtige Entscheidung, die jeweils seinen Telefongesprächen am 11. März 1938 mit Wien folgte, eigenverantwortlich oder sogar gegen Hitlers Willen traf, da er sich offensichtlich über die Grenzen seiner Machtbefugnis im klaren war. Ebenso wenig kann die These aufrechterhalten werden, Hitler habe bis zum 13. März die Wiedervereinigung mit Österreich zunächst gar nicht angestrebt, sondern Göring habe sie ihm nahegelegt.³⁵² Denn Hitler plante schon am 10. März seine Reise nach Österreich und auch einen Zusammenschluß der beiden Staaten, wenn auch noch in Form einer Personalunion, indem Hitler österreichischer Bundespräsident geworden wäre, wie Goebbels überliefert (TG, 11.3.1938, 12.3.1938). Selbst das Telegramm, das Seyß-Inquart an die deutsche Regierung senden sollte, stammte nicht von Göring,³⁵³ sondern ging, wie dieser selbst aussagte und auch Goebbels festhielt, auf Hitler zurück, der Göring „veranlaßte“, das Telegramm anzufordern.³⁵⁴ Zu keinem Zeitpunkt setzte sich Göring also über Hitler hinweg. Auch hatte Göring, genau wie Goebbels, auf den Vollzug des „Anschlusses“ am 13. März keinen Einfluß. Er wurde, wie in der Forschung bereits herausgestellt wurde, vom Wiedervereinigungsgesetz geradezu „überrascht“.³⁵⁵ Die Goebbels-Tagebücher

³⁴⁸ Hervorhebung durch die Verfasserin.

³⁴⁹ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 14.45 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355.

³⁵⁰ Telefonat Görings mit Seyß-Inquart, 11.3.1938, 15.05 Uhr, in: IMG 31, Dok. 2949-PS, S. 355f.

³⁵¹ Aussage Görings, 18.3.1946, in: IMG 9, S. 504.

³⁵² Kube, Pour le mérite, S. 244. Ähnlich Haas, Anschluß, S. 18, der allerdings auf Göring nicht eingeht.

³⁵³ Ähnlich Kube, Pour le mérite, S. 245.

³⁵⁴ „Der Führer [...] veranlaßte mich schließlich, doch Seyß zu veranlassen, ein solches Telegramm zu schicken.“ Aussage Görings, 14.3.1946, in: IMG 9, S. 335f.

³⁵⁵ Kube, Pour le mérite, S. 248.

werden also durch neuere Forschungen bestätigt, die die These, Göring habe „Hitler gewissermaßen zu seinem Glück drängen“ müssen oder er habe „einen gewaltsamen Anschluß gar gegen dessen Willen durchgesetzt“, als „mehr als zweifelhaft“ einstufen.³⁵⁶ Die Beteiligung Görings am „Anschluß“ Österreichs beschränkte sich in den Märztagen im wesentlichen auf beratende und für Hitler agierende Tätigkeiten wie die telefonische Übermittlung der Ultimaten.

Die Rolle von Goebbels bei der Annexion Österreichs wurde in der Forschung aufgrund des Quellenmangels bisher nicht eingehend untersucht. Helmut Michels schrieb in seiner 1992 erschienenen Dissertation über Goebbels' Rolle in der NS-Außenpolitik in bezug auf den „Anschluß“ Österreichs: „Des Propagandaministers Beitrag beschränkte sich auf die Kommentierung der Ereignisse und das Verlesen einer Proklamation des Reichskanzlers im Rundfunk und vor der in- und ausländischen Presse am 12. März 1938“.³⁵⁷ Michels standen für die entscheidende Phase im März 1938 die Tagebucheinträge von Goebbels nicht zur Verfügung, da sie in den Fragmente-Bänden³⁵⁸ nicht enthalten waren. In Kenntnis des gesamten Tagebuchs kann diese Einschätzung nicht aufrechterhalten werden. Im Jahre 2003 kam Georg Christoph Berger Waldenegg aufgrund der neu zugänglich gewordenen Tagebuch-Einträge vom Februar und März 1938 zu einem ganz anderen Resultat: „Analysiert man etwa die Tagebuchnotizen von Goebbels, so erhält man den Eindruck, daß er nicht unmaßgeblich an der damaligen Entscheidungsfindung beteiligt war“.³⁵⁹ Wenn auch eine eingehende und ausführliche Analyse der Goebbels-Tagebücher in seinem Aufsatz ausbleibt, trifft seine Einschätzung, wie gezeigt wurde, zu.

Goebbels war zwischen dem 9. und 11. März ständiger Berater Hitlers. In der Nacht zum 10. März besprach sich Hitler sogar bis 5 Uhr morgens allein mit Goebbels (TG, 10.3.1938). Wenn auch in dieser Nacht noch keine endgültigen Entscheidungen fielen, so belegen die Tagebücher von Goebbels doch, daß Hitler von Anfang an verschiedene Handlungsoptionen mit Goebbels besprach. Die allerersten Maßnahmen, die Hitler ins Auge faßte, waren propagandistischer Art, lagen also im Bereich von Goebbels' Ressort, weswegen dieser von Beginn an informiert und zu den Beratungen mit hinzugezogen wurde. Sofort nach der Rede Schuschniggs, in der er die Volksbefragung ankündigte, berieten Hitler und Goebbels gemeinsam den Einsatz von Flugblättern in Österreich, was Goebbels im Tagebuch vermerkte. „Wir überlegen: entweder Wahlenthaltung oder 1000 Flugzeuge mit Flugblättern über Österreich und dann aktiv eingreifen“ (TG, 10.3.1938). Auch später in der Nacht zum 10. März, als Hitler schon ein militärisches Vorgehen vorschwebte und er über Einzelheiten nachdachte, war Goebbels mit einbezogen („Wir entwickeln schon Pläne im Einzelnen für die Aktion“, TG, 10.3.1938).³⁶⁰ Gemeinsam wogen sie das Risiko einer Annexion ab (TG, 10.3.1938). Von Anfang

³⁵⁶ Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 154.

³⁵⁷ Michels, Ideologie, S. 380.

³⁵⁸ Fröhlich, Tagebücher. Sämtliche Fragmente.

³⁵⁹ Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini, S. 181.

³⁶⁰ Oberst Jodl dagegen erfuhr erst am Vormittag des 10.3. vom deutschen Einmarsch; vgl. Aussage Jodls vor dem IMG, in: IMG 15, S. 389.

an hielten beide einen sofortigen „Anschluß“ für machbar, denn nur aufgrund einer folgenlosen Flugblatt-Aktion wäre der folgende Satz Goebbels' nicht erklärbar: „Und unterdeß [!] bahnt sich vielleicht Geschichte an“ (TG, 10.3.1938).

Auch am nächsten Morgen war Goebbels in der Reichskanzlei zur Beratung und bei den Gesprächen Hitlers mit Wirtschaftsminister Funk und dem Anführer der paramilitärischen österreichischen Legion, Hermann Reschny, dabei. Gemeinsam zeichneten sie diese Verbände „auf Karten ein und entw[a]rfen Transportpläne“ (TG, 11.3.1938), da es keine umfassenden Aufmarschpläne der Wehrmacht gab.³⁶¹ Anschließend beredete Goebbels wieder „ausführlich“ und „allein“ mit Hitler die Lage (TG, 11.3.1938). Diese Besprechung war von außerordentlicher Bedeutung, da in ihr die Entscheidung zum Ultimatum fiel, das Seyß-Inquart und Glaise von Horstenau Schuschnigg am nächsten Tag überbrachten. Zunächst hatten Hitler und Goebbels noch überlegt, ihren Anhängern in Österreich zu empfehlen, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen und mit „Ja“ zu stimmen (TG, 11.3.1938). Doch noch im selben Gespräch entschieden sie sich für die ultimative Forderung nach einem geänderten Statut der Abstimmung, die bei Ablehnung den Rücktritt der Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau zur Folge haben würde. Dann sollten „6–800 deutsche Flugzeuge über Österreich“ Flugblätter verteilen und die Bevölkerung zum „Widerstand“ auffordern (TG, 11.3.1938). Daraufhin sollten am 13. März – tatsächlich fand der Einmarsch bereits am 12. März statt – die Wehrmacht und die österreichische Legion über die Grenze marschieren, selbst auf die Gefahr hin, daß das österreichische Heer schießen würde. Über all diese Maßnahmen sprach Hitler mit Goebbels vor allen anderen, vor den Militärs, die Hitler morgens vor dem Eintreffen von Goebbels mit der Ausarbeitung von Aufmarschplänen betraut hatte, und vor Göring, der erst gegen Mittag aus dem gerade laufenden Fritsch-Prozeß geholt wurde.³⁶² Es läßt sich nicht mehr nachweisen, welchen Anteil Goebbels an diesen zahlreichen Entscheidungen hatte, und ob das Ultimatum möglicherweise auf eine Idee von ihm zurückgeht. Auffälligerweise leitete Goebbels die Notiz über das Ultimatum nicht, wie so häufig, mit der Formulierung ein, daß dies die Auffassung oder der Ent-

³⁶¹ Müller, Beck, Biographie, S. 302.

³⁶² Zwischen 9.00 und 10.00 Uhr empfing Hitler Keppler (Eichstädt, Dollfuss, S. 364f.), über dessen Bericht Goebbels schon Bescheid wußte, und gegen 10.00 Uhr Keitel und Jodl, die Hitler mitteilten, daß es keine aktuellen Aufmarschpläne der Wehrmacht für Österreich gäbe. Daraufhin schickte Hitler sie wieder weg und befahl die Ausarbeitung eines solchen. Vgl. Diensttagebuch Jodls, Eintrag vom 10. 3. 1938, in: IMG 28, Dok. 1780-PS, S. 371; Aussage Jodls vor IMG, 4. 6. 1946, in: IMG 15, S. 388, 390; Aussage Keitels vor IMG, 3. 4. 1946, in: IMG 10, S. 565–567; Eichstädt, Dollfuss, S. 365; Wagner/Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, S. 86f. Zu diesem Zeitpunkt traf Goebbels in der Reichskanzlei ein, wo sie gemeinsam mit Reschny angesichts des Fehlens eines Aufmarschplans der Wehrmacht die militärische Beteiligung der österreichischen Legion planten; siehe hierzu auch Müller, Beck, Biographie, S. 302, 654f., Anm. 244–246. Weder Keitel noch Jodl erwähnten in Aussagen oder Notizen über das Gespräch am Morgen das Ultimatum; Jodl erwähnte es erst unter dem Vermerk „13.00 Uhr“. Göring war zu dieser Zeit in der Gerichtsverhandlung des Fritsch-Prozesses. Vgl. auch TG, 11.3.1938; Deutsch, Das Komplott, S. 290; Janßen/Tobias, Der Sturz, S. 175; Kielmansegg, Fritsch-Prozess, S. 89.

schluß Hitlers sei. Somit kann davon ausgegangen werden, daß beide, Hitler *und* Goebbels, das erste Ultimatum bezüglich Schuschniggs Rücktritt und der österreichischen Souveränität gemeinsam erdachten. Als Goebbels Hitler wieder verließ, hatte sich dieser zwar noch nicht endgültig zum Einmarsch, aber wohl zur Durchführung des Ultimatums entschieden.

Während Hitler am Nachmittag des 10. März Besprechungen mit den Militärs hatte, in denen die „Marschpläne“ ausgearbeitet wurden (TG, 11.3.1938), organisierte Goebbels die propagandistischen Maßnahmen, wie er im Tagebuch ausführlich festhielt. Er ließ „Papier und Druckereien“ für die Flugblätter sicherstellen und gab Anweisungen an die Presse, über Österreich zu schweigen. Um Mitternacht, als Goebbels wieder zu Hitler gerufen wurde, waren „die Würfel [...] gefallen“, wie Goebbels schrieb, das heißt, Hitler hatte die Entscheidung zum sofortigen Einmarsch in Österreich am 12. März getroffen – ohne zu wissen, wie Schuschnigg auf das Ultimatum reagieren würde. Goebbels besprach mit Hitler „die ganze propagandistische Aktion“, Flugblätter, Plakate, Rundfunk, mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Erhard Milch, plante er die „Flugzeugaktion“;³⁶³ mit Oberst Erich Fellgiebel die „Störung der österreichischen Sender, wenn Schuschnigg sprechen sollte“ (TG, 11.3.1938), und mit Reinhard Heydrich die „polizeiliche Sicherung der Druckereien“, die folgendes bezweckte: „Kein Arbeiter darf mehr heraus, bis die Aktion läuft“ (TG, 11.3.1938).

Am 11. März 1938 diktierte Goebbels, wie er im Tagebuch schrieb, ab 8 Uhr morgens „zusammen“ mit Hitler „Flugblätter“ (TG, 12.3.1938), was bedeutet, daß Goebbels entscheidenden Einfluß auf ihren Inhalt und ihre Sprache hatte und somit auch auf das Gelingen der Aktion. Ihm zufolge wurden „130 Millionen Flugblätter“ gedruckt,³⁶⁴ deren Verteilung auf die verschiedenen Abwurfgebiete Goebbels anschließend mit einem Vertreter der Luftwaffe besprach. Goebbels war noch einmal mit der „Störaktion gegen österreichische Sender“ befaßt, diktierte weitere Flugblätter und einen Aufsatz gegen Schuschnigg (TG, 12.3.1938). Am Nachmittag legte Goebbels in der Reichskanzlei die Flugblätter und den Aufsatz gegen den österreichischen Kanzler Hitler vor, der beides billigte, bevor die entscheidende Phase begann. Diesen Nachmittag und Abend, als Göring per Telefon ein Ultimatum nach dem anderen nach Wien durchgab, verbrachte Goebbels in der Reichskanzlei, er war also am erzwungenen Machtwechsel mit beteiligt. Auch hier erwähnte Goebbels nicht direkt, auf wen die Ultimaten zurückgingen. Doch bezeichnete Goebbels die Forderungen, mit denen Schuschnigg konfrontiert wurde, als „unsere Bedingungen“ und „unsere Forderungen“ (TG, 12.3.1938), so daß die Ultimaten als eine gemeinsame Tat der engsten NS-Clique betrachtet werden können. Die Möglichkeit, daß Goebbels mit dem Possessivpronomen „unsere“ lediglich zum Ausdruck brachte, daß das NS-Regime Forderungen stellte, ist nicht völlig auszuschließen, aber angesichts der starken Beteiligung von Goebbels zuvor

³⁶³ Die Annahme Eichstädts, Dollfuss, S.370, zum Zeitpunkt der Planung der Flugzeug-Aktion habe man „noch nicht mit einer gewaltsamen Aktion“ gerechnet, ist damit widerlegt.

³⁶⁴ Schmidl, März 38, S.169, zufolge waren es unter Berücksichtigung der verschiedenen, wieder verworfenen Versionen insgesamt möglicherweise 300 Millionen Flugblätter.

und seiner Anwesenheit in der Reichskanzlei nicht sehr wahrscheinlich. Ähnlich verhält es sich mit zwei weiteren Maßnahmen; auch hierbei dürfte Goebbels durch seine Formulierungen seine Miturheberschaft zum Ausdruck gebracht haben und nicht nur gemeint haben, daß es sich um Handlungen des NS-Regimes handelte: bei dem Diktat des Telegramms, das Seyß-Inquart zur Legitimation des Einmarsches senden sollte („Wir diktieren“, TG, 12.3.1938), und bei der Aufforderung an Seyß-Inquart, sich selbst zum österreichischen Regierungschef zu proklamieren („Aber dann machen wir Seyß-Inquart [!] stark“, TG, 12.3.1938). Wahrscheinlich wurden alle diese Maßnahmen gemeinsam überlegt und im Beisein der anderen von Hitler entschieden und angeordnet.

Goebbels besprach auch mit Hitler die Möglichkeiten, den „Anschluß“ zu vollziehen und war gleichfalls der Auffassung, daß Hitler „Bundespräsident werden“ müsse, um dies zu erreichen (TG, 12.3.1938). Goebbels war also nicht nur in alles eingeweiht, sondern er beriet Hitler in diesen Stunden. Infolge der sich ständig verändernden Situation in Österreich mußte er einige Male neue Texte für die Flugblätter aufsetzen, bestimmte also bis zuletzt wesentlich die den Einmarsch begleitende Propaganda und trug somit zur begeisterten Aufnahme der Wehrmacht in Österreich bei. Die Bedeutung Goebbels' für den „Anschluß“ Österreichs war aufgrund seiner Propagandaarbeit, seiner Beratungstätigkeit für Hitler und seiner anzunehmenden Mitwirkung bei den Ultimaten und Entscheidungen, zumindest aber bei der Entscheidung über das erste Ultimatum immens.

Der „Anschluß“ als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg?

Die Annexion Österreichs war der erste Griff Deutschlands nach Land, Bevölkerung und Ressourcen außerhalb der Reichsgrenzen. Sie verlief unblutig, weil die Regierungen der anderen Staaten eine militärische Reaktion scheuten und auch der österreichische Bundeskanzler „sinnloses Blutvergießen“ ablehnte und die österreichischen Truppen zur Passivität aufforderte.³⁶⁵ Dennoch wurde der unter Androhung einer militärischen Besetzung erzwungene „Anschluß“ als erster Schritt zum Zweiten Weltkrieg bezeichnet, da er eine „Ausweitung der deutschen Machtposition in ökonomischer, geostrategischer und militärischer Hinsicht“ darstellte, der die Chancen eines erfolgreichen deutschen Angriffskrieges vergrößerte. Hitler und das NS-Regime „erprobten und [...] perfektionierten“ hier in der Praxis „erstmal ihr Repertoire expansionistischer Politik gegenüber einem anderen Staat“;³⁶⁶ Österreich war der „Testfall“ für die weitere Expansionspolitik.³⁶⁷ Eine solche Interpretation birgt jedoch einige Gefahren in sich, beispielsweise die, daß die innerösterreichischen und die europäischen Faktoren ausgeblendet werden, die Zielgerichtetheit des NS-Regimes bei der Lösung der „Öster-

³⁶⁵ Schuschnigg, Requiem, S. 76; ähnlich Zeugenaussage Miklas', in: IMG 32, Dok. 3697-PS, S. 442f., 449f.

³⁶⁶ Moll, Griff, S. 157; vgl. auch Michalka, Ribbentrop, S. 223.

³⁶⁷ Recker, Außenpolitik, S. 21; ähnlich Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 194.

reich-Frage“ überschätzt oder daß der Zweite Weltkrieg als beinahe zwangsläufige Folgeerscheinung des „Anschlusses“ erscheinen könnte.³⁶⁸

Um zu überprüfen, ob auch die Nationalsozialisten den „Anschluß“ Österreichs möglicherweise als ersten Schritt zum Krieg betrachteten, sind die Motive des NS-Regimes zu klären, die hinter dem Ziel einer Vereinigung mit Österreich standen. Für diese Frage stellen die Tagebücher von Goebbels eine wichtige Quelle dar. Goebbels selbst wollte genau wie Hitler den „Anschluß“ aus Gründen der Volksgemeinschaft. Anlässlich der Verlobung seiner Schwester besprach Goebbels mit Hitler die Österreich-Frage und notierte darüber im Tagebuch: „Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen“ (TG, 3.8.1937). Zumindest für Goebbels waren die Erlangung einer besseren strategischen Ausgangsposition³⁶⁹ und ökonomische Vorteile³⁷⁰ durch die Einverleibung Österreichs anscheinend nicht von großer Bedeutung. Diese Faktoren erwähnte er nie im Zusammenhang mit der österreichischen Frage. Ein wesentlicher Grund für ein deutsches Engagement für die Aufhebung der österreichischen Eigenstaatlichkeit bestand für Goebbels auch in den angeblichen „Qualen“ (TG, 4.11.1936), der „verzweifelte[n] Lage“ (TG, 20.1.1937) und dem „Elend“ (TG, 7.10.1937) der Parteigenossen in Österreich sowie der Österreicher allgemein, die seines Erachtens unter der autoritären Regierung Schuschniggs zu leiden hatten und befreit werden mußten. Goebbels erwähnte immer wieder die anzustrebende „Erlösung“ (TG, 7.10.1937, 19.10.1937) vom Schuschnigg-Regime und die „Freiheit“ (TG, 12.3.1938), die die Nationalsozialisten den Österreichern brächten. Er war der Auffassung, daß das Regime in Österreich beseitigt werden mußte, damit die Menschen dort am nationalsozialistischen Fortschritt teilhaben konnten.

Interessanterweise belegen die Goebbels-Tagebücher zwar eindeutig, daß Hitler spätestens seit 1936 einen großen militärischen Konflikt erwartete, der sich dann zur Gewinnung von Gebieten nutzen oder hierfür herbeiführen ließe³⁷¹, aber im Kontext derartiger Passagen findet sich nie die Erwähnung Österreichs. „Österreich und Tschechoslowakei [...] müssen wir haben zur Abrundung unseres Gebietes“ (TG, 15.3.1937), überliefert Goebbels einen Gedanken Hitlers. Diese Formulierung verwundert, denn Österreich und die Tschechoslowakei hätten das deutsche Territorium nicht abrunden können, wenn anschließend die Eroberung polnischer oder russischer Gebiete in Angriff genommen werden sollte. Mit Ab-

³⁶⁸ Moll, Griff, S. 159–161, 163, 186f.

³⁶⁹ Österreich als strategische Ausgangsbasis für einen Überfall auf die Tschechoslowakei betonten unter anderen Graml, Europas Weg, S. 101, 193f., und Müller, Beck, Biographie, S. 301.

³⁷⁰ Diese nahmen vor allem Schausberger, Griff, S. 491f., 580, und Roth, Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs, S. 14–28, als Hauptmotiv an.

³⁷¹ „Beim Führer. [...] Außenpolitik. Führer sieht Konflikt im fernen Osten kommen. Und Japan wird Rußland verdreschen. Und dieser Koloß wird ins Wanken kommen. Und dann ist unsere große Stunde da. Dann müssen wir uns für 100 Jahre an Land eindexen“; TG, 9.6.1936. „Der Führer gibt zuerst einen Überblick über die Situation. [...] Erwartet in einigen Jahren den großen Weltkampf“; TG, 16.2.1937. „Abends zum Führer. [...] Im übrigen fehlt uns Raum, um unser Volk zu ernähren. Den müssen wir uns holen. Und dazu bauen wir unsere Armee auf. Der Führer weiß genau, was er will“; TG, 8.5.1937.

rundung scheint also nur ein vorläufiger Zustand gemeint zu sein – und nicht etwa die Abrundung nur nach Süden oder Südosten hin.³⁷² Diese Annahme einer lediglich übergangsweisen Arrondierung bestätigt eine Notiz von Goebbels vom Herbst 1938, keine zwei Wochen nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens: „Und diese Tschechei werden wir doch eines Tages schlucken. Der Weg zum Balkan muß freigemacht werden“ (TG, 10. 10. 1938). Österreich dagegen wird von Goebbels nie als Ausgangsbasis für weitergehende Eroberungen genannt. Überhaupt ging man in Berlin nicht davon aus, daß ein deutscher Einmarsch in Österreich zu einem Krieg führen könnte, weil angenommen wurde, daß die Mehrheit der Österreicher den „Anschluß“ wünschte und als Befreiung vom Schuschnigg-Regime betrachtete: „Wenn wir später mal über die Grenze marschieren, was wird von den heutigen Unterdrückern dieses urdeutschen Volkes übrigbleiben! Da fällt kaum ein Schuß“ (TG, 2. 8. 1937), schrieb Goebbels. Diese Einschätzung hatte bis zum „Anschluß“ Bestand, da Hitler und Goebbels, wie gezeigt wurde, im März 1938 nicht damit rechneten, daß auch nur ein Staat für die Rettung der Souveränität Österreichs zu den Waffen greifen würde.

Im Falle der Tschechoslowakei war die Lage völlig anders, hier war mit dem Ausbruch eines europäischen Krieges zu rechnen, hätte die Wehrmacht gewaltsam die dortigen Grenzen überschritten. Goebbels wie auch Hitler³⁷³ war dieses Risiko bewußt, wie sich an zahlreichen Passagen in den Goebbels-Tagebüchern erkennen läßt und noch gezeigt wird. Beim Einmarsch in Österreich dachte, anders als bei dem geplanten Angriff im Herbst 1938 auf die Tschechoslowakei, auch niemand daran, die Evakuierung von Teilen der Bevölkerung im Westen Deutschlands vorzubereiten oder durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen, um die Westbefestigungen fertigstellen zu können.

Österreich würde, so glaubte man damals in Berlin, nicht zu einem Krieg und vor allem nicht zu einem Weltkrieg führen. Aber war es ein erster Schritt hierzu? Die Goebbels-Tagebücher liefern keine genügend starke Bestätigung der Annahme, man habe durch den „Anschluß“ Österreichs einen Krieg vorbereiten wollen. Jedoch „steht“, wie Martin Moll feststellte, „außer Frage, daß der als Triumphzug verlaufene Einmarsch im März 1938 Hitler in seinem Kriegskurs bestärkte“.³⁷⁴ Hierfür gibt es auch in den Tagebüchern von Goebbels deutliche Belegstellen. Genau eine Woche nach dem Griff nach Österreich widmete sich Hitler in Goebbels' Gegenwart dem „Studium der Landkarte: zuerst kommt nun die Tschechei dran. Das teilen wir mit Polen und Ungarn. Und zwar rigoros bei nächster Gelegenheit. Memel wollten wir jetzt schon einsacken, wenn Kowno mit Warschau in Konflikt gekommen wäre.“³⁷⁵ Gut aber, daß nicht. Wir sind jetzt eine boa constrictor, die verdaut. / Dann noch das Baltikum, Stück von Elsaß und Lothringen“ (TG, 20. 3. 1938). Fünf Tage später erklärte Hitler wieder, „die französische Grenze [...] ein-

³⁷² So auch Haas, Anschluß, S. 2. Vgl. auch den „1. Nachtrag zur Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ vom 7. 12. 1937, in: ADAP, D 7, S. 547–551.

³⁷³ Hierzu Niedhart, Schwelle, S. 39f.

³⁷⁴ Moll, Griff, S. 159.

³⁷⁵ Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops, 17. 3. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 329; Zgórnjak, Europa, S. 109–113; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 488f.

mal korrigieren“ zu wollen (TG, 25.3.1938). Am Tag der Volksabstimmung über Österreich besprach Goebbels mit Hitler wieder die Weltpolitik und hielt darüber im Tagebuch fest: „Führer wird nochmal Frankreich vorknöpfen. Das ist sein großes Lebensziel“ (TG, 11.4.1938). Der „Anschluß“ Österreichs war, so könnte man zusammenfassen, wohl nicht als erster Schritt zu einem Krieg geplant, vor allem nicht im Bewußtsein Goebbels', aber er erwies sich letztlich als solcher.³⁷⁶ Auch auf einem anderen Gebiet führte der „Anschluß“ zu einer Radikalisierung der NS-Politik: Durch die massiven staatlichen und willkürlichen, d.h. vom NS-Regime nicht angeordneten Verfolgungen, denen Juden während und nach der national-sozialistischen Machtübernahme in Österreich ausgesetzt waren, durch den radikalen Antisemitismus in weiten österreichischen Kreisen, und durch die plötzliche Konfrontation der deutschen Machthaber mit einem relativ blühenden jüdischem Leben in Wien, begann sich die Gewalt gegen Juden – aber auch gegen andere ethnische Minderheiten – noch weiter zu verstärken. Am selben Tag, an dem Hitler Goebbels seine neuen Eroberungspläne eröffnete, sprachen sie auch über eine neue Bevölkerungspolitik in Wien und vereinbarten folgendes: „Wir müssen bald die Juden und Tschechen aus Wien herausdrücken und daraus eine rein deutsche Stadt machen“ (TG, 20.3.1938). Die Tschechen waren damals das zweite, dem NS-Regime besonders verhaßte Volk – und die Tschechoslowakei der nächste Staat, der ins Visier der national-sozialistischen Machthaber geraten sollte.

³⁷⁶ So auch Roth, *Krieg vor dem Krieg. Die Annexion Österreichs*, S. 47f.